

In diesem Heft

Editorial

Essay

GERHARD ENGEL

Vom Zweiten Demokratenkongreß 1848 zum
»Dritten Demokratenkongreß« Oktober 1998 5

Vom Elend der Demokratie

ULLA PLENER

In Memoriam: Hattingen und Rheinhausen 1987/1988.
Versuch einer Demokratie von unten 16

STEFAN PFEIFER

Von Erfurt nach Essen nach Berlin.
Aus der Arbeit mit dem Aufruf für eine andere Politik
in einer Ruhrgebietsstadt 26

EDELBERT RICHTER

Aus der Individualisierung zu neuer Solidarität.
Zu den moralischen Bedingungen
demokratischer Erneuerung 29

THOMAS GENSICKE

Bürgerschaftliches Engagement im
Osten und im Westen Deutschlands 34

JOACHIM SCHUSTER

Wirtschaftsdemokratie –
Kernelement einer linken Reformperspektive 48

Utopie-Geschichte

RICHARD SAAGE

Bacons »Neu-Atlantis« und die klassische Utopietradition 57

Konferenzen & Veranstaltungen

HELMUT MEIER

Das »Gesellschaftswissenschaftliche Forum e.V.« –
ein Wissenschaftlerverein stellt sich vor 70

- JÜRGEN HOFMANN
 Forum der Historischen Kommission der SPD
 zum 150. Jahrestag der bürgerlich-demokratischen
 Revolution von 1848/49 74
- UTE MOHRMANN
 Riten, Mythen und Symbole. Die Arbeiterbewegung
 zwischen Zivilreligion und Volkskultur 79

Festplatte

- WOLFGANG SABATH
 Die Wochen im Rückstau 82

Bücher & Zeitschriften

- Tatjana Eggeling, Wim van Meurs, Holm Sundhausen (Hrsg.):
 Umbruch zur »Moderne«? Studien zur Politik und Kultur in der
 osteuropäischen Transformation, Gesellschaften und Staaten im
 Epochenwandel Bd. 5, Peter Lang Europäischer Verlag
 der Wissenschaften Frankfurt/M. 1997
 (ARNDT HOPFMANN) 84
- Stalinismus. Neue Forschungen und Konzepte,
 Stefan Plaggenborg (Hrsg.), Verlag A. Spitz Berlin 1998
 (WLADISLAW HEDELER) 87
- Jürgen Kocka und Renate Mayntz (Hrsg.):
 Wissenschaft und Wiedervereinigung:
 Disziplinen im Umbruch, Akademie Verlag Berlin 1998
 (ULRICH BUSCH) 89
- Barry McLoughlin/Hans Schafranek/ Walter Szevera:
 Aufbruch – Hoffnung – Endstation.
 Österreicherinnen und Österreicher in der Sowjetunion
 1925-1945, Verlag für Gesellschaftskritik Wien 1997
 (ULLA PLENER) 91
- Carola Tischler: Flucht in die Verfolgung.
 Deutsche Emigranten im sowjetischen Exil 1933 bis 1945,
 Lit Verlag Münster 1996
 Oleg Dehl: Ot illjuzij k tragedii. Nemeckie emigranty
 v SSSR v 30e gody Neues Leben Moskau 1997
 (ULLA PLENER) 92
- Heinrich Potthoff: Bonn und Ost-Berlin 1969-1982.
 Dialog auf höchster Ebene und vertrauliche Kanäle.
 Darstellung und Dokumente (Archiv für Sozialgeschichte.
 Beiheft 18) Verlag J.H.W. Dietz Nachf. Bonn 1997
 (STEFAN BOLLINGER) 94
- An unsere Autorinnen und Autoren 96

Editorial

»Es ist doch ganz klar: Es muß demokratisch aussehen, aber wir müssen alles in der Hand haben.« So beschrieb – laut Wolfgang Leonhard – einst Walter Ulbricht das in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands zu etablierende System. Und so wurde es gemacht. Ulbricht überzog die Gesellschaft nach Stalinschem Bilde mit einem – anfangs nur locker gestrickten – bürokratischen System, das sich in dem Maße stabilisierte, wie es gelang, immer mehr willige Bürokraten zu rekrutieren. Demokratie à la DDR. Der Ausgang ist bekannt.

In der letzten Zeit höre ich Ulbrichts Satz wieder öfter zitiert – allerdings als Beschreibung der Situation im Osten Deutschlands. Unter den gewählten Parlamentariern fänden sich überwiegend Ostdeutsche; dort aber, wo die eigentliche Macht säße – bei den Staatssekretären und den sie tragenden Apparaten – seien Ostdeutsche bestenfalls als Hiwis geduldet.

Der Befund stimmt. Wissenschaftler der Universität Potsdam haben es akribisch ausgezählt, den Befund bestätigt und das Ganze in einer Studie zusammengefaßt. Noch deutlicher manifestiere sich die Machtverteilung auf Bundesebene: Von den ca. 4 000 Personen, die auf die Geschicke des Landes Bundesrepublik Deutschland entscheidenden Einfluß haben, lebten ganze 33 bis 1989 in der DDR.

Doch was soll damit gesagt werden? Daß unter der Ägide ostdeutscher Verwaltungsfachleute der Kapitalismus angenehmer, das Sozialdumping attraktiver – oder etwa gar: alles ganz anders, vielleicht sogar demokratischer geworden wäre? Ich mag's nicht glauben, auch wenn die westliche Arroganz Übelkeit erregt. Aber das tat die in der DDR nicht minder.

Die überwiegende Mehrheit der DDR-Bürger hat im Vollbesitz ihrer geistiger Kräfte sich 1990 für die Anschließparteien und gegen einen eigenen Weg entschieden. Die Folge war ein Elitenwechsel, auch in den Bürokratien. Der Gedanke, das neue System hätte von den alten Eliten implantiert werden sollen, schreckt noch im nachhinein. Arroganz, wenn sie sich mit Inkompetenz paart, wird keineswegs erträglicher. Ein Blick nach Rußland belehrt – vielleicht auch den Unbelehrbaren.

Was wir von einer gewendeten DDR-Bürokratie zu gewärtigen gehabt hätten, läßt sich in der »Zeit« vom 18. Juni dieses Jahres nachlesen. Dort erklärt uns ein besonders markanter Exponent der DDR-Bürokratie nicht nur, daß das mit den Rechten in Deutsch-

land alles gar nicht so schlimm sei – er erklärt uns auch die Welt. Das ist allerdings nicht neu. Das konnte das SED-Politbüromitglied Günter Schabowski auch früher schon gut.

Dem verhinderten deutschen Westentaschen-Jelzin – einem der Haupttäter der SED-Diktatur – fließt folgender schöner Satz auf's Papier: »Dabei haben Gysi, Bisky und ihre Parteijünger moralisch die Erblast mitzuverantworten, die auf der deutschen Einheit lastet und heute den Menschen im Osten das Leben so schwer macht.«

Die Juden haben für so etwas den Begriff »chuzpe«. Im Deutschen existiert nichts Analoges. Das brauchen solche Deutsche wie Honeckers Hätschelkind Schabowski auch nicht; sie leben es.

Anders als Schabowski, der bis zu seinem Ausschluß aus der PDS im Januar 1990 nicht begriff, daß er in dieser Partei nichts werden kann, verstanden Hunderttausende DDR-Bürokraten instinktsicher, daß es Zeit war – zur persönlichen Wende. Vielen hat's genützt. Bürokraten braucht jedes System, auch wenn an den Schalthebeln nun Westdeutsche sitzen.

So mancher empfindet das als nicht sehr demokratisch. Aber was ist schon Demokratie? Hat es sie je gegeben? Wird es sie je geben? Darüber denken in diesem Heft Gerhard Engel, Ulla Plener, Stefan Pfeifer, Edelbert Richter, Thomas Gensicke und Joachim Schuster nach.

JÖRN SCHÜTRUMPF

GERHARD ENGEL

Vom Zweiten Demokratenkongreß

1848 zum

»Dritten Demokratenkongreß«

Oktober 1998

Am Morgen des 26. Oktober 1848 begann im Saal des Englischen Hauses in der Berliner Mohrenstraße der zweite (und letzte) der während der Revolution von 1848/1849 abgehaltenen demokratischen Kongresse.¹ Er konstituierte sich aus 240 Delegierten, die 30 demokratische und Arbeitervereine aus 140 deutschen Städten vertraten. Den vielen Zuhörern auf den Tribünen bot sich ein imponantes Bild. Über dem Präsidentensitz waren bekenntnishaft die Fahnen der in jenen Tagen existenten Republiken Nordamerika, Schweiz und Frankreich angebracht, flankiert an den Saalseiten von den Farben der deutschen Staaten. In der Beilage der »Volksblätter«, die den Bericht über die »Verhandlungen des zweiten demokratischen Congresses zu Berlin« enthält, wird die Situation so geschildert: »Einen mächtigen, erhabenen Eindruck machte diese Versammlung freier Männer, wahrer Demokraten und Volksvertreter, die mit ihren Bärten und ausdrucksvollen Gesichtern einen erquicklichen Gegensatz zu den feingeschorenen jesuitischen Männern der Camarilla darboten.«²

Noch vor der Wahl von Präsident, Vizepräsidenten und Schriftführern beschloß der Kongreß, das Rauchen zu verbieten, »da das der Würde der Versammlung nicht angemessen sei«, und legte fest, daß sich die Teilnehmer des Kongresses mit »Bürger« anreden sollten. Wie bis heute bei zahlreichen Zusammenkünften von Oppositionellen, vergingen zahlreiche der über 40 Verhandlungsstunden des Kongresses mit Geschäftsordnungsdebatten. Erst an den letzten beiden Verhandlungstagen, als der größte Teil der gemäßigten Delegierten den Kongreß bereits verlassen hatte und dieser zu einer Sache des linken Flügels der Republikaner wurde, kam es zur substantiellen Arbeit.

Genug der Mitteilungen über Nebensächliches. Es ist ohnehin nicht der Versuch vorgesehen, die Geschichte des zweiten Demokratenkongresses im einzelnen zu untersuchen oder ihn in das Revolutionsgeschehen einzuordnen etwa durch die vergleichende Analyse mit seinem Vorgänger, dem ersten Demokratenkongreß im Juni 1848 in Frankfurt am Main oder durch seine Einbettung in die Zeitumstände seines Stattfindens Ende Oktober 1848. Nur soviel: Der zweite Demokratenkongreß tagte in der Abschwungphase der Revolution. Die liberale Bourgeoisie hatte sich mit der im März/April 1848 erkämpften Machtteilhabe bereits abgefunden. Sie wirkte eifrig mit, einen möglichst hohen Damm gegen jedes Weitertreiben der Revolution aufzuschütten. Die Konterrevolution

Gerhard Engel – Jg. 1934, Historiker, lebt in Berlin. Forschte und publizierte allem zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung.

1 Sieht man von gelegentlichen Erwähnungen ab, so erfuhr der zweite Demokratenkongreß vom 26. bis 30. Oktober 1848 in Berlin seine ausführlichsten Würdigungen durch Gustav Lüders: Die demokratische Bewegung in Berlin im Oktober 1848, Berlin und Leipzig 1909, S. 84 ff; Hans Krause: Die demokratische Partei von 1848 und die soziale Frage. Ein Beitrag zur Geschichte der ersten deutschen Revolution, Frankfurt a. M. 1923, S. 139 ff; Veit Valentin: Geschichte der deutschen Revolution 1848-1849, 2. Bd., Berlin 1931, S. 257 ff; Gerhard Becker: Die »soziale Frage« auf dem zweiten demokratischen Kongreß 1848, in: Zeitschrift

für Geschichtswissenschaft, 1967, H.2, S.260 ff; ders.: Die Beschlüsse des zweiten Demokratenkongresses 1848, in: ebd., 1973, S. 328 ff; Joachim Paschen: Demokratische Vereine und preußischen Bewegung während der Revolution 1848/49, München-Wien 1977, S. 96 ff; Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789-1945), hrsg. von Dieter Fricke u. a., Bd. 1, Leipzig 1983, S. 398 ff; Ernst Rudolf Hüber: Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789, Bd. II, 3. Aufl., Stuttgart u.a. 1988, S. 705 ff; sowie jüngst durch Rüdiger Hachtmann: Berlin 1848. Eine Politik- und Gesellschaftsgeschichte der Revolution, Bonn 1997, S. 726 ff.

2 Volks-Blätter. Hg. von J. Schönemann und Heinrich Benary, 1848, Nr. 43, Beilage: Verhandlungen des zweiten demokratischen Congresses zu Berlin, S. 1. (künftig zit. als: Verhandlungen)

3 Verhandlungen, S.1.

4 Vgl. die Ausführungen der Delegierten Hexamer und Wenderoth am 28. Oktober 1848, in: Verhandlungen, S.11,12.

5 Verhandlungen, S. 20.

blies nicht mehr nur zum Sammeln; in Wien schlug sie in den Tagen des Kongresses zu, in Preußen stand dies unmittelbar bevor. Die Veranstalter erkannten durchaus den Ernst der Lage. Den Bericht über den Kongreß leiteten sie mit den Sätzen ein: »Die ernste Zeit, in der wir leben, das lang erwartete, offene Auftreten der Reaktion und der Camarilla in Wien, das unwürdige Benehmen der Nationalversammlungen in Frankfurt und Berlin, das täglich offene Hervortreten der Reaktion und der Camarilla in Potsdam – alles wies mit Bedeutung auf dieses wichtige Zusammenkommen der Vertreter demokratischer Interessen hin, alles sah mit Spannung und sogar Erwartung auf diesen Congreß, der eine Organisation und Centralisation der deutschen Demokratie bewerkstelligen sollte.«³

Diese Hoffnung der in der Sache bereits Unterlegenen ging nicht auf. Der Demokratenkongreß konnte weder die Revolution retten noch weiter vorantreiben. Die politische Heterogenität der linken Kräfte und die Inkonsequenzen ihres Handelns gegen die bereits zum Gegenangriff angetretene Konterrevolution paralyisierten die Wirkung des Kongresses, der ohnehin erst nach seinem Verfallsdatum zustande gekommen war.

Aber, und dies verdient unsere besondere Aufmerksamkeit, der zweite Demokratenkongreß hinterließ eine bedeutende Programmatik für den Kampf um eine demokratische Republik, um konsequente Demokratie, in der soziale Existenzsicherung, Menschenwürde und Freiheitsgarantie eine Einheit darstellen. Der Kongreß knüpfte direkt an die bereits vom ersten demokratischen Kongreß getroffene Feststellung an, daß es für Deutschland nur eine annehmbare Verfassung geben könne, die »demokratisch-soziale Republik«.⁴ Im Bericht der vom zweiten Kongreß eingesetzten Kommission für die Verfassungsfrage, der am 29. Oktober 1848 (der Kongreß tagte für Stunden aushilfsweise im Mielentzchen Saale) erstattet wurde, hieß es unter Punkt 3 der Beschlußvorschläge noch: »Der Kongreß erklärt, daß nur in der Republik die Lösung der sozialen Frage möglich sei« – zweifellos ein auf Fortschritt orientiertes Bekenntnis zur Republik gegen die liberalen Bürger, die mit einer konstitutionellen Monarchie zufrieden waren. Aber der zweite Demokratenkongreß wurde deutlicher. Nach einem entsprechenden Einwand des Delegierten Gottfried Kinkel aus Bonn beschloß die »entschiedene Majorität«, wie es im Bericht heißt, die Annahme des Paragraphen in dieser Fassung: »In Erwägung, daß die materielle Wohlfahrt die Grundlage der politischen Freiheit ist, erklärt der demokratische Kongreß, daß nur in der demokratisch-sozialen Republik die Lösung der sozialen Frage möglich ist.«⁵

Diese Verknüpfung sozialer und politischer Rechte und Freiheiten ist für alles charakteristisch, was während des zweiten Demokratenkongresses beschlossen bzw. den demokratischen Vereinen empfohlen wurde. So wurde festgelegt, allen in Deutschland tagenden konstituierenden Versammlungen die Erklärung zu übersenden, daß der demokratische Kongreß die deutsche Revolution nicht eher für abgeschlossen halte, als dem deutschen Volk die Grundrechte auf unbeschränkte Pressefreiheit, freies Vereinigungsrecht sowie allgemeines direktes Wahlrecht mit Mandatswiderruf gewährleistet und – und dies im gleichen Atemzuge – Bildung und

Arbeit garantiert seien.⁶ Der sozialen Wohlfahrt des Volkes sollten die Verfassungen dienen. In der Grundsatzerklärung des zweiten Demokratenkongresses zur Verfassungsfrage wurde ein Katalog von Forderungen an alle künftigen Verfassungen formuliert. Er zielte auf ein möglichst hohes Maß an direkter Demokratie in einer durch Wahlen konstituierten parlamentarischen Repräsentativdemokratie. So sollten Wähler ohne Beschränkung der Wahlfreiheit in direkter Urwahl ihre Abgeordneten bestimmen. Diese sollten eine einzige Volkskammer bilden, die freilich nur Spezialgesetze zu beschließen hätte, während alle Verfassungs- und verfassungsändernden Gesetze den Urwählern vorzulegen seien. Diese sollten eine uneingeschränkte Möglichkeit der Annahme oder Verwerfung haben, also ein Volksveto ausüben können. Abgeordnete sollten sich darüber hinaus jährlich zur Wahl stellen und jederzeit durch Majoritätsvotum der Urwähler abberufbar sein.⁷

Die Verhandlungen des zweiten Demokratenkongresses zur sozialen Frage waren nicht minder von der Einheit sozialer und politischer Forderungen geprägt. In dem diesem Tagesordnungspunkt gewidmeten Kommissionsgutachten hieß es: »Der Kongreß glaubt, daß die Interessen einer unbedeutenden Minderheit, die zudem jahrhundertlang im Besitz aller Güter der Erde war, da nicht zur Sprache kommen dürfen, wo es sich um die Eroberung der Menschenrechte und Menschenwürde für die große Mehrheit der bisher Ausgebeuteten und Unterdrückten handelt. Populi salus, summa lex. Des Volkes Heil ist das oberste Gesetz.«⁸

In den Grundsätzen für die Gestaltung der sozialen Zustände ging die Kommission des Kongresses vom Grund und Boden als allgemeinem Eigentum der Menschheit aus. Eigentum, hieß es, sei überhaupt kein privatwirtschaftliches, sondern ein gesellschaftliches, staatsrechtliches Verhältnis. Aber solange dieser Grundsatz nicht praktiziert werden könne, sei es Aufgabe und Pflicht, durch einzelne Maßnahmen das Bourgeoiseigentum zu schwächen und zu verringern. Auf diesem Fundament steht der Satz: »Alle Menschen sind vollkommen gleichberechtigt, ihre körperlichen und geistigen Bedürfnisse vollständig zu befriedigen und ihre physischen und intellektuellen Anlagen in deren ganzen Umfang zu entwickeln. Nur ein Zustand, in dem es weder materielle noch intellektuelle Privilegien und Vorrechte gibt, ist ein wirklich menschlicher.«⁹

Die anschließenden zwölf Forderungen nach praktischen Maßnahmen und Gesetzen zur Lösung sozialer Fragen sind, wie unschwer zu erkennen ist, ein an den siebzehn Forderungen der Kommunisten orientiertes Dokument, das freilich das Vorhandensein verschiedener, auch einander ausschließender programmatischer Richtungen in der im Entstehen begriffenen Arbeiterbewegung nicht verleugnen kann.

Das den zweiten Demokratenkongreß charakterisierende Verständnis für die Einheit von politischer Demokratie und Lösung sozialer Probleme kennzeichnete vor allem die dem Kongreß vorgelegte »Erklärung der Menschenrechte«.¹⁰

Das Verlangen nach garantierten Menschen- und Bürgerrechten war bekanntlich ein Zentralpunkt der Revolution von 1848/1849. Das kam z.B. im fünfzehn Menschenrechtsforderungen auflisten-

6 Ebenda, S. 25.

7 Vgl. Verhandlungen, S. 26; Paschen, a.a.O., S. 104-105.

8 Verhandlungen, S. 28.

9 Vgl. den Abdruck des Kommissionsgutachtens bei Gerhard Becker: Die »soziale Frage«, a.a.O., S. 273-275., hier S. 274.

10 Der Text der Erklärung ist wiedergegeben in: Verhandlungen, S. 20-21; später bei Adolph Streckfuß

(unter Pseudonym Adolf Carl): Das freie Preußen. Geschichte des Berliner Freiheitskampfes vom 18. März 1848 und seine Folgen, Bd. 2, Berlin 1849, S. 485 ff; Gustav Lüders, a.a. O., S.169 ff; Karl Obermann: Flugblätter der Revolution. Eine Flugblattsammlung zur Geschichte der Revolution von 1848/49 in Deutschland, Berlin 1970, S. 328 ff; Walter Grab (Hg.): Die Revolution von 1848/49. Eine Dokumentation. 131 Dokumente und eine Zeittafel, München 1980, S. 186 ff; Kuratorium. Mitteilungsblatt des Ostdeutschen Kuratoriums von Verbänden e.V., 2. Jg., Sonderheft, Januar 1997, S. 2f; Geschichtskorrespondenz - Marxistischer Arbeitskreis zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung bei der historischen Kommission der PDS, Mitteilungsblatt, 4. Jg., Nr. 1, Januar 1998, S.26 ff.

11 Vgl. Maximilien Robespierre: Entwurf eines Menschenrechtskatalogs. Konventsrede vom 24.4.1793, in: Hermann Klenner: Marxismus und Menschenrechte. Studien zur Rechtsphilosophie. Anhang: Menschenrechtskataloge aus Vergangenheit und Gegenwart, Berlin 1982, S.229 ff..

12 Vgl. Verhandlungen, S. 20-21,25. Die »Erklärung der Menschenrechte« wurde nach dem Kongreß sowohl als Bestandteil einer Flugschrift »Zweiter Kongreß der deutschen Demokraten in Berlin am 26., 27., 28., 29. und 30. Oktober 1848. Beschlüsse« als auch als separates Flugblatt verbreitet; vgl. Karl Obermann: Flugblätter, S. 181.

den Antrag Gustav Struves im Vorparlament Anfang April 1848 ebenso zum Ausdruck wie in der Grundrechtsdebatte der Frankfurter Nationalversammlung, aus der das am 17. Dezember 1848 verabschiedete Gesetz betr. die Grundrechte des deutschen Volkes hervorging. Dieses Gesetz fand, wie wir wissen, als Paragraphen 130 bis 189 Eingang in die Reichsverfassung vom 28. März 1849, die freilich nie in Kraft trat. Das Gesetz über die Grundrechte wurde im August 1851 auch formell durch Bundesbeschluß getilgt. Das Ringen um die Kodifizierung der Grundrechte in der Revolution von 1848/49 verdient auch deshalb hervorgehoben zu werden, weil in den Parlamenten ebenso konsequente Demokraten kämpften wie auf den Barrikaden. Einige von ihnen waren linke Abgeordnete, die immer wieder an die Brennpunkte der revolutionären Aktionen eilten, die – wie Robert Blum – ihr Leben ließen und nach dem endgültigen Scheitern ihres Kampfes durch Polizei und Justiz gejagt, ja – wie Karl Nauwerck – noch als Exilanten in Abwesenheit zum Tode verurteilt wurden.

Aber zurück zum zweiten Demokratenkongreß. Am 29. Oktober trug Heinrich Bernhard Oppenheim im Zusammenhang mit der Debatte um die Verfassungsfrage dem Kongreß die 38 Artikel einer Menschenrechtserklärung vor, die auf Robespierres Forderungen in der Französischen Revolution zurückgriff.¹¹ Oppenheim beantragte, der Kongreß solle die von ihm verlesene Erklärung ohne Debatte annehmen. Das stieß – kein Wunder angesichts der Strömungsvielfalt unter den delegierten Demokraten – nicht auf Zustimmung. Debatte und Abstimmungen über die Paragraphen kamen nicht zustande, weil der Tagungssaal nur bis mittags gemietet war und die Delegierten nachmittags in den Zelten (Tiergarten) an der Vollversammlung von 12 bis 15 Tausend Berlinern gegen die Konterrevolution in Wien teilnahmen. Erst in der Abendsitzung des Kongresses konnte die wichtige Angelegenheit zu einem Beschluß geführt werden. Mit großer Majorität wurde der Vorschlag angenommen, daß die Erklärung der Menschenrechte gedruckt und verteilt werden sollte, daß die demokratischen Vereine aufgefordert werden, Bemerkungen zur Erklärung zu machen, die auf dem dritten Demokratenkongreß zu besprechen sein würden. Außerdem beschloß der Kongreß, »dem Bürger Oppenheim seinen Dank (zu) votieren«.¹²

Die »Erklärung der Menschenrechte«, die vom zweiten Demokratenkongreß ausging, war das wohl weitestgehende Menschenrechtsdokument der Revolution von 1848/49 in Deutschland. Zusammen mit den vom Kongreß formulierten Verfassungsleitlinien und den Grundsätzen zur Lösung der sozialen Frage macht sie den Kern des von diesem Kongreß hinterlassenen demokratischen Erbes aus. Der dritte Demokratenkongreß, der neuerlich über den Menschenrechtskatalog verhandeln sollte, kam nicht mehr zustande. Schon während des zweiten Kongresses waren einige der Delegierten von der preußischen Polizei verhaftet worden. In den Folgemonaten verstärkte sich der politische und physische Druck der Konterrevolution auf die demokratische Bewegung. Ein dritter Demokratenkongreß, der für April 1849 vorgesehen war, wurde von der preußischen Regierung verhindert, wobei sich diese die

unter dem konterrevolutionären Druck zunehmende Zerstrittenheit der Demokraten zunutze machen konnte.¹³

So lag es also durchaus im allgemeinen Erinnern an die Revolution von 1848, 150 Jahre danach, den dritten Demokratenkongreß nachzuholen oder genauer: einer Veranstaltung im Oktober 1998 in Berlin, die sich mit der heutigen Situation der Menschen- und Bürgerrechte befassen wird, seinen Namen zu geben. Das Ostdeutsche Kuratorium von Verbänden hat gemeinsam mit der Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde begonnen, für den 24. Oktober 1998 den sogenannten Dritten Demokratenkongreß vorzubereiten, der aktuelle Fortschritte und Defizite der Menschenrechte zum Gegenstand haben wird. Der Kongreß ist offen für alle den Menschen- und Bürgerrechten verpflichteten Organisationen, Verbände, Vereine und Initiativen, für Gewerkschaften, für Parteien, für Kirchen, religiöse Gemeinschaften und Einzelpersonen. Die Veranstalter fühlen sich dem demokratischen Erbe verpflichtet, sie halten es für verteidigungswürdig und mehrungsfähig. Sie wissen, daß in den eineinhalb Jahrhunderten nach der bürgerlichen Revolution von 1848 durch die politischen und sozialen Bewegungen von Demokraten und Sozialisten vieles von dem erstritten wurde, was die Achtundvierziger gefordert hatten.¹⁴

Elementaren Forderungen des Arbeiterschutzes mußte in der Bismarckschen Sozialgesetzgebung und in den bis zum Vorabend des Ersten Weltkrieges erlassenen Schutz- und Versicherungsgesetzen entsprochen werden.¹⁵ Grundrechte wurden zum konstitutiven Element der Verfassungen; selbst die landesherrlich oktroyierten Verfassungen enthielten, wenn auch mit zahlreichen Einschränkungen, einige von ihnen. Die deutsche Revolution von 1918/1919 brach den jahrzehntelangen Widerstand gegen den verfassungsrechtlichen Schutz individueller Freiheitsrechte. In 56 Artikeln der Weimarer Verfassung wurde das Grundrechtssystem ausgebaut. Diese Ausgestaltung der individuellen Freiheitsrechte war ein bedeutender Fortschritt, auch wenn dieser durch die fehlende Bindung des Gesetzgebers an die Gewährleistung der Grundrechte erheblich relativiert wurde. Dies leistete unter dem Eindruck der alle Menschen- und Bürgerrechte zerstampfenden faschistischen Diktatur erst das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland von 1949, wengleich ihm ein unvollständiger Menschenrechtskatalog zugrunde liegt. In die Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik wurden politische und soziale Grundrechte aufgenommen. Indessen sind Menschen- und Grundrechte auch international in zahlreichen Dokumenten kodifiziert.

Vor 50 Jahren beschlossen die Vereinten Nationen die »Allgemeine Erklärung der Menschenrechte« vom 10. Dezember 1948, die durch die 1976 in Kraft getretenen Internationalen Pakte über bürgerliche und politische Rechte bzw. über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte erweitert und konkretisiert wurde. Im westeuropäischen Einigungsprozeß entstanden die Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten vom 4. November 1950 und die darauf aufbauende Europäische Sozialcharta vom 18. Oktober 1961. Vom 12. April 1989 stammt die Erklärung der Grundrechte und Grundfreiheiten durch das Europa-Parlament.

13 Vgl. hierzu Paschen, a.a.O., S. 111-112.

14 Vgl. zum folgenden den Überblick bei Gerhard Comichau (Hg.): Die Entwicklung der Menschen- und Bürgerrechte von 1776 bis zur Gegenwart, 5. Aufl., Göttingen und Zürich, S. 25 ff.

15 Vgl. den Überblick bei Ernst Rudolf Huber: Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789, Bd. IV, 2. Aufl., Stuttgart u.a. 1982, S.1192 ff.

Zusammen mit vielen einzelnen internationalen Kodifizierungen, z.B. gegen Diskriminierung, gegen Folter, für Frauen- und Kinderrechte u.v.a.m., existiert also ein umfassender Kanon geschriebener Grund- und Menschenrechte.

Aber vieles steht bis heute nur auf geduldigem Papier. Wir sind Zeugen von immer häufigeren Schritten der herrschenden politischen Klasse, die verbriefte Grundrechte aushöhlen (es sollen hier nur die Stichworte Asylrecht und Lauschangriff genannt werden) und die überfällige verfassungsrechtliche Verbindlichkeit sozialer Grundrechte blockieren. Demokratie und Menschenrechte befinden sich in Deutschland im Verteidigungszustand. »Die Repräsentanten des Staates,« schrieben kürzlich die jungen Politologen und Mitarbeiter von Amnesty international Franz-Josef Hutter und Carsten Tessmer, »verweisen auf die menschenrechtsbetonende Verfassung, um den Staat als Hort der Menschenrechte darzustellen. Die Verfassungspraxis, die diesem Anspruch hinterherhinkt, gerät dabei aus dem Blick. Ein Beharren auf der Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit, eine Betonung der Mängel der alltäglichen Praxis stört jedoch diese Selbstdarstellung und wird oft als unangenehm empfunden. Hinter dem Einsatz für die Menschenrechte im eigenen Land wird dann rasch eine staatsfeindliche Gesinnung vermutet.«¹⁶ Wer 1998 der revolutionären Forderungen von 1848 gedenkt und ihren konsequent demokratischen Gehalt kritisch zur Gesellschaftswirklichkeit der Bundesrepublik in Beziehung setzt, wird sich diesem Verdacht wohl aussetzen müssen, wiewohl er nur darum ringt, Verfassungstext und Verfassungswirklichkeit in Übereinstimmung zu bringen. Die Aktualität des demokratischen Erbes von 1848/1849 ist in den letzten Jahren kontinuierlich gewachsen, und das nicht nur für Deutschland, sondern auch hinsichtlich des noch zu erstreitenden Maßes an Demokratie und Menschenrecht im sogenannten europäischen Einigungsprozeß. Dieser jedenfalls sollte geradezu davon zehren, daß die Revolution von 1848/49 europäische Dimensionen hatte.

Erfreulich rege sind die Aktivitäten der demokratischen Kräfte besonders in Südwestdeutschland, vor allem in Baden, das demokratische Erbe von 1848 zu feiern und zu würdigen.

Freilich fällt es mitunter schwer, das auf Gegenwart und Zukunft gerichtete Sichten von Traditionen aus dem biedermeierlichen, marktwirtschaftlichen Treiben herauszuschälen. Unterzieht man sich der Mühe, dann wird neben dem fruchtbaren Fortleben revolutionär-demokratischer Überlieferung ebenso das Bestreben der etablierten politischen Kräfte sichtbar, die Revolution von 1848/1849 für sich zu vereinnahmen und die radikale Demokratie von damals und die Linke von heute gleichermaßen auszugrenzen. Diese Kräfte feiern die Revolution als etwas, was lange her und in der Geschichte »abgearbeitet« ist und folglich keine aktuellen Herausforderungen enthält. Sie erwähnen nur ausgewählte Forderungen, von denen man behauptet, sie seien auf dem Wege Paulskirche-Weimarer Verfassung-Grundgesetz erfüllt worden, oder von denen man annimmt, der Verfassungstext täusche hinreichend vor, daß die Verfassungswirklichkeit diesem Text entspreche. Peinlich vermieden wird die Ermunterung, darüber zu streiten, wie es um

16 Franz-Josef Hutter/
Carsten Tessmer: Die Menschenrechte in Deutschland. Geschichte und Gegenwart, München 1997, S.21.

die kodifizierten Forderungen von damals 150 Jahre danach steht, z.B. hinsichtlich Pressefreiheit, Persönlichkeitsfreiheit, Verhältnis von Verfassung und Militär, Demokratie-Typus und demokratischem Parlamentarismus, gerechter Besteuerung, Recht auf Bildung, Reform der Verwaltung oder gar »geeinte« Nation. Die revolutionären Überlieferungen der Revolution eignen sich nicht zur Verklärung der Bundesrepublik als Inkarnation von erfülltem Vermächtnis der Achtundvierziger.

Besonders auffällig ist das Bestreben, einen Springpunkt des zu würdigenden Erbes zu verdrängen: die Einheit von politischen und sozialen Grundrechten. Gerade dieses Prinzip verkörpert eine der besonders zu pflegenden Traditionen der entschiedenen Demokraten von 1848. Man muß der entsprechenden Definition durchaus zustimmen, die das Staatslexikon der Görres-Gesellschaft gibt, wonach die Freiheitsgarantien »notwendig der Ergänzung durch soziale Gleichheitsgarantien« bedürfen. Weiter heißt es dort: »Realbedingungen der Freiheit sind nur dann gegeben, wenn auch die entsprechenden sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Voraussetzungen ihrer Verwirklichung bestehen, für deren Schaffung und Sicherung der Staat die Verantwortung trägt. Ansonsten besteht die Gefahr, daß Freiheitsrechte angesichts ungleicher gesellschaftlicher Rahmenbedingungen in neue Formen der Ungleichheit umschlagen.«¹⁷

Diese Gefahr besteht nicht nur, dieser Zustand nimmt immer mehr Gestalt an. Im Unterschied zur gegebenen Einheit von politischen und sozialen Rechten, die in den europäischen Konventionen Grundlage für die Definition sowohl des politischen als auch des Sozialpakts ist, enthält das Grundgesetz nach wie vor außer der allgemeinen und in der Praxis immer willkürlicher ausgelegten Sozialstaatsklausel keine sozialen Grundrechte. Sie steht damit hinter einer Anzahl deutscher Länderverfassungen zurück. Die Chance, diesem grundlegenden Mangel bei der Erneuerung des Grundgesetzes nach der staatlichen Einheit Deutschlands abzuwehren, soziale Grundrechte zu kodifizieren und die Staatszielbestimmungen entsprechend zu erweitern, wurde durch das Abschmettern aller derartigen Vorschläge, die größtenteils vom Runden Tisch der DDR stammten, durch die Verfassungsmehrheit des Bundestages vereitelt.

So ist also – die Kehrseite betrachtet – der Spielraum für demokratische Aktivitäten groß. Dies aber nicht nur hinsichtlich des Ringens um überfällige Kodifizierungen, sondern vor allem auch im Kampf um die tatsächliche Geltung der indessen verbrieften Rechte. Die Sozialgeschichte darf das Fragenspektrum ihrer Forschungen eben nicht einengen auf die »Geschichte grund- und freiheitsrechtlicher Deklarationen«, auf »die Geschichte einschlägiger Begriffe..., die politische Ideengeschichte und die Geschichte der politischen Philosophie und Theorie zur Geschichte einzelner Grund- und Freiheitsrechte bis hin zur Geschichte der Grundrechte im Rahmen der Verfassungsentwicklung«.¹⁸ Sie muß die Geschichte der tatsächlichen Verwirklichung der Grundrechte ins Auge fassen! Und gerade dabei ist das Besinnen auf das Erbe der 48er Revolution äußerst hilfreich. Es fordert dazu heraus, die Men-

17 Gerhard Luf: Menschenrechte, in: Staatslexikon in 5 Bdn., hg. von der Görres-Gesellschaft, 7. völlig neu bearb. Aufl., Bd. III, Freiburg-Basel-Wien 1987, Sp.1108. Vgl. auch Martin Kriele: Die Menschenrechte zwischen Ost und West, Köln 1977, S.15 f: »Die Menschenrechte werden uns nicht nur durch den absolutistischen Souverän genommen ..., sondern auch durch Armut, Unwissenheit und Chancenlosigkeit.«

18 So eingengt definiert Günter Birtsch (Hg.): Grund- und Freiheitsrechte im Wandel von Gesellschaft und Geschichte. Beiträge zur Geschichte der Grund- und Freiheitsrechte vom Ausgang des Mittelalters bis zur Revolution von 1848, Göttingen 1981, S.15.

schenrechtssituation auf dem Hintergrund der Forderungen von 1848 zu analysieren, gewissermaßen historische Rechnungen aufzumachen und für das neue Jahrhundert Ziele zu bestimmen, deren Realisierung die Demokratie weiterentwickelt und dem weitgehend ignorierten Sozialpakt praktische Geltung verschafft.

Werfen wir abschließend wenigstens einige Blicke in die »Erklärung der Menschenrechte« des zweiten Demokratenkongresses. Zuvor jedoch die notwendige Bemerkung, daß natürlich keine lineare Beziehung zwischen den Forderungen von 1848 und den Erfordernissen praktischer heutiger Politik besteht. Die ihrer Zeit vorausseilenden Postulate der Revolutionäre von damals enthalten auch manch utopisches Element. Um die praktische Realisierbarkeit mancher Forderungen ist es am Ende des 20. Jahrhunderts anders bestellt als in der Mitte des 19. Die folgenden Betrachtungen haben nicht das Ziel, praktisches politisches Handeln zu entwerfen, sondern sollen Denkanstöße geben, die von dem konsequenten, auf den Wortsinn von Demokratie ausgerichteten Inhalt der Forderungen der revolutionären Demokraten ausgehen. Andererseits ist vieles von dem, was 1848 noch »heroische Illusion« war, unter den Bedingungen der Gegenwart neu bedenkbar und praktisch überfällig. Es werden im folgenden auch nicht alle Menschenrechtsforderungen des Katalogs in Erinnerung gerufen, sondern nur eine Auswahl von ihnen, gedacht als Anregung für den thematischen Aufriß einer Debatte, die der angedachte »Dritte Demokratenkongreß« führen sollte.

Erstens: Im Artikel 2 heißt es übergreifend: »Die wichtigsten Menschenrechte sind die, für die Erhaltung seiner Existenz und seiner Freiheit zu sorgen.« Inhalt der Menschenrechte sind also die miteinander verknüpften Freiheitsrechte und die soziale Existenzsicherung, ja, Existenzerhalt steht genau genommen sogar vor der Freiheitssicherung, sie ist deren Vorbedingung. Die Menschenrechte »stehen allen Menschen gleichmäßig zu,« heißt es im Artikel 3, »wie groß auch die Verschiedenheit ihrer körperlichen und geistigen Kräfte sei. Die Gleichheit der Rechte ist von der Natur gesetzt; die Gesellschaft, weit entfernt, ihr Eintrag zu tun, wahrt sie bloß gegen den Mißbrauch der Gewalt, welcher sie untergräbt.« Wie steht es aber um die Gleichheit, wenn z.B. der Grundsatz »Gleicher Lohn für gleiche Arbeit« verletzt ist, wenn die Mehrheit der Frauen in Ost und West an ihren Lebensumständen nachweist, daß ihre Gleichstellung nicht gewährleistet ist und ihre Diskriminierung am Arbeitsplatz anhält¹⁹; wenn die Diskriminierung von Ausländern immer bedrohlichere Ausmaße annimmt und von Politikern und Medien Ängste geschürt werden, wenn die Ausländerfeindlichkeit als Ventil gegen aufgestauten sozialen Protest im Innern kultiviert wird²⁰ und Gleichheitsgrundsätze bei allen und wie immer gearteten und gegen wen auch immer gerichteten Diskriminierungen verletzt werden?²¹

Zweitens: In den Artikeln 6 bis 9 ist vom Eigentumsrecht die Rede. Vom Eigentum heißt es: »Es kann weder der Sicherheit, noch der Freiheit, noch dem Eigentum unserer Nebenmenschen Eintrag tun. Jeder Handel, der dieses Prinzip verletzt, ist wesentlich unerlaubt und unsittlich.« Im Grundgesetz ist nur vom Schutz des Ei-

19 Vgl. hierzu Bundesministerium für Frauen und Jugend, Materialien zur Frauenpolitik 34/1994, S.54 ff.

20 Vgl. Ursula Münch: Asylpolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Entwicklung und Alternativen, Opladen 1992, S.176 ff.

21 Vgl. hierzu die Materialien der Antidiskriminierungskonferenz am 5./6. Dezember 1997 in Berlin, in: Icarus. Zeitschrift für soziale Theorie und Menschenrechte, 4. Jg., 1998, H. 1.

gentums die Rede. Und wir lesen die moralisierende Formel: »Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.« (Art. 14, 2 GG) An diesen Verfassungsgrundsatz knüpft bekanntlich die »Erfurter Erklärung« vom 9. Januar 1997 an. Der Schutz des Eigentums ist durch zahlreiche Gesetze gesichert, für seinen moralischen Gebrauch aber gibt es keine Regelung. Neben dem Sozialisierungsartikel (Art. 15 GG) ist das die einzige Vorschrift des Grundgesetzes ohne rechtlich-gesetzliche Untersetzung. Der Sozialisierungsartikel, ursprünglich notwendiger Nachklang antimonopolistischer oder gar antikapitalistischer Stimmungen nach den Erfahrungen mit dem faschistisch-imperialistischen Deutschland, ist ohnehin nie praktiziert worden. Im Gegenteil, der Eigentumsprozeß wurde und wird, dem Konzept des Neoliberalismus gehorchend, in Richtung Privatisierung bewegt.

Drittens: Angesichts zunehmender Polarisierung zwischen Arm und Reich und einer Politik, die sich von den Mächtigen kreditieren läßt, die Zinsen aber aus Sozial-, Bildungs- und Gesundheitsfonds bezahlt, lesen wir mit besonderer Aufmerksamkeit den Artikel 10: »Die Gesellschaft ist verpflichtet, für das Auskommen aller ihrer Mitglieder zu sorgen, sei es nun, daß sie ihnen Arbeit verschafft oder daß sie den Arbeitsunfähigen Existenzmittel sichert.« Hier geht es also um das Menschenrecht auf Arbeit und soziale Sicherheit bei Krankheit. Das Recht auf Arbeit, bereits in der Paulskirche versagt²², fand keine Aufnahme in die Weimarer Verfassung. So wurde z.B. der »Versuch volksverständlicher Grundrechte«, den Friedrich Naumann am 31. März 1919 vorlegte, wegen seiner Pathetik und Verschwommenheit verlacht, damit aber auch der Artikel 33 verworfen, in dem es hieß: »Jede ehrliche Arbeit ist gleichen Rechtes und Würde. Die Arbeitskraft gilt als das oberste menschliche Gut. Die Verwirklichung des Rechts auf Arbeit ist dauernde Staatsaufgabe.«²³ Heute hat der Bundeskanzler die verfassungsrechtliche Möglichkeit, sich angesichts der katastrophalen Arbeitslosigkeit zurückzulehnen, und er kann erklären, er sei ja schließlich nicht der Arbeitgeber der Deutschen, die Talsohle werde nunmehr erreicht usw. usf. Dabei ist das soziale Desaster des sogenannten Arbeitsmarktes noch viel alarmierender, als es die offizielle Arbeitslosenstatistik, die ja nur Prozente an abhängigen zivilen Erwerbsspersonen mißt, verrät.

Die Kapitaleinkünfte sind zwischen 1991 und 1996 um 48 Prozent gestiegen, die Einkommen aus abhängiger Beschäftigung aber nur um 9 Prozent²⁴; der Exportüberschuß wuchs von 22 Mrd. DM 1991 auf 99 Mrd. DM 1996 und zwischen Januar und November 1997 gar auf 118,6 Mrd. DM²⁵; Firmenpleiten gab es 1991 13 300, aber 1997 34 100²⁶. Nach den auf amtliche Zahlen gestützten Berechnungen des Arbeitslosenverbandes sank die Zahl der Erwerbstätigen vom 1. Halbjahr 1990 bis 1997 um 3,55 Millionen. Dieser Rückgang bedeutet in den Altbundesländern 1,14 Prozent, in den neuen Ländern 34,62 Prozent.²⁷ Die gleichen Quellen melden, daß von 1989 bis 1996 in Deutschland 5 039 000 Arbeitsplätze liquidiert wurden, davon 78,94 Prozent im Bundesgebiet Ost. In der gleichen Zeit entstanden 2,5 Mio neue Arbeitsplätze, aber nur 25,4 Prozent davon in den neuen Bundesländern. Das sind einige

22 Vgl. Rüdiger Hachtmann, a.a.O., S. 844.

23 Vgl. Felix Ermacora: Menschenrechte in der sich wandelnden Welt, Bd. 1, Wien 1974, S. 290 ff, hier bes. S. 291. Zum Stellenwert des Rechts auf Arbeit mit dem »Charakter eines völkerrechtlich verbindlichen Menschenrechts« vgl. auch Martin Kriele, a.a.O., S. 41.

24 Peter Keller: CDU-Arbeitnehmergruppe im Bundestag, in: Berliner Zeitung, 3./4. 1. 1998, S.25.

25 Saldo der deutschen Ausfuhren und Einfuhren, in: Der Tagesspiegel, 22. 1. 1998, S. 22.

26 Berliner Zeitung, 4. 2. 1998, S.33.

27 Arbeitslosenverband Deutschland e.V., Statistik, bearb. von Manfred Weißfinger, Stand Januar 1998, S.1.

28 Ebenda, S. 2.

der sozialen Hintergrunddaten für die Tatsache, daß Deutschland gegenwärtig die höchsten Arbeitslosenzahlen seit 1887 aufweist. 1932 war eine noch höhere Zahl registriert, aber damals kannte die Statistik noch keine »verdeckten« Arbeitslosen. Im Jahresdurchschnitt 1997 zählten diese bereits 1 184 975 Personen. Addiert man die direkten und verdeckten Arbeitslosen und rechnet Durchschnittshaushaltsgrößen der Erwerbslosen sowie alle jene hinzu, die durch kurzlebige Billiglohn-Jobs nicht unmittelbar arbeitslos sind, so waren im Jahre 1997 durchschnittlich 17,31 Mio Bundesbürger von der Arbeitslosigkeit betroffen.²⁸ Regierung und Arbeitgeberverbände bieten den Tauschhandel Abbau der Arbeitslosigkeit gegen weiteren Abbau der Sozialleistungen an. Was auch immer geschieht, die Massenarbeitslosigkeit ist die größte Gefährdung für die Existenzsicherung, die Freiheitsgarantien, die Demokratie und die politische Kultur. Mit Sorge haben erst jüngst die Kirchen auf dieses Übel aufmerksam gemacht, als sie ihre Enttäuschung darüber äußerten, daß ihr »Sozialwort« von 1997 ein Jahr später nach platonischer Zustimmung der Regierenden am Anfang letztlich ohne praktisches politisches Echo blieb.

Die Achtundvierziger hatten natürlich dieses Phänomen des ausgehenden 20. Jahrhunderts noch keineswegs im Blick. Sie mahnten angesichts damaliger Arbeitslosigkeit in den Städten Arbeitsnachweise und Vollbeschäftigung an und verstanden unter den Arbeitsunfähigen die Kranken und Alten. Aber selbst dies ist heute wieder und erst recht zum gesellschaftsbewegenden Thema geworden, wie der erforderliche Kampf um die Rentensicherung oder gegen die unsozialen Folgen der sogenannten Gesundheitsreform zeigt.

Viertens: Der Artikel 11 gibt eine prinzipielle demokratische Antwort auf die Frage, wie die Mittel aufzubringen seien, um die Verwirklichung der Grundrechte zu finanzieren: »Die unentbehrlichen Hilfsmittel für denjenigen, dem das nötigste fehlt, sind eine Schuld dessen, der Überfluß hat. Das Gesetz hat die Art der Abtragung dieser Schuld zu bestimmen.« Dieser demokratische Grundsatz von 1848 steht heute in keiner Weise Pate bei der Steuergesetzgebung. Seit Jahren wird statt dessen immer drastischer von unten nach oben umverteilt, und zwar ohne die wirtschafts- und sozialheilenden Wirkungen, die das angeblich für den Standort Deutschland und den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit haben soll.

Fünftens: Artikel 13 hebt das Recht auf Bildung hervor: »Die Gesellschaft muß mit allen Kräften die Fortschritte der allgemeinen Bildung zugänglich machen.« Wie aber steht es um den Wert der Vorschul-, Schul- und Hochschulbildung, um die Sicherung von Ausbildungsplätzen und nicht zuletzt um die Möglichkeiten des Zugangs zur allgemeinen kulturellen Bildung, der immer mehr durch Preisbarrieren und kommerzialisierte Verflachung zugemauert wird?

Sechstens: Auch die Artikel politischen Inhalts, die im begrenzten Umfang dieses Beitrags nicht kommentiert werden können, sind anregende Herausforderungen. Zum Thema Volkssouveränität lesen wir: »Das Volk ist souverän; die Regierung ist sein Werk und sein Eigentum; die Beamten sind seine Diener. Das Volk kann seine Regierung beliebig ändern und seine Bevollmächtigten abberu-

fen.« Interessant ist auch die Feststellung über die Gesetze: »In jedem freien Staat muß das Gesetz hauptsächlich die öffentliche und persönliche Freiheit gegen die Gewalt der Regierenden sicherstellen. Jede Einrichtung, welche nicht das Volk als gut und die Behörden als bestechlich voraussetzt, ist fehlerhaft.«

Was folgt für eine zeitgemäße Außen-, Ausländer- und Asylpolitik aus dem Postulat: »Die Menschen der Völker sind Brüder, und die verschiedenen Völker sollen sich gegenseitig nach Kräften unterstützen wie Bürger eines Staates«?

Und muß sich kritische Opposition heute nicht bestärkt fühlen durch die Feststellungen: »Wenn die Regierung die Rechte des Volkes verletzt, so ist die Empörung das heiligste Recht und die unumgängliche Pflicht für das Volk und alle seine Teile. Wenn einem Bürger der Schutz der Gesellschaft mangelt, so tritt er in den Naturzustand zurück, selbst seine Rechte zu verteidigen.« (Artikel 29 und 30) So wird auch verständlich, daß sich der Vorsitzende der IG Metall Klaus Zwickel in seiner Rede während des Neujahrsempfangs des DGB in Frankfurt am Main im Januar 1998 auf die Revolution von 1848 berief, als er sagte: »Bürgerfreiheit und Gewerkschaftsfreiheit, Menschenrechte und Gewerkschaftsrechte sind untrennbar miteinander verbunden.«²⁹

Die Aktualität der Forderungen von 1848 liegt also vielfältig auf der Hand. Die zitierten wie die hier nicht genannten werden die Debatte des »Dritten Demokratenkongresses« bestimmen. Wer die Revolution von 1848/49 nicht nur als Ereignis vor weit zurückliegenden 150 Jahren sieht, sondern gewissermaßen als weiterwirkenden historischen Kraftquell empfindet, der ist aufgerufen, das in der Entwicklung der Demokratie seither Errungene zu schützen, jede Geringschätzung bürgerlich-demokratischer Werte zurückzuweisen, die Verteidigung der Demokratie zugleich aber als Verantwortung zu verstehen, in veränderter Situation für ihre Fortentwicklung zu sorgen und die dafür notwendigen politischen Bedingungen links von der derzeitigen Regierungskoalition herzustellen. Wer immer die Regierungspolitik verantwortet, muß von der demokratischen Öffentlichkeit mit den Fragen an die Geschichte der Revolution von 1848/1849 konfrontiert werden. Die Forderungen dieser Revolution sind nicht erledigt.

29 Neues Deutschland,
12.1.1998.

ULLA PLENER

In Memoriam: Hattingen und Rheinhausen 1987/1988.

Versuch einer Demokratie von unten

Wer erinnert sich heute noch an den 10. Dezember 1987 ?

An diesem Tag ruhte in allen größeren Stahlstandorten des Ruhrgebiets für längere Zeit die Arbeit. In Duisburg wurden die Rheinbrücken an 25 Stellen besetzt, Straßenkreuzungen und Autohahnauffahrten sowie der Hafen blockiert. Ein aktiver Teilnehmer, damals stellvertretender Betriebsratsvorsitzender bei Krupp-Rheinhausen, beurteilte diesen Tag ein halbes Jahr später so: »Ich meine, daß uns Rheinhausen so etwas wie eine (das Wort stammt von Fahrtmann¹) revolutionäre Situation beschert hat, einen historischen Moment, den wir seit langem schon nicht mehr gehabt haben, ein Vorgefühl von politischer Macht bei den Leuten, die das Empfinden hatten: Wenn wir alle hier zusammen aufstehen, dann können wir auch was bewegen. Das war der 10. Dezember. Er ist für mich ein ganz entscheidender historischer Tag, weil er deutlich gemacht hat: Es gibt so was wie Umbruchsituationen, Chancen einer großen Veränderung, was bei vielen durch Wirtschaftswunder und Wiederaufbau völlig aus dem Bewußtsein verschwunden war...«²

Dieser 10. Dezember 1987 war der Höhepunkt einer ungewöhnlichen Bewegung, die sich in den achtziger Jahren in der ehemaligen Bundesrepublik in Teilen der Lohnarbeiterschaft und über sie hinaus in der Bevölkerung der von Krisenprozessen bedrohten Stahlregionen gegen die Politik der Konzerne und der Bundesregierung formiert hatte. Sie konzentrierte sich besonders in den Auseinandersetzungen um die Stahlstandorte Hattingen und Rheinhausen. Diese demokratische Bewegung »von unten« setzte sich für eine lebenswerte Zukunft traditioneller Industrieregionen ein und vertrat soziale und politische Anliegen. Ihr qualitativ neues Kennzeichen war, daß sie die Erfahrungen der »alten« Kämpfe und die neuen Forderungen von Industriearbeitern ebenso in sich aufgenommen hatte wie die politischen und sozialen Bedürfnisse ganzer Bevölkerungsteile, die sich seit Ende der sechziger, dann besonders in den siebziger Jahren in kirchlichen, Frauen-, Jugend-, Umweltschutz- und anderen Bürgerinitiativen manifestierten: Die soziale und politische Aktivität der Arbeiterbewegung als Vertreterin besonders der Lohnarbeitenden, also der Arbeiter und Angestellten der Großbetriebe, verband sich mit einer breiten Bürgerbewegung, in der sich Angehörige verschiedener sozialer Klassen, Schichten und Gruppen zusammengeschlossen hatten und klassen- und schichtenübergreifende Ziele verfolgten.

Die »alte« *Arbeiterbewegung*, repräsentiert von einigen Gewerk-

Ulla Plener – Jg. 1933,
Historikerin, Berlin.

Wer spezifische Gefährdungen für die Arbeitnehmerschaft und globale Gefahren für die Menschheit eingrenzen und überwinden will, der muß für die Verteidigung der politischen Demokratie und für die Verwirklichung der wirtschaftlichen Demokratie eintreten. Überlebensfragen und Klassenfragen sind gleichermaßen Machtfragen.

Die andere Zukunft: Solidarität und Freiheit. Leitlinien der IG Metall zur gesellschaftlichen und gewerkschaftlichen Reform, April 1989, S. 11.

schaften des DGB und den Interessenvertretungen der Großbetriebe, brachte in diese Bewegung u. a. folgende Inhalte und Forderungen ein³:

Sie kämpfte gegen ersatzlose Entlassungen – für neue Arbeitsplätze am Ort im Falle strukturbedingten Arbeitsplatzabbaus und wandte sich damit an die Verantwortung der Konzerne und der »öffentlichen Hand«, also staatliche Institutionen der verschiedenen Ebenen, darunter die Bundesregierung. Der von technischen Neuerungen bedingte wirtschaftliche Strukturwandel sollte sozial und ökologisch gestaltet werden. Es sollten vorhandene Ausbildungsplätze erhalten und neue Ausbildungsmöglichkeiten sowie Qualifizierungs- und Umschulungsmaßnahmen geschaffen werden – auf Kosten der Konzerne, unter Teilnahme der »öffentlichen Hand«. Vor allem trat sie dafür ein, daß der Strukturwandel nicht ohne die Belegschaften, ihre Betriebsräte und gewerkschaftlichen Vertrauensleute vollzogen wurde – sie sollten an *Entscheidungen* beteiligt werden, wenn es darum ging, Produktionsanlagen zu schließen, weiterzuführen, zu verlagern oder umzubauen.⁴ Dafür wurden eigene Modelle für die Weiterführung der Produktion unter sozialen, ökologischen und humanen Aspekten vorgelegt, wobei auch die Wirtschaftlichkeit der Unternehmen, die Finanzierbarkeit der vorgeschlagenen Maßnahmen u.ä.m. berücksichtigt waren.⁵ Das wurde mit der Perspektive verbunden, in die Verfügungsgewalt der Konzerne über Produktion und Produktionsmittel einzugreifen. Nur defensiv kann dieses damalige Agieren – auch aus heutiger Sicht – wohl nicht bezeichnet werden.⁶

Die Merkmale als *übergreifende Bürgerbewegung* zeigten sich u. a. im folgenden:

Es war eine Bewegung großer Bevölkerungskreise, eine Bürgerbewegung im Sinne des Wortes, an der sich die verschiedensten sozialen Kräfte beteiligten: neben den Beschäftigten der betroffenen Betriebe, eingeschlossen die ausländischen Arbeiter, deren Frauen und Kinder, Arbeitslose, Gewerbetreibende, Händler, Kirchenvertreter, Künstler, Sportler, Angehörige der verschiedensten Berufsgruppen (darunter Techniker, Ingenieure), Einzelpersonlichkeiten aus Politik und Gesellschaft. Es konstituierten sich Bürgerkomitees, in denen Bürgerinitiativen dieser Gruppen aktiv mitwirkten. Neben den besonders seit der zweiten Hälfte der siebziger Jahre von den damals neuen demokratischen Bewegungen (Friedens-, Umweltschutz-, Frauenbewegungen) initiierten Kampfformen (Bürgerinitiativen für konkrete Anliegen, Umweltprojekte vor Ort u. a.) wurden neue Aktionsformen praktiziert wie z. B. Mahnwachen vor Konzernvorständen, vor Sitzen der Landes- und der Bundesregierung; ein »Dorf des Widerstandes« u. a. m.

Die Bewegung artikulierte den inneren Zusammenhang der Bereiche »Arbeit« (Erwerbsarbeit) und »Leben« (Freizeit, Wohnort, Bildung und Ausbildung, Kultur im weiten Sinne) und bezog friedenspolitische, ökologische, jugend-, frauenspezifische u. a. Gesichtspunkte ein.⁷

Die Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre der betroffenen Betriebe bildeten bei Höhepunkten der Bewegung meistens den aktiven, inhaltlich weitgehend bestimmenden Kern.

»Notwendige Schritte zu mehr Demokratie und gesellschaftlicher Vernunft sind unter anderem:

- . Branchenausschüsse mit neuen Mitbestimmungsrechten für die Gewerkschaften. Im nationalen Stahlauschuß z. B. sollen Bund, Länder, Unternehmen und IG Metall die Unternehmenspolitik koordinieren und die Neuordnung nach sozialen Kriterien beschließen.
 - . Vergesellschaftung der Stahlindustrie.
 - . Mehr Mitbestimmung auf allen Ebenen. Die paritätische Mitbestimmung soll auf alle Unternehmen ausgedehnt werden. Wirtschafts- und Sozialräte sollen die gesamtwirtschaftliche Mitbestimmung wahrnehmen.
 - . Investitionslenkung.
 - . Staatliche Strukturberichtserstattung.
 - . Koppelung staatlicher Zuschüsse an die Sicherung von Arbeitsplätzen.
- metall, Hattingen, 13. 5. 1987.

Die *politischen* Merkmale der Bewegung ließen sich darin erkennen, daß sie ein hochpolitisches Ziel – die Sicherung von traditionellen Industrieregionen des Landes – verfolgte; daß sie in die regionale und bundesweite Industriestrukturpolitik eingriff, deren Veränderung forderte, konstruktive Vorschläge dafür unterbreitete und die Regierungen der Länder und besonders die des Bundes in die Pflicht nahm; daß sie entsprechende Erwartungen an die politischen Parteien formulierte; daß sie zu einem politischen Faktor in der Bundesrepublik wurde, politisch einiges in ihr bewegt und damit in das politische Kräfteverhältnis eingegriffen hatte. Der demokratische Charakter der Bewegung zeigte sich darin, daß sie inhaltlich demokratische, also im Interesse der Bevölkerungsmehrheit liegende Anliegen verfolgte und Aktionsformen praktizierte, die breite Teile der Bevölkerung einbezog.

Ihren Kern bildete die »alte« Arbeiterbewegung, in erster Linie einige *Gewerkschaften* des DGB. Diese wandten sich, wenn auch mit einer gewissen Verzögerung, den Fragen zu, die die wissenschaftlich-technische Umwälzung (Stichwort Mikroelektronik) seit Mitte der siebziger Jahre – mit ihnen seit Mitte der achtziger Jahre zunehmenden Folgen für die Strukturpolitik – aufwarf. Der Verlauf der Aktionen führte seit dem Übergang von den siebziger zu den achtziger Jahren schrittweise von der Verteidigung angesichts der Konzernangriffe zu einer zunehmend offensiven und politischen Position. Belegschaften und Gewerkschaften legten konstruktive Lösungen vor, die die Belange der von Entlassung bedrohten Stahlwerker ebenso berücksichtigten wie die Zukunft der damit verbundenen Regionen. Zusammen mit der Bürgerbewegung und als deren Kern erwiesen sie sich so als die Verfechter der demokratischen Bestrebungen der Arbeitenden und der politischen wie sozialen Menschenrechte.

Die Etappen des Widerstandes gegen das Abwälzen unsozialer Folgen technischer Entwicklung allein auf die abhängig Beschäftigten, die Lohnarbeitenden, und deren Lebenszusammenhänge in den Regionen lassen sich wie folgt skizzieren.

Nach der zyklischen und Strukturkrise 1974/1975 (die zugleich die erste Weltwirtschaftskrise der Nachkriegszeit war) weiteten sich die Inhalte gewerkschaftlicher Kämpfe über die – bis dahin dominierenden – berechtigten Lohnforderungen hinaus aus und richteten sich u. a. darauf, Arbeitsplätze, die infolge von Rationalisierungsmaßnahmen wegfielen, durch neue zu ersetzen, notwendige Qualifizierungen dafür zu gewährleisten, die Arbeitsbedingungen zu verbessern (Stichwort »Humanisierung«) und die Mitbestimmungsmöglichkeiten in diesen Fragen (also beim Wie der Produktion) zu erweitern. Damit wurden stärker und umfassender als bei den Lohnkämpfen der Jahre zuvor *gesellschaftliche Zusammenhänge* erfaßt. Alle großen Streiks der zweiten Hälfte der siebziger Jahre – in der Druck- und Metallindustrie und in den Häfen 1978, im Stahlbereich 1978/1979, bei der Post 1980 – gingen von »qualitativen« Forderungen aus mit dem Anspruch, den Produktionsablauf und den Einsatz neuer Techniken zu beeinflussen: gegen unsoziale Rationalisierungsfolgen, für kürzere Arbeitszeit und humanere Arbeitsbedingungen, gegen die unzureichenden wirt-

Die IG Metall sieht den Strukturwandel als Chance, die für die umfassende Befreiung von inhumaner Arbeit und zur Erweiterung der freien Zeit zur selbständigen Gestaltung und Verbesserung der Lebenskultur genutzt werden kann und muß. Menschengerechte Arbeit für alle - das bleibt auch für die Gesellschaft der Zukunft die zentrale politische Aufgabe.

Die andere Zukunft... Leitlinien der IG Metall..., April 1989, S. 16.

schaftspolitischen »Krisenlösungen« der (noch sozialdemokratisch geführten) Bundesregierung.

Diese Tendenz setzte sich in den achtziger Jahren fort. DGB-Gewerkschaften kämpften um Rahmentarifverträge, die Mindestanforderungen an die Arbeitsbedingungen und – das war ein wesentliches *neues* Moment – die *Arbeitsinhalte* miteinfassen sollten. Sie erhoben *Rechtsansprüche* auf Umschulungsmaßnahmen, die von Unternehmern bezahlt werden sollten, auf Kündigungsschutz bei Rationalisierungsmaßnahmen, auf mehr Mitbestimmung bei der Arbeitsorganisation. Besonders seit der zyklischen Krise 1980 bis 1983 rückte die Forderung, die Wochenarbeitszeit auf 35 Stunden (bei vollem Lohnausgleich) zu verkürzen, um der Massenarbeitslosigkeit entgegenzuwirken, in den Mittelpunkt. Auch hierbei ging es – so sahen es auch die Herrschenden – »nicht nur um quantitative Größen«, sondern »um ein Stück realer Machtverschiebung«, wie die Frankfurter Rundschau am 23. Februar 1985 schrieb, weil damit »die unumschränkte Verfügungsgewalt der Arbeitgeber« eingeschränkt würde. In diesem Zeichen standen die machtvollen Streiks der IG Metall und der IG Druck und Papier 1984.

In diese Zeit fällt der Beginn des Stahlarbeiterwiderstandes. Dazu gehörte z. B. die Bewegung »Stahlwerk jetzt!«, die sich 1981 an den Hoesch-Konzern in Dortmund wandte. Zugleich entfalteten sich seit Beginn der achtziger Jahre die neuen demokratischen Bewegungen, die vielfach als Bürgerinitiativen wirkten. Dabei entstanden viele Initiativen, die sich für verschiedene örtliche Belange einsetzten. Und zu solchen, ganze Ortschaften und Städte betreffenden Problemen gehörte zunehmend die Massenarbeitslosigkeit, u. a. und besonders in der Stahlindustrie. So kam es schon in den ersten achtziger Jahren zu Bürgeraktionen, die zusammen mit den Belegschaften und deren gewerkschaftlichen Organisationen für die Arbeitsplätze stritten – z. B. die Fraueninitiative bei Hoesch-Stahl in Dortmund.

In der zweiten Hälfte der achtziger Jahre erreichten die Kämpfe eine neue Qualität. Schon die Aktionen der Stahlwerker der Maxhütte in Oberbayern, der Salzgitter AG in Niedersachsen, von ARBED-Stahl an der Saar, der Thyssen-Stahl AG in Oberhausen im Ruhrgebiet und andere hatten um die Mitte der achtziger Jahre neue Zeichen des Widerstandes gesetzt. Die Stahlarbeiter der Henrichshütte in Hattingen (Thyssen-Konzern) 1987 und der Krupp-Stahlwerke in Duisburg-Rheinhausen 1988 hoben den Kampf auf eine höhere Stufe – und das in mehrfacher Hinsicht.

Er wurde zu einer gesamtnationalen Angelegenheit von hoher gesellschaftspolitischer Bedeutung, der sich keine politische Kraft – weder die politischen Parteien, noch die Unternehmerverbände, weder der Bundestag, noch die Bundesregierung – entziehen konnte. Es ging um das Menschenrecht auf Arbeit ebenso wie um demokratische Einflußnahme auf Entscheidungen, auf das, was in den Konzernen und im Staat geschieht oder nicht geschieht. Es sollten bestehende Arbeitsplätze erhalten und vor allem neue Arbeitsplätze – für die aus Rationalisierungsgründen notwendig wegfallenden – an den betreffenden Orten geschaffen werden. Sie sollten durch Qualifizierungsmaßnahmen – von den Konzernen

Die Spaltung unserer Gesellschaft... wird durch die kapitalistische Marktwirtschaft verursacht und kann vom Staat zementiert oder abgebaut werden. Die konservative Politik trägt ganz erheblich dazu bei, die Spaltung voranzutreiben:

- . durch eine Steuerreform, die die Reichen privilegiert und die Kleinverdiener benachteiligt,
 - . durch Kürzungen bei den Sozialleistungen,
 - . durch die Lockerung von Arbeitsschutz- und Kündigungsschutzbestimmungen und
 - . durch eine Schwächung der Gewerkschaften.
- Die andere Zukunft... Leitlinien der IG Metall..., April 1989, S. 12/13.

In den Bereichen Arbeit und Wirtschaft ist die Beteiligung aller an der Gestaltung und Kontrolle der sie betreffenden Entscheidungen noch kaum verwirklicht. Die IG Metall fordert daher vor allem die Demokratisierung der wirtschaftlichen Entscheidungsprozesse. Die andere Zukunft... Leitlinien der IG Metall..., April 1989, S. 19.

getragen und finanziert – gesichert sein. Kurzum, es sollte kein Beschäftigter in die Arbeitslosigkeit entlassen werden können. Die Forderungen richteten sich an die Konzerne und die Bundesregierung gleichermaßen. Es ging – und darin bestand die neue politische Qualität der Kämpfe – um die Lebensfähigkeit ganzer Regionen, in diesem Fall besonders des Ruhrgebiets, und eigentlich um die Gestaltung der gesellschaftspolitischen Situation der ganzen damaligen Bundesrepublik. Von der Bundesregierung wurde gefordert, ihre deklarierte »Verantwortung für das Ganze« wahrzunehmen.

Im Verlaufe dieses Kampfes erreichte das Zusammenwirken der Stahlbelegschaften und ihrer Betriebsräte und Vertrauensleute mit den vielen anderen Kräften in den betreffenden Städten und Ortschaften – Vertretern demokratischer Parteien und Verbände, Kirchen, Künstler- und Sportvereinigungen, Einzelpersonlichkeiten, Handwerkern, Gewerbetreibenden, Kleinhändlern – eine neue Qualität. Sie zeigte sich im Wirken der dabei entstandenen Bürgerkomitees – den Inhalten ihrer Tätigkeit, der sozialen und politischen Breite der Zusammenarbeit in ihnen.

Zu einem Höhepunkt gestaltete sich der eingangs beschriebene Aktionstag der IG Metall am 10. Dezember 1987, der von der Bürgerbewegung voll mitgetragen wurde.

Die Aktionen der Hattinger und Rheinhausener Stahlarbeiter und Bürger brachten einiges in Bewegung in der damaligen Bundesrepublik.

Ende 1987 und Anfang 1988 befaßte sich der Bundestag mehrfach mit der Lage in der Stahlindustrie. Wenn auch für Stahlarbeiter dabei wenig Konkretes herauskam, unterstrich der – ungewöhnliche – Vorgang die gesamt-nationale Bedeutung ihres Kampfes. Als die Gegenwehr der Stahlarbeiter und der Bürgerbewegung 1987/1988 bedrohliche Ausmaße für den »sozialen Frieden« anzunehmen begann, sahen sich sowohl die Stahlunternehmer als auch – in deren Gefolge – die Bundesregierung veranlaßt, auf Zugeständnisse einzugehen.

Am 10. Juli 1987 unterzeichneten die IG Metall und die Unternehmensvereinigung Eisen- und Stahlindustrie die »Frankfurter Vereinbarung«⁸, die im Oktober desselben Jahres von der Bundesregierung akzeptiert wurde. Darin hatten sich Unternehmer u. a. verpflichtet, an den Stahlstandorten neue Arbeitsplätze zu schaffen. Anfang Mai 1988 kam es zur »Rheinhausener Vereinbarung« zwischen der Landesregierung von Nordrhein-Westfalen, dem Krupp-Konzern und dem Betriebsrat des Krupp-Stahlwerkes in Duisburg-Rheinhausen⁹, nach der die Stilllegung der Hütte hinausgezögert wurde und der Konzern versprach, für neue Arbeitsplätze an diesem Ort zu sorgen. Die Ersatzarbeitsplätze entstanden dann aber zum größten Teil nicht, weil die Maßnahmen sich als schwer umsetzbar und nicht kontrollierbar erwiesen hatten¹⁰.

Die Bundesregierung sah sich gezwungen, zwischen März und Oktober des Jahres 1987 fünf »Stahlrunden« und am 24. Februar 1988 eine »Ruhrgebietskonferenz« einzuberufen, an denen Vertreter der Stahlbelegschaften und der IG Metall sowie Beauftragte der Stahlkonzerne und der Banken teilnahmen und die zu einigen – allerdings sehr unzureichenden – konkreten Zusagen für das Ruhr-

Wir wollen eine Neuorientierung der privaten Unternehmens- und Konzernpolitik. In der Vergangenheit stand der Aufkauf bestehender Unternehmen außerhalb der Regionen im Vordergrund. Der Aufbau neuer Produktlinien am Ort wurde vernachlässigt. In der Zukunft muß der Übergang vom externen zum internen Strukturwandel vorangetrieben werden. Damit wird der Vorrang für die Sanierung der regionalen Beschäftigungsbilanzen eingeklagt.

Wir wollen eine Neuorientierung der regionalen Strukturpolitik.

Die andere Zukunft...

Leitlinien der IG Metall..., April 1989, S. 23.

gebiet hinsichtlich der finanziellen »Abfederung« des Strukturwandels führten. Im Juli 1987 initiierte die SPD-geführte Regierung von Nordrhein-Westfalen ein bundesweites »Zukunftsinvestitionsprogramm Montanregionen (ZIM)«, mit dem rund zwei Milliarden DM in den nächsten Jahren für neue Arbeitsplätze mobilisiert werden sollten. Ende Februar 1989 wurde – großspurig als »Großaktion der Wirtschaft« und »beispiellose Eigeninitiative« bezeichnet – die Aktion von 35 Konzernen und 31 sogenannten Wirtschaftsführern »Initiativkreis Ruhrgebiet« bekanntgegeben, die »einen substantiellen Beitrag zum Strukturwandel und zur Klimaverbesserung des Ruhrgebiets leisten« wollte.

Pressemeldungen des Jahres 1989 verlautbarten, das Wirtschaftswachstum in Nordrhein-Westfalen befände sich wieder »im Bundesdurchschnitt«, und an der Ruhr begäbe »der Druck auf die Arbeitsplätze« langsam nachzulassen. Sowohl die CDU/CSU-geführte Bundesregierung als auch die SPD-Landesregierung schrieben sich dieses – bis dahin noch sehr vage – Ergebnis zu. In Wirklichkeit hatte, das gestand die Frankfurter Allgemeine am 17. März 1989, »die neue positive Grundstimmung... etwas mit dem Stichwort Rheinhausen zu tun«.

Die wenigen Ergebnisse des großartigen Kampfes standen für das Kräfteverhältnis in der damaligen BRD: Die Banken und Konzerne hatten das Land nach wie vor fest im Griff, aber ihre Kahl-schlagpolitik konnten sie damals nicht wie geplant durchsetzen.

Im Verlaufe der Auseinandersetzungen und aufgrund der dabei gesammelten Erfahrungen sind die *Gewerkschaften*, ganz besonders die IG Metall, *konstruktiv im Sinne gesamtgesellschaftlicher Interessen* aktiv geworden, d. h. vor allem: für die Sicherung und Erweiterung der demokratischen Einflußnahme der Lohnarbeitenden auf Wirtschaft und Staat sowie der politischen und sozialen Menschenrechte, besonders des Rechts auf Arbeit. Sie hatten die Inhalte ihres Wirkens in beachtlichem Maße erweitert und ihr Selbstverständnis, nicht nur soziale Schutzfunktionen, sondern auch soziale und politische *Gestaltungsaufgaben* wahrzunehmen, präzisiert. Dafür stand besonders das Dokument der IG Metall »Die andere Zukunft: Solidarität und Freiheit. Leitlinien der IG Metall zur gesellschaftlichen (sic!) und gewerkschaftlichen Reform« vom April 1989.¹¹

Über »Das neue Gesicht des Kapitalismus« war darin zu lesen: »...Trotz des erkämpften sozialen Fortschritts leben wir immer noch in einer kapitalistischen Gesellschaft und sind mit einer kapitalistischen Wirtschaft konfrontiert... Traditionelle Klassenfragen sind dabei keineswegs in den Hintergrund getreten. Ausbeutung und Abhängigkeit sind in den industriellen Staaten gemildert, aber keineswegs abgeschafft. Es gibt weiterhin den Skandal der Arbeitslosigkeit... Es gibt den Skandal der Verteilungsgerechtigkeit, der für die Beschäftigungskrise in den Industrieländern mit verantwortlich ist.« Unter »Zielsetzungen« hieß es – neben »Arbeit für alle statt Arbeitslosigkeit für viele«, »Solidarität statt Konkurrenz« und »Internationalität und Nationalität« – »Lebendige Demokratie statt autoritärer Herrschaft«. (Siehe nebenstehend.)

Für viele der bedrohten Stahlstandorte und Betriebe wurden in

Die konservative Alternative Freiheit oder Sicherheit, Individualität oder Kollektivität sind keine Gegensätze, sondern bedingen sich wechselseitig. Die Freiheitsrechte bleiben Papier, wenn man sie aus materiellen Gründen nicht wahrnehmen kann. Wer seinen persönlichen Bedürfnissen nachgehen will, kann dies als Arbeitnehmer nur, wenn ein Netz kollektivvertraglicher Regelungen ihm Sicherheit und Entfaltungschancen bietet. Der Wunsch der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nach Mitbestimmung und Beteiligung ist spürbar gewachsen. Wir werden ihn aufgreifen, indem wir für eine emanzipatorische, demokratische und beteiligungsorientierte Arbeitsverfassung kämpfen. Dies setzt aber auch mehr gesetzliche Mitbestimmungsmöglichkeiten der Gewerkschaften und der betrieblichen Interessenvertretungen auf allen Gebieten voraus.

Die andere Zukunft... Leitlinien der IG Metall..., April 1989, S. 33.

Demokratie ist bis heute auf die politische Staatsform beschränkt geblieben und nicht zur gesellschaftlichen Lebensform in allen Bereichen geworden. Nur die gleichberechtigte Beteiligung aller an der Gestaltung ihrer Arbeits- und Lebensbedingungen, die ständige Kontrolle und Begrenzung von politischer und wirtschaftlicher Macht entspricht dem Anspruch einer demokratischen Gesellschaft. Die parlamentarische Demokratie droht zur Parteienherrschaft, zur Verkrustung und zur Machtausübung durch wenige zu verkommen. Darum fordern wir die Verbesserung und Verbreiterung politischer Demokratie durch verstärkte Bürgerbeteiligung und institutionalisierte Bürgerrechte über den Rahmen der parlamentarischen Demokratie hinaus. Die andere Zukunft... Leitlinien der IG Metall..., April 1989, S. 19.

enger Zusammenarbeit von Betriebsräten und Gewerkschaftsvertretern, darunter Ingenieuren, Technikern und einigen Leitungskadern, technisch und ökonomisch begründete Konzepte für die Weiterführung der Produktion erarbeitet mit dem Ziel, alte Arbeitsplätze umzubauen und neue – unter ökologischen und humanen Gesichtspunkten – zu schaffen. Zugleich wurde über viele Fragen der Wirtschafts- und Strukturpolitik sowie der Technikgestaltung konkret nachgedacht, so z. B.: Wie kann Kriegs- auf Friedensproduktion umgestellt werden? Konkrete Projekte der Konversion wurden in einigen Großbetrieben von entsprechenden Arbeitskreisen ausgearbeitet. Wie kann das Wirtschaften durch entsprechenden Um- und Ausbau von Industrien und Branchen ökologisch und sozial werden? Wie kann Technik durch Arbeitszeitverkürzung, Umweltschutz am Arbeitsplatz, Arbeiterleichterungen, schöpferische Arbeitsinhalte human gestaltet werden? Wie können die sozialen Sicherungssysteme ausgebaut, im besonderen die neuen flexiblen Arbeitsformen sozial geschützt und Wege zur effektiven Bildung, Qualifizierung, Umschulung gefunden werden? Wie kann sich die Individualität des Arbeitnehmers durch kollektiven Zusammenschluß und gewerkschaftliche Interessenvertretung entfalten? Individuelle Bedürfnisse sollten verstärkt aufgegriffen werden. Wie ist die Gleichstellung der Frauen in der Erwerbsarbeit, Freizeit, Familie, Politik zu erreichen? Welche neuen Möglichkeiten für Arbeit und Freizeit können besonders für die Jugendlichen erschlossen werden? Wie können Staat und Wirtschaft demokratisiert werden, u. a. durch erweiterte Mitbestimmung am Arbeitsplatz, im Betrieb und Konzern, in den Kommunen, regional und auf Bundesebene?

Bei all diesen Fragen ging es den Gewerkschaften, an ihrer Spitze die IG Metall, nicht zuletzt, ja sogar sehr vordergründig darum, *Entscheidungsstrukturen* in der Arbeitswelt und in der Politik zugunsten der Lohnarbeitenden zu verändern. Sie forderten mehr Demokratie gerade in diesem Sinne, auch und besonders gegen Konzernvorstände, die im Zuge der Umstrukturierung von Industrien und Produktion über Schicksale von Familien und ganzer Regionen ausschließlich im Sinne der eigenen Profitsteigerung entschieden.

Ein Kennzeichen dieser gewerkschaftlichen Überlegungen war: »Wer die Zukunft gestalten will, der kommt an bestehenden ökonomischen Zwängen, am real existierenden Kapitalismus nicht vorbei.« Und: »Wenn wir die Entwicklung dieser Gesellschaft allein den Marktprozessen und den Gewinninteressen (des Kapitals) anheim stellen, dann ist dies gleichbedeutend mit der Aufgabe von Politik, mit dem Verzicht auf bewußte Gestaltung von Gegenwart und Zukunft.«¹²

Von zukunftssträchtiger Bedeutung war die in den Kämpfen um die Stahlindustrie in der IG Metall geborene und z. T. konkret ausgearbeitete Idee der *Beschäftigungsgesellschaften*, deren *Inhalt damals weiter gefaßt* war, als wir es heute von den so bezeichneten Gebilden kennen. Auch damals sollten sie die Entlassung von Tausenden der Beschäftigten in die Arbeitslosigkeit verhindern; aber die betreffenden Konzerne sollten verpflichtet werden, neue

Arbeitsplätze an den Standorten zu schaffen, Übergangsbeschäftigungen und notwendige Qualifizierungsmaßnahmen zu sichern und zu finanzieren – und das mit Unterstützung der »öffentlichen Hand«, auf die die Gewerkschaften Einfluß nehmen können müßten. So sollte in die Strukturpolitik der Konzerne und der Regierungen eingegriffen werden. Über das unmittelbare Anliegen (Massenarbeitslosigkeit verhindern) und das mittelfristige Ziel (sozial und ökologisch zukunftsfähigen Strukturwandel einleiten) hinaus enthielt das Konzept langfristige Vorstellungen, die in Richtung der – schrittweisen – gesamtgesellschaftlichen Wahrnehmung von Interessen in Industriezweigen und der Gesamtwirtschaft wiesen: Unter anderem über die Mitfinanzierung von Übergangsmaßnahmen für neue Beschäftigungen sollte für die »öffentliche Hand« (staatliche Institutionen, Kommunen) der Weg geöffnet werden, in die Verfügungsgewalt der Konzerne einzugreifen; und das hätte – je nach Kräfteverhältnis mehr oder weniger – Möglichkeiten der öffentlichen Kontrolle über Abläufe bestimmter Prozesse in den Konzernen geschaffen. Zugleich wurde gefordert, die Mitbestimmungsrechte der Belegschaften und der Gewerkschaften vom »Wie« zum »Was« der Produktion zu erweitern. Dabei gingen Verfechter dieser Vorstellungen in der IG Metall von der klaren Erkenntnis aus, daß es eines harten Kampfes bedarf, wenn diese (wie auch die kurz- und mittelfristigen) Ziele realisiert werden sollten.

Ein Ergebnis der gemeinsam von Bürgerbewegungen und Gewerkschaften getragenen Aktionen waren neuartige Formen bei der Suche nach Lösungen für das Recht auf Arbeit und für die Lebensfähigkeit der Städte und Regionen. So bildete sich im Mai 1988 auf der Basis des damaligen Bürgerkomitees der »Verein Leben und Arbeiten in Rheinhausen«. Unterstützt von Teilen der Bevölkerung, von Zukunftsforschern und Fachleuten der verschiedenen Branchen waren seine Teilnehmer dabei, ein realistisches Bild von der Zukunft ihrer Stadt nach ihrem Geschmack zu entwerfen, initiierten sie sinnvolle Projekte für Umwelt und Arbeit.¹³ Nach diesem Vorbild entstand in Duisburg-Huckingen der »Verein Aufbruch – solidarisches Leben und Arbeiten im Duisburger Süden«. Ähnliche Initiativen gab es in anderen Ortschaften und Städten.

Und 1998? Pressemeldungen zufolge haben die Aktionen, an die hier erinnert wurde, nicht viel gebracht. Das Stahlwerk in Duisburg-Rheinhausen ist 1993 endgültig geschlossen worden, ohne daß die versprochenen neuen Ersatzarbeitsplätze geschaffen wurden – die Arbeitslosenrate betrug in diesem Stadtteil im November 1997 17 Prozent. Eine Berliner – sich als links verstehende – Tageszeitung glaubte im Dezember 1997 über den von »einer Handvoll Gewerkschaftsaktivisten inszenierten Arbeitskampf« 1987/1988 ironisieren zu können: »Ein bißchen Klassenkampf« sei geübt worden. Drei im November 1997 befragte Akteure der damaligen Ereignisse (zwei Gewerkschafter, ein Betriebsrat) zogen es vor, sich in Schweigen zu hüllen. Der »ökonomische Trendbruch« und der »gesellschaftliche Umbruch«, von denen in den oben zitierten Leitlinien der IG Metall vom April 1989 die Rede war¹⁴, dauern an. Der damit verbundene neoliberal bestimmte Zeitgeist erhielt seit 1989/1990 weiteren Auftrieb mit dem Zusammen-

bruch des Realsozialismus, in Deutschland wurde er von den Folgen des Anschlusses der DDR an die alte Bundesrepublik gestärkt.

Und die Gewerkschaften? »Die IG Metall«, schreibt H. Bömer, »reagierte in den achtziger Jahren auf die drohende private Einheitsgesellschaft mit dem Konzept der Vergesellschaftung der Stahlindustrie... Dies war ein vernünftiges demokratisches Konzept... Es war eingebettet in ein umfassendes Programm der Arbeitszeitverkürzung und der Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen durch aktive Struktur- und Regionalpolitik. Dagegen gab es von seiten der Gewerkschaft 1997/1998 keinen prinzipiellen Widerstand gegen die Vollfusion von Thyssen und Krupp«¹⁵ Auch darin findet die seit 1987/1988 gewandelte Situation ihren Ausdruck. Frank Deppe schreibt: »Die Gewerkschaften sind in den meisten Ländern extrem geschwächt, und vor allem in der BRD profiliert sich die überwiegende Mehrheit der DGB-Gewerkschaften durch ein subalternes Anpassungsverhalten«, und sie gibt dabei »mehr und mehr das ›politische Mandat‹ zur Vertretung der Interessen der gesamten Arbeiterklasse – auch der am meisten diskriminierten Teile« auf.¹⁶

Doch stehen die damaligen Fragen an die Zukunft, darunter an die Gestaltung der Produktion, der Struktur- und Wirtschaftspolitik wie der staatlichen Politik im Ganzen nicht auch heute? Und stehen sie nicht, wie die Frage nach dem Verhältnis von privatem Profit- und dem gesamtgesellschaftlichen Interesse, heute noch dringlicher? Geht es nicht heute – siehe »Erfurter Erklärung« – vor allem darum, die Bevölkerungsmehrheit, die Lohnarbeitenden und ihre Organisationen, an den *Entscheidungsprozessen* in Produktion, in Struktur- und Wirtschaftspolitik und in anderen Bereichen (Bildung! Kultur im umfassenden Sinne!) wirklich zu beteiligen?

In den gesellschaftspolitischen Auseinandersetzungen der achtziger Jahre waren diese »qualitativen« Fragen der unmittelbare Aktionsgegenstand in der damaligen Bundesrepublik Deutschland. Es war in diesem Land vor allem die »alte« Arbeiterbewegung in Gestalt einiger Gewerkschaften des DGB, die – zusammen mit demokratischen Bürgerbewegungen – konstruktive Antworten darauf formulierte und sich für ihre Umsetzung einsetzte. Sie hat keinen Grund, sich dieses Versuchs einer gestaltenden Praxis und der aktiven Wahrnehmung eines »politischen Mandats« für die lohnarbeitende Bevölkerungsmehrheit zu schämen. Wie in der Vergangenheit geht es auch heute und in Zukunft um »die Demokratisierung der Institutionen – der privaten Unternehmen wie der Staatsapparate« ebenso wie um »politische... Eingriffe in die unumschränkte Verfügung über das Kapitaleigentum«.¹⁷ Wer, wenn nicht die Gewerkschaften, sollte dieses Erfordernis der Zeit vor allen und mit anderen Kräften tragen?

Anmerkungen

1 Friedrich Fahrtmann, damals Fraktionsvorsitzender der SPD im Landtag Nordrhein-Westfalen.

2 Deutsche Volkszeitung/Die Tat, Düsseldorf, 20. Mai 1988.

3 Vgl. Wer sich nicht wehrt, lebt verkehrt! Meinungen, Forderungen, Aktionen für mehr Demokratie in der BRD. Dokumente, Berlin 1990. Darin sind die Vielfalt der Forderungen und der damit verbundenen Aktionen um Hattingen und Rheinhausen dokumentiert.

4 Vgl. Stahlindustrie sozial neu ordnen und demokratisieren. Forderungen der IG Metall (Hat-

- tingen) an Politik und Wirtschaft, in: Wer sich nicht wehrt..., S. 14/15; Petition der IG Metall an den Deutschen Bundestag (Mai 1987), in: Ebenda, S. 16/17.
- 5 Vgl. dazu u. a.: Das Hattinger Modell, in: Ebenda, S. 27 ff.
- 6 Vgl. Frank Deppe: Fin de Siècle. Am Übergang ins 21. Jahrhundert, Köln 1997, S. 165.
- 7 Vgl. Wir wollen Brot und Rosen! Flugblatt zum Internationalen Frauentag; Jugendinitiative Hattingen »Wir schlagen Krach für unsere Zukunft«; Es geht um das ganze Revier. Rheinhausener Aufruf vom Dezember 1987; Schüler fragen: Was soll aus uns werden?; Bürgerversammlung in Rheinhausen am 8. Februar 1988; Aufruf zum politischen Aschermittwoch in Rheinhausen am 17. Februar 1988. Alle in: Wer sich nicht wehrt..., in der angegebenen Reihenfolge S.32/33, 43-46, 56, 59/60, 74-79, 81.
- 8 Vgl. ebenda, S. 47.
- 9 Vgl. ebenda, S. 93-95.
- 10 Vgl. Hermann Bömer: Neue Dimensionen im globalen Konkurrenzkampf. Thyssen-Krupp AG - Gewerkschaften ohne Alternativkonzept? In: Sozialismus, Hamburg, H. 3, 1998, S. 39.
- 11 Die andere Zukunft: Solidarität und Freiheit. Leitlinien der IG Metall zur gesellschaftlichen und gewerkschaftlichen Reform. Herausgeber: IG Metall Vorstand, Frankfurt am M., o. J. (April 1989)
- 12 Franz Steinkühler: Referat auf dem Zukunftskongress der IG Metall (Oktober 1988), Manuskript, S. 6.
- 13 Über ein solches Projekt berichtete die Zeitung der DKP »Unsere Zeit« am 21. April 1989: Ein »Deutsches Institut für Holographie (dreidimensionale, mit Laser hergestellte Fotografie) soll nach Rheinhausen, nicht nur wegen privater Fotofreunde, sondern auch für die Werkstoffprüfung in der Industrie. Einige Teilnehmer brüten über ein Werkstatt- und Reparaturzentrum. Jugendliche sollen hier Arbeit bekommen, Autos, Fahrräder und elektrische Geräte reparieren und verfallene ehemalige Villen von Krupp-Direktoren in Kindergärten, Bürgertreffs und Vereinszentren verwandeln.«
- 14 Vgl. Die andere Zukunft..., S. 10.
- 15 H. Bömer, a.a.O., S. 38.
- 16 Frank Deppe: Die Prognose ist richtig. Die Barbarei des entfesselten Kapitalismus (150 Jahre Kommunistisches Manifest), in: Neues Deutschland, Berlin, 24. Februar 1998.
- 17 Ders.: Fin de Siècle, a.a.O., S. 147, 192/193.

STEFAN PFEIFER

Von Erfurt nach Essen nach Berlin. Aus der Arbeit mit dem Aufruf für eine andere Politik in einer Ruhrgebietsstadt

Die bundesweite Großdemonstration »Aus der Zuschauerdemokratie heraustreten« am 20. Juni in Berlin hätte es ohne die Erfurter Erklärung nicht gegeben. Im Westen gründeten sich 1997 nach ihrer Veröffentlichung viele Initiativgruppen. Diese Gruppen verschrieben sich zunächst der Verbreitung der Erfurter Erklärung. Nach dem »Bochumer Ratschlag« bildeten sie den organisatorischen Kern für die Demo-Mobilisierung im Westen. Dieser Beitrag berichtet über die Arbeit der Essener Initiative.

Das Ruhrgebiet gilt bis heute als die bedeutendste deutsche Industrieregion, obwohl die Zahl der Arbeitsplätze in den letzten fünfunddreißig Jahren um fast 1/3 zurückging, in der Industrie sogar um die Hälfte. Die Arbeitslosenquote liegt inzwischen bei über 15 Prozent.

Stefan Pfeifer – Jg. 1962, Diplomvolkswirt, beschäftigt bei einer Beratungsfirma für Innovation, Strukturpolitik und Arbeit in Bochum. Sprecher des Initiativkreises zur Verbreitung der Erfurter Erklärung in Essen.

Zwischen Ruhr und Emscher, Rhein und Lippe leben fast 5,5 Millionen Menschen, die in ihrer großen Mehrheit zu den Verlierern gehören, wenn neoliberale Politik einen »kalten Krieg gegen den Sozialstaat« führt.

Die Statthalter der Regierungskoalition haben im Ruhrgebiet schlechte Karten: Die CDU liegt bei rund 30 Prozent, die FDP bleibt hier unter 5 Prozent. Wenn das Ruhrgebiet bei den Bundestagswahlen keinen dicken Stimmenvorsprung für die bisherigen Oppositionsparteien beibringt, dann gibt es keine Mehrheit für eine andere Regierung. Das ist aber längst nicht mehr sicher. Der Strukturwandel im Ruhrgebiet umfaßt auch das Wählerverhalten:

In vielen Arbeiterstadtteilen geht nicht einmal mehr jede bzw. jeder zweite Wahlberechtigte zur Wahl – die Einwohnerinnen und Einwohner ohne deutschen Paß nicht mitgerechnet. Es wird immer deutlicher, daß die bisherigen Mechanismen der Mehrheitsbeschaffung im Ruhrgebiet immer weniger greifen: Die traditionelle Verbindung von Sozialdemokratie und Gewerkschaften, Wohlfahrts- und Kulturvereinigungen funktioniert nicht mehr.

Politische Resignation macht sich ausgerechnet bei denen breit, die nie CDU gewählt haben, die sich aber auch von einer anderen Regierung mit Beteiligung der SPD und Bündnis 90/Die Grünen offenbar nichts versprechen. Diesen Aspekt spricht auch die Erfurter Erklärung an: »Parteiförmige Politik allein kann das Vertrauen der Bevölkerung in ihre Demokratie nicht mehr hinreichend begründen.« Er gilt jedoch nicht für die gesamte Bevölkerung: Die Wahlbeteiligung in den traditionellen Bürgervierteln der Ruhrgebietsstädte liegt konstant bei 80 Prozent und mehr.

In sich ist das Ruhrgebiet von Konkurrenz zwischen den Städten und Teilregionen geprägt. In allen Städten arbeitet inzwischen die Mehrheit im Dienstleistungssektor.

Essen ist mit über 600.000 Einwohnern die bevölkerungsreichste Stadt im Ruhrgebiet. Sie sieht sich selbst als die Dienstleistungsmetropole in der Region und begründet dies mit der Funktion des Unternehmenssitzes bundesweit bedeutender Konzerne: Die Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerke (RWE), die Ruhrkohle AG, Krupp-Hoesch, Ruhrgas, Karstadt und Coca-Cola Deutschland haben hier ihre Zentralen. In Essen regiert die SPD mit absoluter Mehrheit. Bündnis 90/Die Grünen sind inzwischen auch bei 10 Prozent.

Im Frühjahr 1997 gründete sich hier ein »Initiativkreis zur Verbreitung der Erfurter Erklärung«. Der Initiativkreis besteht aus Einzelpersonen: dem Pfarrer aus dem Kirchlichen Dienst in der Arbeitswelt, dem Vorsitzenden des DGB-Kreises Essen, Aktiven aus dem Antifaschistischen Forum Essen, von Pro Asyl/Flüchtlingsrat und dem Antirassismus-Telefon sowie der PDS und der DKP.

Sie stimmten in zentralen Aussagen der Erfurter Erklärung überein: »Wir brauchen eine andere Politik - also brauchen wir eine andere Regierung. Ein neuer gesellschaftlicher Aufbruch kann die Mehrheit für Bonn und für Berlin verändern.« Der Initiativkreis in Essen nahm sich vor, prominente »Erstunterzeichnende« aus Essen für die Erfurter Erklärung zu gewinnen, eine öffentlichkeitswirksame Veranstaltung mit bekannten Erstunterzeichnern der Erfurter Erklärung zu organisieren und öffentlichkeitswirksame Aktionen für das Wahljahr 1998 vorzubereiten.

Als Essener »Erstunterzeichnende« konnten insgesamt mehr als 50 verschiedene evangelische Pfarrer, Betriebsräte, Vertrauensleute und Gewerkschaftssekretäre, bekannte Lokaljournalisten und Kulturschaffende sowie Vertreter von Arbeitslosen- und Nichtseßhaften-Initiativen gewonnen werden. Die Zustimmung geht somit weit über bestehende Aktivenkreise hinaus und erreicht wichtige Multiplikatoren. Aber: Die Einzelpersonen sind in ihren verschiedenen politischen und sozialen Zusammenhängen bereits ausgelastet. Ihre Multiplikatorfunktion nehmen sie derzeit noch nicht aktiv wahr.

Und sie bekommen Gegenwind: Ablehnung gegenüber der Erfurter Erklärung kommt in Essen besonders von den beiden stärksten Einzelgewerkschaften – der IG Metall und der ÖTV –, die in Essen sehr eng mit der SPD verbunden sind. Die SPD in der Stadt konzentriert sich bundespolitisch darauf, Gerhard Schröder als Kanzlerkandidaten der SPD zu unterstützen, und verschafft ihm Auftritte und Kontakte. Die Erfurter Erklärung mit ihrer Ausrichtung auf eine »andere Politik« scheint dabei nur zu stören.

Bündnis 90/Die Grünen sind auch in Essen gegenüber dem »gesellschaftlichen Aufbruch für eine andere Politik« zurückhaltend. Aus ihren Reihen kommt bislang nichts.

Die eigene Zersplitterung und der Gegenwind führten zu einer relativ geringen Kampagnen- und Mobilisierungsfähigkeit: Zu der öffentlichen Diskussionsveranstaltung in der Volkshochschule

Essen u.a. mit Horst Schmitthenner, Mitglied des geschäftsführenden Vorstandes der IG Metall, kamen knapp fünfzig Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Sie diskutierten auf gutem Niveau und mit großem Interesse über die Notwendigkeit grundlegender Änderungen und ihre eigenen Beiträge dazu: Öffentlichkeitswirksame Aktionen in der Stadt wie z.B. eine Zeitung »Für eine andere Politik«, die in allen Haushalten verteilt werden soll, oder eine Plakataktion in der gesamten Stadt zu den Bundestagswahlen 1998 wurden vorgeschlagen. An der Umsetzung wird jetzt gearbeitet.

Zwischenfazit:

Der Verdruß vieler Menschen mit dieser Bundesregierung und ihrer Politik ist auch in Essen so groß wie nie in den letzten Jahren. Trotz Resignation bei vielen Wählerinnen und Wählern und auch bei früher politisch Aktiven: Die Bereitschaft, für eine andere Politik einzutreten, ist bei vielen Menschen gewachsen, die sich bislang politisch noch nicht engagiert haben. Die politischen Parteien der Opposition sind bislang mit sich selbst und ihrer Kandidatennominierung beschäftigt. Die Aktiven aus dem Initiativkreis sind organisatorisch und finanziell schwach. Aber die Erfurter Erklärung und vor allem die Demonstration in Berlin sind geeignet, die Zusammenarbeit zu fördern.

Zur Demonstration am 20. Juni in Berlin hatten die Essener vier Busse mit je 50 Plätzen bestellt (und finanziert). Gewerkschaften, »linke Szene«, Arbeitslose und Nicht-Seßhafte bildeten die stärksten Gruppen. Bei der Vorbereitung und der Demo selber entstand neue Kommunikation und Zusammenarbeit zwischen verschiedenen politischen und gesellschaftlichen Kräften ohne Ausgrenzung nach links. Und dies ist in den Zeiten der Erosion »linker Gegenmacht« nicht das Schlechteste.

EDELBERT RICHTER

Aus der Individualisierung

zu neuer Solidarität.

Zu den moralischen Bedingungen
demokratischer Erneuerung

»Aus der Zuschauerdemokratie heraustreten«, »wir brauchen ein Bündnis für soziale Demokratie«, heißt es in der Erfurter Erklärung. Aber ist das, was wir haben, nicht gerade eine Tendenz zur *Auflösung* aller sozialen Bindungen und demokratischen Bündnisse? Ist das, was die Erfurter Erklärung will, also chancenlos oder gar »Sozialromantik«? In der Tat können wir seit langem eine Tendenz zur *Individualisierung* in unserer Gesellschaft feststellen, und die Soziologen bestätigen das: Autoritäten werden immer weniger akzeptiert, jeder erhebt den Anspruch auf eigene, niemandem rechenschaftspflichtige Lebensgestaltung, feste Bindungen werden immer weniger eingegangen. Parteien, Gewerkschaften, Kirchen verlieren Mitglieder. Die Zahl der Bürger, die ein politisches Amt übernehmen wollen, nimmt ab. Viele ziehen sich politikverdrossen ins Private zurück. Vorgegebene Normen werden immer weniger anerkannt, an ihre Stelle treten Lust und Laune. Es herrscht die postmoderne Beliebigkeit, in der »alles geht« und nichts wirklich wichtig ist. Angesichts einer solchen Ausgangslage wirkt das angestrebte Bündnis einigermaßen hausbacken. Ist die Bereitschaft und Fähigkeit zur Solidarität, die ein Bündnis für soziale Demokratie voraussetzt, nicht längst verloren?

Wir sollten uns zunächst daran erinnern, daß es eine Bewegung zu mehr Selbständigkeit des einzelnen in Europa schon recht lange gibt, zumindest seit der Renaissance. Wir müßten also konkreter werden und Stufen oder *Etappen* unterscheiden, wenn von Individualisierung die Rede ist. Bei der geschichtlichen Betrachtung ist dann leicht festzustellen, daß es nicht nur immer wieder Gegenbewegungen zu ihr gegeben hat, sondern daß es auch zu *mit* ihr *verbundenen* Bewegungen für mehr Solidarität gekommen war (man denke nur an die Losungen der Französischen Revolution!) und außerdem zu einer Solidarität *bei* der Durchsetzung von mehr Freiheit.

Nach Ulrich Beck bedeutet Individualisierung *heute* nicht mehr nur die Herauslösung des einzelnen aus traditionellen Gemeinschaften (Dorf, Großfamilie), wie sie schon seit Beginn der Industrialisierung im Gange ist, sondern die Herauslösung aus den Sozialbindungen der Industriegesellschaft (Kleinfamilie, Gewerkschaft, Partei): Die Scheidungsrate, die Zahl der Ein-Personen-Haushalte und der Ehen ohne Trauschein nehmen zu; der Beruf wird zum auswechselbaren Job; die Menge der Wechselwähler wächst, usw. Mit anderen Worten: Der einzelne macht sich auch von den Bindungen frei, die er freiwillig eingegangen war. (Beck,

Edelbert Richter – Jg. 1943.
Lebt in Weimar.

Vor der Wende Dozent an der Predigerschule in Erfurt. 1977 bis 1989 Engagement in regimiekritischen Gruppen und in der Friedens- und Ökologiebewegung. August 1989 Mitbegründer des »Demokratischen Aufbruchs«, Januar 1990 Übertritt in die SPD, Mitglied der letzten Volkskammer der DDR, 1991 bis 1994 Abgeordneter im Europäischen Parlament, seit 1994 Mitglied des Deutschen Bundestages, seit 1991 Mitglied der Grundwertekommission beim Parteivorstand der SPD.

Veröffentlichungen: Zweierlei Land – eine Lektion. Konsequenzen aus der deutschen Misere, Berlin 1989; Christentum und Demokratie in Deutschland. Beiträge zur geistigen Vorbereitung der Wende in der DDR, Leipzig und Weimar 1991; Erlangte Einheit – verfehltete Identität. Auf der

Suche nach den Grundlagen für eine neue deutsche Politik, Berlin 1991; Wendezeiten. Das Ende der konservativen Ära, Köln-Weimar-Wien 1994.

S. 115 u. a.) Bedeutet das das Ende der Solidarität, oder kann auch daraus wieder neue Solidarität erwachsen?

Die Individualisierung wird hauptsächlich unter dem Thema »Wertewandel« behandelt, also an der inneren Einstellung der Menschen abgelesen. Aber die vorherrschende Wertorientierung der Menschen darf nicht losgelöst von den äußeren Bedingungen, unter denen sie leben, betrachtet werden, also den politischen, sozialen, ökonomischen und ökologischen Bedingungen – sonst entsteht womöglich ein ganz schiefes Bild! Die innere Einstellung und die äußere Wirklichkeit können bekanntlich sehr weit voneinander entfernt sein, ja im extremen *Widerspruch* zueinander stehen: Es kann eine individualistische Wertorientierung z. B. gerade deshalb vorherrschen, weil das Leben sehr uniform und durch starke Abhängigkeiten bestimmt ist. Die Wertorientierung kann andererseits auch bloße *Anpassung* an die äußeren Verhältnisse sein. Wenn jemand z. B. zu viele und zu enge soziale Bindungen (Familie, Kinder) meidet, so tut er das nicht nur um des eigenen Fortkommens willen, sondern auch, weil die moderne Produktion es so verlangt. Die Wertorientierung kann also auch eine *Illusion* sein! Zum Beispiel kann der moderne Individualismus, von außen betrachtet, sich gerade als ein Phänomen der »Vermassung« erweisen: Alle verwirklichen ihre ganz originären Wünsche, aber in Wahrheit gleichen sie in ihrem Denken, ihrem Sprechen und ihrem Verhalten einander wie ein Ei dem anderen; was ein Ausdruck persönlicher Eigenheit sein soll, ist in Wahrheit nur Übernahme einer gesellschaftlich vorgegebenen Schablone. Schließlich kann die innere Einstellung schlicht das Ergebnis *ideologischer Einflüsse* sein und braucht insofern mit der sozialen Wirklichkeit gar nicht viel zu tun zu haben. Einen Beleg dafür liefern die sogenannten »Schwarzfahrerexperimente«, die zu Beginn der Reagan-Ära von Sozialwissenschaftlern in den USA durchgeführt wurden. Dabei stellte sich in elf von zwölf Versuchsreihen heraus, daß die meisten Probanden keine »Schwarzfahrer« waren, sondern 40 bis 60 Prozent ihrer Mittel für ein öffentliches Gut (den »Gruppentopf«) beisteuerten. Nur die Absolventen der Wirtschaftswissenschaften machten eine Ausnahme: Ihr Beitrag lag bei durchschnittlich nur 20 Prozent! Im Unterschied zu den anderen, die sich durch ein starkes Gefühl von Fairneß motiviert zeigten und diesen Wert auch definieren konnten, weigerten sich die Ökonomiestudenten, diesen Begriff zu definieren oder gaben sehr umständliche Antworten. (A. Etzioni, S. 420)

Es ist nicht ausgeschlossen, daß eine Veränderung der Wertorientierung die Ursache von Veränderungen der äußeren Verhältnisse sein kann. Wichtig ist, daß überhaupt thematisiert wird, wie beide zueinander stehen.

Wesentlich ist auch, daß die Individualisierung nicht etwa verwechselt wird mit einer Tendenz zur Auflösung der *Klassen* bzw. *Schichten*, wie es Beck in seinem Buch allerdings nahelegt. Die Bundesrepublik zeigt vielmehr eine »hochgradige und zunehmende Stabilität und Rigidität der ... Sozialstrukturen.« (K. U. Mayer) Sie werden durch die Individualisierung nur überlagert und wirken sich dadurch in indirekterer Weise als früher auf die Lebensformen aus. Das belegen Untersuchungen zur Einkommens-

und Vermögensverteilung wie auch zur Verteilung der Bildungs- und Berufschancen. In bezug auf das private Gesamtvermögen hat H. Schlomann 1993 festgestellt, daß »10 Prozent der reichsten Haushalte fast 50 Prozent des erfaßten (!) Vermögens besitzen, die ärmere Hälfte der Haushalte dagegen nur knapp 2,5 Prozent« (Große Anfrage der SPD-Fraktion). Zu den Bildungschancen hier nur der Hinweis, daß der Anteil von Arbeiterkindern an höheren Schulen seit den 80er Jahren in den alten Bundesländern wieder abnimmt und 1989 mit 9 Prozent unter das Niveau vor Beginn der Bildungsreform dort gesunken war. Der Anteil der Studenten aus einkommensschwachen Familien betrug in der ehemaligen Bundesrepublik 1982 immerhin 23 Prozent, aber 1992 nur noch 15 Prozent. (R. Geißler)

Die heutige Individualisierungstendenz sollte in einem noch umfassenderen Zusammenhang gesehen werden. Offensichtlich geht sie nämlich historisch auf die weltweite neoliberale *Wende Ende der siebziger Jahre* zurück. Suche nach dem je Eigenen, Abgrenzung voneinander, Differenzierung sind seither die Losung, und zwar in *allen* Lebensbereichen. So beginnt mit dem Übergang von wohlfahrtsstaatlicher Regulierung der Wirtschaft zum Glauben an die Selbstregulierungskräfte des Marktes ein enormer Differenzierungsprozeß (hauptsächlich zwischen arm und reich) in den wichtigsten Industrieländern. Zwischen den Entwicklungsländern kommt es ebenfalls zu einer Differenzierung, so daß vom Ende der »Dritten Welt« gesprochen, der Begriff für nicht mehr zutreffend erklärt wird. Auch außen- und sicherheitspolitisch greift eine Art Individualismus oder Pluralismus um sich, denn der frühere Systemgegensatz zwischen Ost und West schwindet, und es kehren vielfältige, oft absurde nationale Gegensätze wieder. Schließlich wird mit dem Aufkommen der »Postmoderne« in den Geisteswissenschaften auch der Begriff der Wahrheit seiner Allgemeingültigkeit und Notwendigkeit entkleidet und von einem prinzipiellen Pluralismus der Wahrheiten ausgegangen. Der »Zeitgeist« ist ein ganz anderer als der der sechziger und noch der siebziger Jahre. Er ist nicht auf der Suche nach dem Gemeinsamen, Verbindenden, sondern nach dem Besonderen, Unterscheidenden zwischen den Menschen – auf allen Ebenen, koste es, was es wolle.

Wo das einigende Band zwischen den Menschen fehlt, da ist im allgemeinen nicht einfach nichts oder eben Zerfall, sondern irgendein schlechter Ersatz, eine Scheingemeinsamkeit oder ein *Zwangs-zusammenhang*. So schlägt extreme Individualisierung, weil sie den einzelnen überfordert, leicht in *Kollektivismus* um. Denn Individuen, die ganz auf sich selbst gestellt, aus Gemeinschaftsbindungen ausgeschlossen und isoliert sind, sind meistens nicht mehr in der Lage, sich frei und vernünftig zu entscheiden. Die Atomisierung der Gesellschaft, ihre Reduzierung auf einen Haufen von einzelnen, ist die beste Voraussetzung für den Sieg totalitärer Bewegungen (vgl. die Rechtsradikalen). Und so ist die Kehrseite des hemmungslosen ökonomischen Individualismus die *globale Herrschaft des Geldes* – nach Meinung mancher Zeitkritiker die einzige Größe, die die hochdifferenzierte moderne Gesellschaft noch auf einen Nenner bringt bzw. die Menschheit heute zusammenhält.

Trotz alledem besteht kein Anlaß zu Resignation.

Erstens bedeutet *Individualismus* (als Streben nach Selbständigkeit) offenbar keineswegs notwendig *Egoismus* (als Streben nach maximalem eigenen Nutzen). Vielmehr wird der Individualist in einer Gesellschaft, die von Egoismus geprägt ist, sich vermutlich eher für Altruismus entscheiden. Und umgekehrt zeichnet sich der Egoist ja nicht gerade durch Originalität und Kreativität aus, sondern handelt nach einem Schema, das mehr als bekannt ist.

Zweitens setzt *Solidarität* ihrem *Wesen* nach *Freiheit* voraus. Also kann aus neu gewonnener Freiheit auch neue Solidarität erwachsen. Allerdings setzt umgekehrt Freiheit auch Solidarität voraus: Du hast sie nur, weil andere sich für sie eingesetzt haben. Die Freiheit wird also nur mit neuer Solidarität gesichert werden können. Trotz aller Übereinstimmung der deutschen Parteiprogramme in den Grundwerten gehört es zum Wesen der Liberalen und auch der Konservativen, Solidarität und Freiheit gegeneinander auszuspielen und dabei der Freiheit scheinbar den Vorrang zu geben: Je mehr Solidarität, desto weniger Freiheit und umgekehrt. Aber zwischen den Grundwerten gibt es letztlich keinen Gegensatz, sondern sie bedingen einander und stützen sich gegenseitig. Denn einerseits kann ich meine Individualität nur in der Gemeinschaft mit anderen entfalten, bin ich überhaupt nur Ich vom anderen her. Und andererseits beruht Solidarität im strengen Sinne nicht auf einer natürlichen Verbundenheit (wie Familie, Volk, Geschlecht), ist sie nicht sozusagen eine Anziehung der Gleichen, sondern überbrückt gerade die Fremdheit, ja Gegensätzlichkeit zwischen Menschen, setzt jedenfalls ihre Verschiedenheit voraus. Die Freiheit geht in der Solidarität nicht *unter*, sie geht in sie *ein*.

Drittens zeigt sich auch *empirisch*, daß der Individualisierungstrend die Bereitschaft zu solidarischem Engagement keineswegs ausschließt, sondern in überraschendem Umfang mit sich führt. Da die Zeit vom neoliberalen Geist geprägt ist, muß freilich genauer hingesehen werden, um das wahrzunehmen.

So haben Robert N. Bellah u. a. in den USA Mitte der achtziger Jahre in einer Untersuchung gezeigt, daß jene Prägung zwar die Sprache erfaßt, aber durchaus nicht unbedingt das alltägliche Handeln. »In einer großen Zahl von Interviews vor allem mit jüngeren Amerikanern stellte sich heraus, daß diese vielfach im Alltag zu erstaunlichen Akten der Solidarität imstande waren. Wenn sie aber darüber befragt wurden, warum sie sich so rührend um den hilflosen Vater, den kranken Freund, die verwirrte Nachbarin kümmern, dann bemühten sie sich krampfhaft, in der Sprache der Kosten-Nutzen-Analyse dafür individuell-egoistische Beweggründe anzugeben, weil ihnen im Amerika der Reagen-Ära offenbar keine andere Sprache zur Verfügung stand.« (Strasser, S. 98 f.) Eine ganze Reihe von Untersuchungen zeigt nämlich: Es gibt keine signifikante Abnahme des solidarischen Engagements, weder bei der Jugend noch bei den Deutschen insgesamt (Strasser, S. 96). Es gibt sogar eine zunehmende Bereitschaft zu ehrenamtlichem Engagement und zur Mitarbeit im politischen Leben, die aber offenbar nicht abgerufen wird (Klages). Ein Beispiel: In Geislingen äußerten 38 Prozent der befragten Bürgerinnen und Bürger aller Altersgruppen Engagementbereitschaft für gemeinwesenorientierte Projekte, z.B.

Besuchsdienste, kleine Reparaturen, Hausaufgabenhilfe, usw. (Ueltzhöffer/Aschberg).

Freilich spielt bei solchem Engagement heute die eigene Einsicht und Entscheidungsfindung eine größere Rolle als ein Gefühl der Zusammengehörigkeit oder ein tradiertes Pflichtbewußtsein; und es werden andere, nichtkonventionelle und nichthierarchische Formen der Organisation bevorzugt. Das Engagement soll einen unmittelbaren Zusammenhang zwischen der eigenen Lebenswelt und der Politik herstellen. So hatte schon 1986 eine Studie in der alten Bundesrepublik Deutschland die Zahl von 67 500 Selbsthilfegruppen mit 2,6 Millionen (vor allem jungen) Mitgliedern ermittelt (Vilmar/Runge).

Es ist wohl unbestritten, daß die 68er Bewegung in der alten Bundesrepublik die politische Kultur verändert hatte und daß auch wir in der DDR mit der Revolution von 1989 den Obrigkeitsstaat hinter uns gelassen haben. Beides waren aber Bewegungen, bei denen freie Individualität und Gemeinsinn nicht in Widerspruch zueinander standen, sondern zusammengehörten. Für alle, die sie miterlebt haben, sind das Erfahrungen, die trotz der darauf folgenden Ernüchterung und Enttäuschung unvergeßlich bleiben. An sie kann angeknüpft werden.

Ein Hauptanliegen der Erfurter Erklärung war und ist es, das geistige Klima in Deutschland zu verändern, der oben geschilderten Tendenz des Zeitgeistes zu widerstehen und das Thema Gemeinsinn auf die Tagesordnung zu setzen. Denn ohne ein anderes Denken wird es auch keine andere Politik geben.

Allerdings wird sich ein anderes Denken nicht ohne eine andere Politik entfalten können. Aufgrund der Verwüstungen, die der neoliberale Zeitgeist angerichtet hat, wäre es ein Übermaß an Solidarität, das den Menschen heute abverlangt werden müßte: Solidarität der Reichen mit den Armen, der Arbeitsplatzinhaber mit den Arbeitslosen, dazu noch der Industrieländer mit den Entwicklungsländern und auch noch die ökologische Solidarität der heutigen mit den künftigen Generationen.

Angesichts dessen ist es ermutigend zu wissen, daß die Quellen der Solidarität keineswegs verschüttet sind, sondern sich neue Wege suchen, an die politische Oberfläche zu dringen. Wir haben nur über die moralischen Bedingungen einer politischen Veränderung gesprochen, zu der natürlich mehr gehört. Aber diese Bedingungen sind besser, als meist angenommen wird.

Literatur:

- Beck, Ulrich: Risikogesellschaft, Frankfurt/Main 1986.
 Etzioni, Amitai: Die faire Gesellschaft, Frankfurt/Main 1996.
 Geißler, Rainer: Die Sozialstruktur Deutschlands, Opladen 1992.
 Große Anfrage der Fraktion der SPD im Deutschen Bundestag: Entwicklung der Vermögen und ihrer Verteilung, September 1995 (Drucksache 13/3885).
 Klages, Helmut: Verantwortungsgesellschaft – sozial- und gesellschaftspolitische Aspekte. Vortrag in der Evangelischen Akademie der Pfalz, Februar 1997.
 Mayer, Karl Ulrich: Soziale Ungleichheit und die Differenzierung von Lebensverläufen, in: Verhandlungen des 25. deutschen Soziologentages in Frankfurt am Main 1990, Frankfurt/New York 1991, S. 10 ff.
 Strasser, Johann: Individualisierung und Solidarität, Hg. Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 1993, S. 98 f.
 Ueltzhöffer, Jörg/Aschenberg, Carsten: Engagement in der Bürgergesellschaft. Die Geislingen Studie, Stuttgart 1995.
 Vilmar, Fritz/Runge, Brigitte: Auf dem Weg in die Selbsthilfegesellschaft? Essen 1986.

THOMAS GENSICKE

Bürgerschaftliches Engagement im Osten und im Westen Deutschlands

Im Moment erleben wir in Deutschland eine starke Aufwertung des bürgerschaftlichen Engagements¹. Diese steht im Zusammenhang mit drei Tendenzen: im Zeichen der allgemeinen *Gesellschaftsdebatte* (vgl. Thesen des »Werteverlustes«, der »Ego-Gesellschaft« usw.; Kommunitarismus als neue Leitideologie); unter dem Einfluß der Krise des *Sozialstaats* und der durch sie erzwungenen Zurücknahme von Staatszielen und politischen Garantieerklärungen und schließlich im Gefolge des durch die *Globalisierung* bedingten strukturellen Umbruchs im ökonomischen Bereich. Das Interesse an bürgerschaftlichem Engagement und die Bereitschaft dazu sind also in ein breites Beziehungsfeld gesellschaftlicher Entwicklungs- und Veränderungstrends eingebettet, die sich zunehmend auf die Lebensführung großer Teile der Bevölkerung auszuwirken beginnen und sie einem zunehmenden Druck in Richtung Subsidiarität aussetzen.

Thomas Gensicke – Jg. 1962. 1984-89 Studium der Philosophie in Leipzig; 1990-91 Mitarbeiter am Berliner Institut für sozialwissenschaftliche Studien (BISS); seit Oktober 1991 Forschungsreferent am Forschungsinstitut für Öffentliche Verwaltung bei der Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer; Bearbeitung des Rahmenprojektes »Wertewandel in Deutschland«.

Unser allgemeines Forschungsinteresse zum bürgerschaftlichen Engagement konzentriert sich erstens auf die Klärung der kontroversen Frage, inwieweit dem wachsenden Bedarf an bürgerschaftlichem Engagement die *Bereitschaft* dazu entspricht; zweitens darauf, bisher nur oberflächlich bekannte *Hemmnisse* zu entschlüsseln, die zunächst noch verhindern, daß sich das in der Bevölkerung weit verbreitete grundsätzliche Interesse an einem Einstieg in bürgerschaftliches Engagement nur begrenzt realisiert und somit umfangreiche Möglichkeiten ungenutzt bleiben.

Wir verstehen unter bürgerschaftlichem Engagement vielfältige, über die Erwerbstätigkeit hinausgehende, *freiwillige* und *unentgeltliche* oder nur mit geringer Aufwandsentschädigung verbundene Tätigkeiten, die ihren Schwerpunkt nicht im *privat-familiären* Raum haben und die nicht hauptsächlich dem *Spaß* und der *Erholung* gewidmet sind. Besondere Aufmerksamkeit legen wir auf den Vergleich zwischen den alten und neuen Bundesländern. Stellt sich das bürgerschaftliche Engagement in Ost und West in verschiedener Quantität und Qualität dar? Gehen eventuell vorhandene Unterschiede auf ein anderes Verständnis und eine andere Funktion bürgerschaftlichen Engagements in Ost und West zurück, die sich aus der Erfahrung früherer Systemunterschiede zwischen der DDR und BRD oder aus der besonderen Transformationssituation in den neuen Ländern erklären?

Eine Bestandsaufnahme in Ost und West

Bei unserer Analyse greifen wir auf Daten des repräsentativen *Speyerer Wertesurveys*² zurück, dessen 60minütige Interviews im Mai, Juni und Juli 1997 in West- und Ostdeutschland bei etwa 2 000 Personen ab 18 Jahren in den alten Ländern und Westberlin bzw. bei etwa 1 000 Personen in den neuen Ländern und Ostberlin (jeweils deutsch sprechende Personen) von Infratest/Burke München geführt wurden. Der Survey wurde innerhalb des Projektes »Wertewandel in den neunziger Jahren« am Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung bei der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften realisiert, das von der Fritz Thyssen Stiftung und der Robert Bosch Stiftung finanziert wird.

Empirisch ist die Abgrenzung bürgerschaftlichen Engagements, wie wir es verstehen, von anderen freiwilligen und unentgeltlichen Tätigkeiten sicher nicht immer exakt durchzuhalten, es spricht jedoch einiges dafür, daß unser Fragemodell ein recht brauchbares Meßinstrument darstellt. Es beruht auf Vorarbeiten im Speyerer Forschungsinstitut und Erfahrungen verschiedener Projekte des Instituts für sozialwissenschaftliche Analysen und Beratung (ISAB Köln/Leipzig) und wurde aufgrund der Ergebnisse eines Pretests weiter optimiert.³

Die Bürger wurden gefragt, ob sie sich ehrenamtlich in einer Organisation, einer Selbsthilfegruppe, in einem Verein, einer anderen Gruppe oder einem Projekt aktiv betätigen. Sie wurden darauf hingewiesen, daß es dabei um freiwillige Tätigkeiten geht, die *unentgeltlich* oder nur mit geringer Aufwandsentschädigung geleistet werden. Es darf sich dabei auch nicht um reine *Spaß- und Erholungsaktivitäten* oder um *passive* Vereins- oder Organisationsmitgliedschaft handeln. Als Vorgaben wählten wir aus:

Öffentliche Ehrenämter (z. B. Mitarbeit im Gemeinde- oder Stadtrat oder in Selbstverwaltungsgremien, Schiedsman, Schöffe)

Kirche (z. B. Tätigkeit in der Kirchengemeinde, in einer kirchlichen Gruppe)

Sport und Bewegung (z. B. Sportwart im Sportverein, Organisator, Vorstandsmitglied, Träger einer Sport- oder Bewegungsgruppe)

Kultur (z. B. Tätigkeit in einem Kultur- oder Kunstverein, Organisator oder Leiter eines Chores, einer Musik- oder Theatergruppe, einer Mal- oder Bastelgruppe)

Politisches Engagement und Interessenvertretung (z. B. Engagement in einer Partei, einer Gewerkschaft, einer Bürgerinitiative, einer Gruppenvertretung, in Beiräten, Verbänden, Stadtteilgruppen und Initiativen)

Schule und Jugend (z. B. Betätigung im schulischen Bereich, in der Kinder- und Jugendarbeit)

Umwelt, Wohnen, Wohnumfeld (z. B. Mitarbeit in einer Natur- oder Umweltgruppe, Einsatz für Dorf- und Stadtteilverschönerung, generationsübergreifende, innovative Wohnprojekte)

Soziale Selbsthilfe und Hilfen im Alltag (z. B. Betreuung von Kranken, alten Menschen, von Benachteiligten (Obdachlose, Asylbewerber), Beratung und Hilfe für Menschen in Problemsituationen)

Gesundheitliche Selbsthilfe (z. B. Tätigkeit in einer Behinderten-

oder Versehrtenselbsthilfegruppe, in einer psychosozialen Sucht- oder Drogenselbsthilfegruppe)

Dritte Welt, Menschenrechte (z. B. Mitarbeit in Dritte-Welt-Läden, bei Amnesty International)

Tierschutz (z. B. Engagement in einem Tierschutzverein, Tierheim oder einer entsprechenden Initiative)

Freiwillige Feuerwehr, Unfall- und Rettungsdienst (z. B. unentgeltliche Betätigung bei Feuerwehr, Rotem Kreuz oder anderen Rettungsdiensten)

Anderer

Nichts davon

Wir gelangten über mehrere Schritte zu einer dreistufigen Variable, die verschiedenes Verhalten der Bürger zum bürgerschaftlichen Engagement ausdrückt. Zunächst selektierten wir über die Eingangsfrage die Personen, die sich mindestens einem der abgefragten Bereiche zugeordnet hatten oder etwas »anderes« angeben konnten (Variablenwert 1 der dreistufigen Variable »Engagierte«). Dann ermittelten wir diejenigen, die zwar nach unserem Fragemodell aktuell nicht engagiert (»Nichts davon«), aber zu einem Engagement bereit waren. Dies geschah mit Hilfe einer weiteren Frage, bei der man angeben sollte, ob man Interesse an einer der im Fragebogen beschriebenen Tätigkeiten hätte (Variablenwert 2: »Nicht-engagierte, aber Engagementbereite«). In einem dritten Schritt wurden diejenigen bestimmt, die nicht engagiert (Frage 1: »Nichts davon«) und anhand der eben zitierten Frage auch nicht zu einem Engagement bereit waren (Variablenwert 3: »Nicht engagiert und nicht Engagementbereite«).

Wir interpretieren den Variablenwert 2 als eine Art *Übergangskategorie*, die sich etwa zwischen Engagement und Nicht-Engagement bewegt. Diese Übergangskategorie soll uns ein größeres Maß an Differenzierung ermöglichen als eine nur zweistufige (ja/nein) Erfassung des Engagements. Die folgende Tabelle zeigt die gesamtdeutsche Verteilung der drei Kategorien, die sich zu 100 Prozent addieren, also der aktuell *Engagierten* (1), der Nicht Engagierten, aber *Engagementbereiten* (2) und der Nichtengagierten und *nicht Engagementbereiten* (3).

Bürgerschaftliches Engagement in Deutschland

Verteilung	Engagierte	Engagementbereite	Nicht Engagementbereite
Alle	100	38	32
West	80	39	31
Ost	20	35	34

Quelle: Wertesurvey 1997, alle Angaben in Prozent

Zunächst kann festgestellt werden, daß die vorliegenden Erhebungsergebnisse Anlaß geben, das mehrfach behauptete nationale Defizit an Engagement in Deutschland im Vergleich zu anderen

Ländern in Frage zu stellen. Gegenüber den 17 Prozent Engagierten, welche – aufgrund einer unseres Erachtens zu eng gegriffenen Definition des bürgerschaftlichen Engagements – z. B. die Zeitbudgetstudie des Statistischen Bundesamtes ermittelt hat, stellen wir für Westdeutschland einen Anteil von 39 Prozent und für die neuen Länder einen Anteil von 35 Prozent fest.

Interessanterweise sind die Ost-West-Unterschiede, die unsere Engagement-Variable produziert, nicht signifikant. Allerdings ist auffällig, daß den höheren Anteilen Westdeutscher, die bereits engagiert sind, höhere Anteile Ostdeutscher gegenüberstehen, die zu einem Engagement bereit sind. Nur etwa 30 Prozent der Befragten in Ost und West haben kein Interesse am Engagement. Diese Differenzierung wäre verloren gegangen, wenn wir uns mit einer zweistufigen Variable begnügt hätten.

Wir haben die Engagierten innerhalb des Wertesurveys weiter gefragt, wieviele *Stunden pro Monat* und in welcher *zeitlichen Frequenz* sie ihr Engagement ausüben. Auch hier erhielten wir keine signifikanten Unterschiede zwischen Ost und West, dennoch bleiben auch bei diesen Variablen die Werte im Osten hinter denen im Westen zurück. Im Westen investiert man im Durchschnitt 15,8 Stunden pro Monat, im Osten 14,9 Stunden, wobei entsprechend unseres »weiten« Erfassungsmodus, der auch spontanes und weniger intensives Engagement einschloß, die Streuung hoch ist (Standardabweichung: West 17,5, Ost 18,8). Eine beträchtliche Streubreite weist auch die Engagementfrequenz auf. Einer größeren Gruppe, die sich täglich bzw. mehrmals wöchentlich betätigt (West 30 Prozent, Ost 27 Prozent), steht eine Gruppe gegenüber, die sich nur einmal im Monat oder noch seltener engagiert (West 23 Prozent, Ost 27 Prozent). Sehr sporadisches Engagement (»seltener als einmal pro Monat«) kommt allerdings mit etwa 13 Prozent nicht sehr oft vor.

Befragt man die in Ost und West zum Engagement Bereiten, wieviele Stunden sie im Monat aufwenden und wie oft sie sich betätigen würden, dann sind die Ost-West-Unterschiede ebenfalls nicht erheblich. Im Schnitt würden Westdeutsche 11,5 Stunden investieren, Ostdeutsche etwas mehr, nämlich 12,3 Stunden. Auch die mögliche Frequenz der Betätigung ergibt keinen deutlichen Unterschied zwischen Ost und West, die Schwerpunkte liegen beiderseits bei möglichen einem Mal pro Woche und mehreren Malen im Monat. Alle Variablen weisen demnach darauf hin, daß das Engagement im Westen etwas intensiver und die Potentiale im Osten etwas höher sind.

Als nächster Schritt war für uns von Interesse, ob das bürgerschaftliche Engagement in Ost wie in West einer ähnlichen »sozialen Logik« folgt, was wir zunächst mit Hilfe der Kreuztabellierung der Engagement-Variable mit einer Vielzahl verschiedener sozialstatistischer Größen analysierten. In vielen Punkten stießen wir auf ähnliche Zusammenhänge. Eine kleine Auswahl findet sich in der folgenden Tabelle:

*Bürgerschaftliches Engagement nach Altersgruppen,
Berufsausbildung und subjektiver Schichtzuordnung*

	(Verteilung in Prozent)		Engagierte		Engagement- bereite		Nicht Engage- mentbereite	
	W	O	W	O	W	O	W	O
<i>Altersgruppe</i>								
18-30 Jahre	20	22	38	35	40	45	22	20
31-45 Jahre	28	29	46	43	34	40	20	17
46-65 Jahre	33	32	40	30	32	31	28	39
66 Jahre und älter	19	17	28	31	16	56	12	57
<i>Berufsabschluß</i>								
Keinen	15	8	24	18	22	17	54	65
Lehre	55	54	37	27	31	35	32	38
Fachschule	13	17	45	50	35	30	20	20
Fachhochschule	7	7	46	56	35	29	20	15
Hochschule/Universität	10	14	57	49	32	37	11	14
<i>Selbsteinstufung</i>								
Oberschicht/ Obere Mittelschicht	14	3	56	53	29	26	15	21
Mittlere Mittelschicht	63	52	40	39	34	37	26	24
Untere Mittelschicht	19	37	33	34	30	30	37	36
Unterschicht	4	8	14	17	27	20	59	63

Quelle: Wertesurvey 1997, alle Angaben in Prozent, W=West, O=Ost

Zum Beispiel ist das Verhältnis zum bürgerschaftlichen Engagement in ganz Deutschland in den jüngeren Altersgruppen günstiger, wobei die Gruppe der 31-45jährigen besonders *aktiv* und die Gruppe der 18-30jährigen eine besonders hohe *Bereitschaft* bekundet. In beiden Teilen Deutschlands wächst das Engagement mit höherer Bildung und höherem Schichtstatus deutlich an. Männer sind etwas aktiver als Frauen.

Für Ost und West kann man sagen: Wer von der *modernisierenden* Gesellschaftsentwicklung (Bildung, Schichtung, öffentlicher Dienst) profitiert hat oder dieser aufgeschlossen gegenübersteht (junge Leute), ist auch engagierter oder hat zumindest eine positive Einstellung zum bürgerschaftlichen Engagement, so wie wir es erfaßt haben. Dazu kommt ein zweiter Faktor, der das Engagement stärkt. Wer in der Lebensphase der Familiengründung ist und Kinder hat oder wer selber noch bei den Eltern lebt, engagiert sich ebenfalls überdurchschnittlich oder ist wenigstens interessiert. Ein dritter Faktor ist der *Kirchgang* (weniger die Religiosität oder die Konfession). Wer sich ohnehin am öffentlichen (hier: kirchlichen Leben) beteiligt, ist auch ganz allgemein stärker bürgerschaftlich engagiert.

Es gibt interessante Ost-West-Unterschiede: Menschen im Alter zwischen 46-65 Jahren, Befragte ohne Berufsabschluß (zum Teil auch mit Lehrabschluß) oder mit primärem Bildungsabschluß sind im Osten deutlich weniger engagiert als im Westen. Das *Land* und die *Kleinstadt*, die im Westen traditionelle Bastionen des bürgerschaftlichen Engagements sind, spielen diese Rolle in den neuen Ländern nicht. Manche »Problemgruppen«, beispielsweise Arbeitslose und Geschiedene, sind im Osten aktiver als im Westen.

Um darüber hinaus den Einfluß anderer Variablen auf bürgerschaftliches Engagement zu testen, haben wir multiple Regressionen mit Hilfe von drei verschiedenen Modellen durchgeführt. Einbezogen wurden auf der *strukturellen Seite* die West-Ost-Zugehörigkeit der Befragten, das Geschlecht, das Alter, der Berufsabschluß, die Gemeindegröße, die Haushaltsgröße und die Selbsteinstufung nach Schichten. Vom *Verhalten* und der *Befindlichkeit* her wurde zurückgegriffen auf den Kirchgang und die Religiosität, den Zufriedenheits-Glücks-Index und die ökonomische Zufriedenheit. In die Analyse einbezogen wurden drittens die Wertedimensionen »Konventionalismus« (Index aus der Wichtigkeit von »Gesetz & Ordnung«, »Fleiß & Ehrgeiz«, »Sicherheitsstreben«), »Hedonismus-Materialismus« (Index aus der Wichtigkeit von »Hohem Lebensstandard«, »Macht und Einfluß«, »Lebensgenuß«, »Sich durchsetzen«) und »Selbstentfaltung & Engagement« (Wichtigkeit von »Phantasie und Kreativität«, »Sozialer Hilfsbereitschaft«, »Politisches Engagement«, »Toleranz anderer Meinungen«). Die genannten Wertedimensionen beruhen auf Faktorenanalysen und wurden von uns auch in anderen Zusammenhängen bereits als erklärungskräftige Größen verwendet; so sind sie Ausgangspunkte für von uns gebildete Wertetypen, von denen weiter unten die Rede sein wird.

Dabei zeigte es sich, daß vor allem zwei Variablen in einem deutlich positiven Zusammenhang mit bürgerschaftlichem Engagement stehen: die Wertedimension »*Selbstentfaltung & Engagement*« und der *Kirchgang*. Sehr stark – und zwar negativ – wirkt sich auch das Alter aus. Schon weniger, aber noch deutlich erklärungskräftig sind die Schichtzuordnung und der Berufsabschluß. Relativ schwache negative – aber noch erkennbare – Wirkungen senden die Wertedimensionen »Konventionalismus« und »Hedonismus-Materialismus« aus, ähnlich auch die Ortsgröße und die Zugehörigkeit zum weiblichen Geschlecht. Positiv wirkt auch der Zufriedenheits-Glücks-Index. Verblüffenderweise sagt unser breit angelegtes Modell, das eine ganze Reihe verschiedener Größen kontrolliert, für Ostdeutsche nunmehr sogar ein (immerhin noch im 5-Prozent-Bereich signifikantes) *leicht positiveres Verhältnis* zum bürgerschaftlichen Engagement aus als für Westdeutsche! Keine Wirkung hat die ökonomische Zufriedenheit. Religiosität wirkt im Gegensatz zum Kirchgang sogar leicht negativ.

Berechnet man das Modell für die alten und die neuen Länder getrennt, dann verblaßt in den neuen Ländern der Einfluß der Variable Kirchgang – bleibt aber noch erkennbar; der Einfluß der Religiosität verschwindet. Dafür nimmt der Zusammenhang mit verschiedenen Strukturvariablen deutlich zu und zwar vor allem

mit dem Berufsabschluß, dem Alter und dem Geschlecht. Im Westen setzt sich die Schichteinstufung deutlicher gegenüber dem Berufsabschluß durch, und es verstärkt sich der Einfluß der Ortsgröße, der im Osten keine Rolle spielt. Der Zufriedenheits-Glücks-Index wirkt nur im Westen. Im Osten verstärkt sich der Einfluß der WertevARIABLE »Selbstentfaltung & Engagement« noch einmal, die WertevARIABLE »Hedonismus und Materialismus« hat auf das Engagement keinen negativen Einfluß wie im Westen, dafür aber in stärkerem Maße die WertevARIABLE »Konventionalismus«.

Sieht man sich den Einfluß der Wertedimensionen auf das Engagement genauer an, dann zeigt sich, daß sich diejenigen, die *politisches Engagement* als wichtig ansehen und die bereit sind, *sozial Benachteiligten* zu helfen, auch bürgerschaftlich engagieren oder dazu bereit wären. An zweiter Stelle hat in West und Ost die Wichtigkeit der Entwicklung eigener *Phantasie und Kreativität* eine positive Wirkung auf das Engagement und umgekehrt die Betonung des Festhaltens am »*Althergebrachten*« eine negative. Neben dem Lebensziel *Bereitschaft zum Engagement* spielt beim bürgerschaftlichen Engagement in Ost und West also auch eine *innovative* Wertekonstellation eine Rolle. Für den Umfang und das Potential bürgerschaftlichen Engagements ist diese sogar insofern besonders wichtig, als das Lebensziel »Phantasie und Kreativität« in Ost und West im Mittelwert viel höher ausgeprägt ist als z. B. das Lebensziel »Politisches Engagement«⁴.

Um die Wertesituation in Ost und West noch spezifischer zu erfassen und auf das bürgerschaftliche Engagement zu beziehen, benutzen wir unsere *Wertetypologie* als Kontrollvariable. Die Wertetypen sollen anhand der Art und Weise, wie die Befragten ihre Lebensziele *gewichten*, verschiedene Verhältnisse von Individuum und Gesellschaft widerspiegeln und damit innerhalb des *Wertewandels*⁵ in modernen Gesellschaften unterschiedliche Positionen anzeigen. Wir unterscheiden fünf Wertetypen:

Nonkonforme Idealisten geben sich individualistisch, indem sie Lebensziele betonen, welche die Verwirklichung der eigenen Person betreffen und gesellschaftliche Konventionen nur gedämpft akzeptieren. Sie wollen sich allerdings im »höheren«, eher intellektuell-ästhetischen Sinne verwirklichen, und das scheint mit »idealistischen« Engagementwerten gut vereinbar zu sein. Ihre Ablehnung von Konventionen hat ihre Ursache oft darin, daß sie dem »System« kritisch gegenüberstehen.

Bei den *Hedonistischen Materialisten*, die ebenfalls individualistische Positionen einnehmen, dreht sich dagegen alles darum, daß sie auf einer entsprechenden materiellen Grundlage ein lustorientiertes Leben führen wollen und ihnen die Akzeptanz von Konventionen unter Umständen dabei hinderlich sein kann.

Ordnungsliebende Konventionalisten gewichten dagegen die gesellschaftlichen Konventionen deutlich höher als ihre individuelle Selbstentfaltung und nehmen somit im Wertewandel die traditionelle Position ein.

Zwischen diesen Extremen bewegen sich *Aktive Realisten*, welche die Akzeptanz von Konventionen und sozialen Standards als Voraussetzung ihres individuellen Lebenserfolgs betrachten, den

sie sozial gut integriert im Kreise ihrer Familie und Freunde genießen wollen.

Perspektivenlos Resignierte schließlich haben weder zu den Konventionen ein Verhältnis, noch verfolgen sie ein gesellschaftskritisches, lustorientiertes oder erfolgsbetontes Lebensideal. Es ist sicher schwer zu unterscheiden, ob ihre Passivität und Kontaktscheu sie zu Verlierern in einer modernen Leistungs- und Kommunikationsgesellschaft gemacht hat bzw. ob das Scheitern in dieser Gesellschaft sie erst passiv und unkommunikativ hat werden lassen.

Bürgerschaftliches Engagement nach Wertetypen

Wertetyp (Verteilung in Prozent)	Engagierte		Engagementbereite		Nicht Engagementbereite			
	W	O	W	O	W	O		
Ordnungsliebende Konventionalisten	16	19	31	25	22	29	47	46
Perspektivenlos Resignierte	19	20	32	27	30	29	38	44
Aktive Realisten	30	35	42	41	36	42	22	17
Hedonistische Materialisten	14	14	33	30	32	30	35	40
Nonkonforme Idealisten	21	12	57	54	33	34	10	12

Quelle: Wertesurvey 1997, alle Angaben in Prozent, W=West, O=Ost

Für unser Thema ist von Bedeutung, daß Nonkonforme Idealisten und auch Aktive Realisten als Träger der Wertedimension »Selbstentfaltung & Engagement« auch eine besonders positive Einstellung zum bürgerschaftlichen Engagement entwickeln. Bei Realisten wirkt sich das gleichzeitige starke Vorhandensein der Dimensionen »Konventionalismus« und »Hedonismus-Materialismus«, die bei Idealisten deutlich schwächer ausgeprägt sind, dämpfend auf die direkte Umsetzung der Engagementwerte aus, weil hier die *Differenziertheit* der Interessenlage, die sich besonders stark auch auf die berufliche Karriere, die Familie und den Erlebnisbereich richtet, die für das Engagement verfügbare Zeit verknappt.

Bei Nonkonformen Idealisten *bündeln* sich die für das Engagement günstigen Faktoren geradezu: hohe Kreativitäts- und Engagementwerte und ein skeptisches Verhältnis zur Tradition, hohes Bildungsniveau und höhere Schichteinstufung, sowie der erhöhte Anteil 31-45jähriger. Idealisten leben auch in größeren Haushalten und weisen – trotz einer ambivalenten Haltung zur kirchlichen und religiösen Tradition – neben den Konventionalisten den höchsten Kirchgang auf. Bei Realisten wirken viele strukturelle Effekte ähnlich, allerdings deutlich schwächer. Bei aktiven Realisten gehört das freiwillige Engagement *»auch zum Leben«*, bei Ideali-

sten kann es zu einem prägenden Element des *Lebensstils* werden.

Besonders ungünstig ist die Einstellung zum bürgerschaftlichen Engagement bei den Ordnungsliebenden Konventionalisten, weil die Wertedimension »Konvention« die eher entfaltungsorientierten Wertedimensionen dominiert und auch die Variable Alter und das eher niedrige Bildungsniveau sehr mindernd wirken. Damit entsteht eine »umgekehrte« Konstellation im Vergleich zu den Idealisten, was folgerichtig eine stark ablehnende Haltung zum bürgerschaftlichen Engagement bedeutet.

Nicht besonders günstig für die Neigung, sich zu engagieren, sind auch die Konfigurationen »Perspektivenlos Resignierte« und »Hedonistische Materialisten«. Im ersten Falle ist ein eher passiver Lebenszuschnitt vorhanden, im zweiten Falle führt die einseitige Lustorientierung oft zu einer egozentrischen Tendenz des Lebenszuschnitts, die auch von deutlicher Kirchenferne und geringer Religiosität begleitet wird. Da bürgerschaftliches Engagement ein gewisses Maß an *Soziabilität* und auch eine gewisse *Aktivität* erfordert, trägt die Neigung der oft jugendlichen und männlichen Hedonistischen Materialisten, sich zum Zwecke der Partizipation an den Genüssen des Lebens auf die Wirkung der eigenen Ellenbogen zu verlassen, und die »ziellose« und wenig kommunikative Apathie der eher älteren und vom Leben nicht gerade begünstigten Resignierten nicht zu besonders hohem freiwilligem Engagement bei. Dennoch ist es überraschend, daß man auch in diesen Gruppen zwischen 27-33 Prozent Engagierte findet.

Interessanterweise neigen die Bürger im Osten und im Westen auch unterschiedlich zu unseren fünf aus den Wertorientierungen konstruierten Wertetypen. Auffällig ist die größere Nähe der Ostdeutschen, vor allem auch der jüngeren, zum Typus des Aktiven Realisten und der Westdeutschen zum Typus des Nonkonformen Idealisten, worin offensichtlich verschiedene kulturelle Einfärbungen ost- und westdeutscher Modernität zum Vorschein kommen. Diesen *stabilen* Unterschied haben wir bereits mehrmals zu verschiedenen Zeitpunkten gemessen. Neben diesem interessanten Ost-West-Unterschied wollen wir jedoch die Gemeinsamkeit hervorheben, daß sich die Wertesituation in Ost und West ähnlich plural und auch ähnlich strukturiert darstellt.

Die Auswirkungen der Zugehörigkeit zu einem bestimmten Wertetyp auf die Bereitschaft zum Engagement sind in den alten und neuen Länder recht ähnlich. Allerdings bewirkt der geringere Anteil an Idealisten im Osten, daß zum einen unter den Engagierten der neuen Länder mehr Aktive Realisten vertreten sind (und diesem Bereich damit möglicherweise eine andere Färbung geben) und daß sich im Osten die Werte etwas in Richtung des potentiellen Engagements verschieben.

Die Diagnose geringer Unterschiede beim bürgerschaftlichen Engagement zwischen West- und Ostdeutschen läßt sich durch eine weitergehende Feststellung ergänzen, wenn man die Profile des von uns erfragten faktischen und des potentiellen Engagements in einzelnen Bereichen gegenüberstellt. Es ist erkennbar, daß sich die Relationen zwischen den Profilen umkehren, sobald man das faktische mit dem potentiellen Engagement vergleicht.

Einzelne Tätigkeitsbereiche und Interessen am Engagement

Engagements	Vorhanden		Interesse	
	West	Ost	West	Ost
Sport und Bewegung	13.3	12.2	6.9	8.6
Kirchlicher Bereich	9.0	3.1	3.6	0.8
Schule/Kinder/Jugend	8.2	6.6	6.8	8.8
Kultur/Kunst	5.4	4.6	4.2	3.5
Politik / Interessenvertretung	4.9	3.4	3.5	2.1
Soziale Hilfen Feuerwehr/ Rettungsdienste	4.4	4.3	7.3	5.5
Öffentliche Ehrenämter	3.8	3.1	2.7	2.5
Tierschutz	3.4	1.4	2.7	1.7
Gesundheitliche Selbsthilfe	3.2	3.3	7.0	8.2
Dritte Welt/ Menschenrechte	1.9	2.1	6	5
Anderes	1.4	0.7	4.4	4.6
	4.6	3.1	0.8	0.7

Quelle: Wertesurvey 1997, alle Angaben in Prozent von allen Befragten, jeweils Mehrfachnennungen, sortiert nach den westdeutschen Werten

Während das *faktische* Engagement der Ostdeutschen hinter den Prioritäten der Westdeutschen eher zurückbleibt, decken sich beim *potentiellen* Engagement die beiderseitigen Stärken und Schwächen sehr viel weitgehender. Von Interesse sind in Ost und West besonders die »modernen« Bereiche Umwelt/Wohnen, Tierschutz, Dritte Welt/Menschenrechte und Gesundheitliche Selbsthilfe. Dazu gesellt sich – zumindest absolut gesehen – der bereits am stärksten besetzte Sport- und Bewegungsbereich (vor allem im Osten), interessanterweise jedoch auch der soziale Bereich. In den neuen Ländern ist auch das Interesse am Bereich »Kinder/Schule/Jugend« besonders ausgeprägt. Eher schwach ist dagegen die »Nachfrage« nach den klassischen Feldern des Engagements. Vor allem der im Westen stark besetzte Kirchenbereich hat im Osten ein ziemlich geringes Potential, das betrifft jedoch auch den Bereich des politischen Engagements und zum Teil auch des öffentlichen Ehrenamtes. (Dahinter können allerdings auch negative Imageeffekte stecken.)

Es muß auffallen, daß die Ostdeutschen die Westdeutschen dort, wo diese »Stärken« haben, sie oft noch übertrumpfen, und auf der anderen Seite auch die westdeutschen »Schwächen« tendenziell deutlicher zum Ausdruck bringen. Wenn man die langfristig gesehen unbezweifelbare Rückläufigkeit der *Kirchenorientierung* in Westdeutschland ins Auge faßt, dann mag man versucht sein, dies auch mit der extrem niedrigen Bereitschaft der Ostdeutschen zum Engagement im kirchlichen Bereich in Zusammenhang zu bringen.

Motive und Hindernisse des bürgerschaftlichen Engagements

Bei den Ergebnissen der direkten Frage nach den *Motiven* des Engagements fällt sofort der hohe Anteil ins Auge, den in beiden Teilen Deutschlands die auf den Wertewandel zurückführbaren *Selbstentfaltungsmotive* spielen. Das betrifft unter anderem das Motiv, in seinem Engagement »Spaß zu haben« oder »seine Fähigkeiten und Kenntnisse einzubringen und weiterzuentwickeln«, »interessante Leute kennenzulernen« oder einfach »interessanter zu leben«. Die traditionelle Bürgerrolle (»Bürgerpflicht« und »soziales Ansehen erwerben«) spielt in Ost und West keine besondere Rolle bei der Motivation, sich zu engagieren.

»Was bedeutet es für Sie, sich bürgerschaftlich zu engagieren?«

Engagementmotive	West	Ost
Daß es mir Spaß macht	5.6	5.9
Damit anderen Menschen zu helfen	5.5	5.4
Damit etwas Nützliches für das Gemeinwohl zu tun	5.4	5.2
Damit mehr für den Zusammenhalt der Menschen zu tun	5.0	5.2
Damit meinem Leben mehr Sinn zu geben	4.9	5.2
Meine eigenen Fähigkeiten und Kenntnisse einzubringen und weiterzuentwickeln	4.9	5.1
Sich dadurch aktiv zu halten	4.8	5.1
Dringende Probleme in meine eigenen Hände zu nehmen	4.7	4.6
Praktische Nächstenliebe zu üben	4.6	4.4
Interessante Leute kennenzulernen	4.6	4.9
Mich als Bürger selbst um etwas zu kümmern	4.5	4.5
Interessanter zu leben	4.0	4.4
Aus den eigenen vier Wänden herauszukommen	3.7	4.3
Meine eigenen Interessen besser durchzusetzen	3.6	3.7
Meiner Bürgerpflicht nachzukommen	3.6	3.4
Meine eigenen Probleme besser zu lösen	3.2	3.7
Mich neben Beruf und Freizeit mehr auszulasten	2.9	3.0
Mir soziales Ansehen zu erwerben	2.7	2.8
Dem Staat und den Gemeinden zu helfen, Geld zu sparen	2.6	2.3

Quelle: Wertesurvey 1997, Mittelwerte einer 7er-Skala von 1 »ganz unwichtig« bis 7 »sehr wichtig«, sortiert nach den westdeutschen Mittelwerten

Im Westen ist der *religiös-caritative* Aspekt stärker ausgeprägt (»Nächstenliebe«) und auch die *traditionell gemeinwohlbezogenen* Aspekte (»Gemeinwohl«, »Bürgerpflicht«, »Staat und Gemeinden helfen, Geld zu sparen«) spielen eine größere Rolle als im Osten. Dagegen ist im Osten der *hedonistische* Aspekt stärker vertreten (»Spaß«, »interessante Leute«, »interessanter leben«). Auch das Einbringen und Weiterentwickeln eigener Fähigkeiten und Kenntnisse wird im Osten etwas mehr betont. Neben dieser »moderne-

ren« Motivation im Osten Deutschlands ist dort indirekt auch eine offensichtlich transformationsbedingte *Kompensationsfunktion* des Engagements zu erkennen. Wenn Ostdeutsche zum Engagement stärker als Westdeutsche dadurch bewegt werden, daß sie »eigene Probleme besser lösen«, »aus den eigenen vier Wänden herauskommen«, »sich aktiv halten« und ihrem Leben »mehr Sinn« geben wollen, dann scheint bei ihnen bürgerschaftliches Engagement im Verbund mit sozial-humanen und Selbstentfaltungsmotiven auch eine ganz praktische Funktion der eigenen *aktiven Teilnahme am sozialen Leben* zu haben, wenn z. B. der Arbeitsmarkt, die schwache Freizeitinfrastruktur oder einfach knappe finanzielle Ressourcen das auf »normalem« Wege nur unzureichend erlauben.

Was die Angabe von Gründen dafür betrifft, *sich nicht zu engagieren*, so wurden wir über unsere breit angelegte und in Anlehnung an vorangehende Untersuchungen entwickelte Liste eigentlich nur an wenigen Punkten fündig. Meistens gab man an, zu wenig Zeit, keine Lust zu haben oder bisher nicht angesprochen worden zu sein. Alle anderen Hinderungsgründe sind nicht besonders relevant.

Der Ost-West-Vergleich bringt jedoch eine ganze Reihe von Unterschieden zu Tage und zwar deutlichere als bei den Motiven des Engagements. Ostdeutsche haben überhaupt mehr Gründe, sich nicht zu engagieren, was sich ja mit einem geringeren faktischen Engagement deckt. Im einzelnen sehen sie sich eher als Westdeutsche nicht engagiert, weil sie bisher »nicht gefragt« wurden und weniger, weil ihre Zeit zu knapp ist. Sie haben auch etwas weniger Lust als westdeutsche Befragte. Man kann unter dem Etikett »Anstoßmangel in einer Anfangssituation« eine erste Gruppe von Hindernissen festhalten, die Westdeutsche und Ostdeutsche unterscheidet: Ostdeutsche geben öfter an, »nicht gefragt« worden zu sein oder daß sie »keinen kennen, an den sie sich wenden könnten«. Dazu kommt eine zweite Gruppe von unterscheidenden Hinderungsgründen, die man »Vorurteile und Staatsattribution« nennen kann: Zum einen glaubt man in den neuen Ländern stärker, eventuell »rechtliche Probleme« bekommen zu können, »als Laie nicht ernst genommen zu werden«, zu alt oder nicht kompetent genug zu sein; andererseits geht man eher als im Westen davon aus, daß eigentlich der Staat »zuständig« sei, er jedoch »Stellen einsparen« will (was ja in den neuen Ländern, besonders in den Kommunen, wirklich ein Problem ist).

»Welche Gründe haben Sie, sich nicht zu engagieren?«

Hindernisse für Engagement	West	Ost
Ich habe keine Zeit dafür übrig	4.6	4.3
Ich habe eigentlich keine Lust dazu	4.3	4.6
Es hat mich niemand danach gefragt	3.9	4.7
Man bekommt nicht einmal seinen Aufwand entschädigt	3.4	3.6
Ich weiß zuwenig darüber	3.4	3.6
Ich fühle mich dafür nicht kompetent	3.3	3.6

Dafür sind der Staat und professionelle Organisationen zuständig	3.3	3.6
Es macht keinen Spaß	3.2	3.5
Man wird ja am Ende doch nur ausgenutzt	3.2	3.5
Durch ehrenamtliche Tätigkeit sollen nur professionelle Stellen beim Staat eingespart werden	3.2	3.8
Man wird als Laie nicht ernst genommen	3.1	3.7
Dafür bin ich zu alt	3.0	3.4
Ich kenne niemanden, an den ich mich wenden könnte	2.9	3.3
Jeder sollte sich nur um seine eigenen Angelegenheiten kümmern	2.8	2.8
Meine berufliche Karriere ist mir wichtiger	2.8	3.1
Man bekommt vielleicht sogar noch rechtliche Schwierigkeiten	2.8	3.5
Ich will nichts mit wildfremden Menschen zu tun haben	2.6	2.8
Ohne ordentliche Bezahlung engagiere ich mich für gar nichts	2.2	2.5
Das ist nichts für junge Leute wie mich	2.1	2.2

Quelle: Wertesurvey 1997, Mittelwerte einer 7er-Skala von 1 »trifft überhaupt nicht zu« bis 7 »trifft voll und ganz zu«, sortiert nach den westdeutschen Mittelwerten

Wir können an dieser Stelle nicht endgültig klären, ob sich in den stärkeren Unlustgefühlen, Vorurteilen und in der höheren Staatsattribution in den neuen Ländern in erster Linie ein größeres Mißtrauen gegenüber dem in den neuen Ländern eingeführten westdeutschen »System« ausdrückt oder eher Reste von Erfahrungen aus dem alten System, das ja einerseits stets seine potentielle *Allzuständigkeit* proklamierte und dennoch seine Bürger intensiv in die *Pflicht* des »freiwilligen« Engagements nahm. (Man erinnere sich an den in der DDR gängigen Ausdruck des »freiwilligen Zwangs« zu unentgeltlichen Arbeitseinsätzen und anderen Aktivitäten in der Freizeit.)

In Ost und West werden die (absolut gesehen nicht besonders hoch ausgeprägten) Vorurteile gegenüber bürgerschaftlichem Engagement auch gerne zur »Bemäntelung« von Unlust, sich an etwas zu beteiligen, verwendet und sind beiderseits relativ unabhängig vom beklagten »Zeitmangel«, der sich in unserer Liste der Hinderungsgründe eher mit der Konzentration auf die eigene *berufliche Karriere* verknüpft.

Die Sondierung und vergleichende Analyse des Einstellungs- und Verhaltensbereiches des *bürgerschaftlichen Engagements* sollten einen Beitrag zum mentalen Ost-West-Vergleich liefern. Es wurden dabei sogar Modernitätsvorsprünge der neuen Länder erkennbar. So ist das Engagement in den neuen Ländern sporadischer und weniger stark institutionalisiert (in Großverbänden, im kirchlichen Bereich). Die Motivation ist weniger klassisch-caritativ und weniger klassisch-gemeinwohlorientiert, dafür hedonistischer. Da-

bei spielt auch der Abbau des religiösen Elementes in der DDR eine Rolle. Die Entwicklung in der DDR, deren schließlicher wirtschaftlicher und staatlicher Zusammenbruch und die rasante Umwälzung der gesellschaftlichen Verhältnisse in den neuen Ländern seit der Wende schufen mit einer gewissen Brutalität »Offenheiten«, die in den alten Ländern aufgrund der »sanfter« verlaufenen Säkularisierung, des noch immer geringer wahrgenommenen Umstrukturierungsdrucks und aufgrund von institutionell eingefahrenen Verhaltensroutinen noch nicht so deutlich vorhanden sind.

- 1 Statistisches Bundesamt, Wo bleibt die Zeit? Die Zeitverwendung der Bevölkerung in Deutschland, Wiesbaden 1994.
Konrad Hummel, Bürgerengagement. Seniorengenossenschaften, Bürgerbüros und Gemeinschaftsinitiativen, Freiburg 1995.
Bernd Meier, Sozialkapital in Deutschland. Eine empirische Skizze. Beiträge zur Wirtschafts- und Sozialpolitik 231 (IW Köln), Köln 1996.
Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Bedeutung ehrenamtlicher Tätigkeit für unsere Gesellschaft, Antwort der Bundesregierung auf die große Anfrage der Fraktionen der CDU/CSU und der FDP, Bundesdrucksache 123/5674, Bonn 1996.
Katharine Gaskin, Justin Davis Smith, Ein neues bürgerschaftliches Europa, Eine Untersuchung zur Verbreitung und Rolle von Volunteering in zehn Ländern (EUROVOL-Studie), Freiberg 1996.
Joachim Braun, Selbsthilfe und Selbsthilfeunterstützung in der Bundesrepublik Deutschland, Stuttgart, Berlin, Köln 1997.
- 2 Wertesurvey 1997, Wertewandel in den neunziger Jahren. Pretestbericht und Methodenbericht von Infratest/Burke München, Daten und Datenbände, Speyer 1997.
- 3 Ein umfassender Überblick über die Ergebnisse befindet sich in Thomas Gensicke, Deutschland am Ausgang der neunziger Jahre, Lebensgefühl und Werte, in: Deutschland Archiv 1, 31. Jahrgang, Seite 19-36.
- 4 Thomas Gensicke, Deutschland am Ausgang der neunziger Jahre. Lebensgefühl und Werte. In: Deutschland Archiv 1, 31. Jahrgang, S. 19-36.
Thomas Gensicke, Sind die Deutschen reformscheu? Potentiale der Eigenverantwortung in Deutschland. In: »Aus Politik und Zeitgeschichte«, Beilage zur Wochenzeitung »Das Parlament« B18, S. 3-14.
- 5 Helmut Klages, Werte und Wertewandel, in: Bernhard Schäfers, Wolfgang Zapf, Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands, Opladen (im Erscheinen).

JOACHIM SCHUSTER

Wirtschaftsdemokratie – Kernelement einer linken Reformperspektive

Joachim Schuster – Jg. 1962, Politikwissenschaftler, Dr. rer. pol.; Leiter des Instituts für angewandte Sozial- und Politikwissenschaften, Redakteur der Zeitschrift »SPW«, zur Zeit tätig in einem Forschungsprojekt zur Europäisierung der Arbeitsbeziehungen.

Die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse wurden in den letzten Jahren erheblich nach rechts verschoben. Neoliberales Gedankengut hat selbst bei linken Kräften eine gewisse Verbreitung erfahren. Im Zuge der angeblichen Globalisierung der Ökonomie wurde die Politik als Gestaltungsraum zurückgedrängt. Der vermeintliche wirtschaftliche Sachzwang regiert. Nur wenn es fortschrittlichen Kräften gelingt, diese Denk- und Politikblockade aufzubrechen, wird es möglich sein, Reformperspektiven zu eröffnen. Einer modernen wirtschaftsdemokratischen Konzeption kommt dabei eine wesentliche Bedeutung zu.

Zur historischen Konzeption der Wirtschaftsdemokratie

Die Idee der Wirtschaftsdemokratie als Bezugspunkt zukunftsweisender Strategien und Ziele der sozialdemokratischen Bewegung wurden verstärkt nach dem Ende des Ersten Weltkrieges thematisiert. Sie gipfelten in der von Fritz Naphtali publizierten Konzeption, die an die revisionistische Theorietradition anknüpfte, nach der der Übergang zu einer sozialistischen Gesellschaft nicht in einem Schritt, sondern nur evolutionär erfolgen könne. Damit wurde es notwendig, strategische Zwischenschritte zu formulieren und abzusichern. Wirtschaftsdemokratie wurde dabei zur Strategie, schrittweise die Verfügungs- und Gestaltungsmacht des Kapitals zu begrenzen und den abhängig Beschäftigten reale Mitwirkungsmöglichkeiten einzuräumen. Damit sollte sowohl die materielle Lage der Arbeiterklasse verbessert, als auch der Boden für den Übergang in eine sozialistische Gesellschaft bereitet werden. »Sozialismus und Wirtschaftsdemokratie sind als Endziel untrennbar miteinander verknüpft. Es gibt keine vollendete Wirtschaftsdemokratie ohne sozialistisches Wirtschaftssystem, und das Ideal des Sozialismus ist ohne demokratischen Aufbau der Wirtschaftsführung nicht zu verwirklichen.« (Naphtali 1977, S. 25)

Die Konzeption der Wirtschaftsdemokratie stand in engem Zusammenhang mit der Interpretation der Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft und Gesellschaft. Als wesentliche materielle Grundlage nahm Naphtali den Übergang zum sogenannten organisierten Kapitalismus an. Die zunehmende, auf die wachsende Konzentration des Kapitals gestützte Vermachtung der Wirtschaft erzeuge in einer dialektischen Wechselbeziehung Gegenkräfte, die quasi automatisch den Wunsch nach mehr Mitbestimmung der abhängig Beschäftigten erzeugten. Auf dieser Stufe der Entwicklung

müsse der Staat immer weitere Aufgaben übernehmen. Als sichtbare Zeichen wurden die Einrichtung bzw. Erweiterung des Sozialversicherungssystems oder auch die Ausweitung des öffentlichen Sektors in der Ökonomie und die wachsenden staatlichen Infrastrukturaufgaben gewertet. Die politische Demokratie sollte so auf die Wirtschaft ausgedehnt werden.

Mit der Idee der Wirtschaftsdemokratie wurde versucht, tagespolitische Forderungen mit einem langfristigen Transformationskonzept zu verbinden. Neben Mitbestimmungsforderungen auf Betriebs- und Unternehmensebene wurden die Demokratisierung der staatlichen Wirtschaftspolitik, die Verstaatlichung, die Förderung öffentlicher Unternehmen, die Stärkung der Sozialversicherungssysteme sowie die Demokratisierung der Bildungspolitik unter dem Leitbegriff Wirtschaftsdemokratie subsumiert. Bei der Konzeption fällt eine extreme Staatsfixiertheit auf, die ein Reflex der zunehmenden Bedeutung des Staates in den entwickelten Industriestaaten war. Die Verwirklichung von Wirtschaftsdemokratie wurde als Prozeß verstanden: »Wirtschaftsdemokratie (entsteht) nicht nach einem einheitlichen Rezept in einheitlichen Akten der Gesetzgebung, sondern (wächst) in mannigfaltiger Lebensfülle heran.« (Naphtali 1977, S. 31-32)

In der Realität konnten die weitreichenden sozialistischen Zielstellungen nicht eingelöst werden. Gleichwohl hat die Konzeption nach dem Zweiten Weltkrieg maßgeblich zur Ausprägung des deutschen Systems industrieller Beziehungen beigetragen. Mit der Etablierung der Betriebsverfassung und der Unternehmensmitbestimmung wurde die Beteiligung der Beschäftigten an Entscheidungsprozessen im Unternehmen gewährleistet. Allerdings blieben die für die Unternehmensentwicklung zentralen wirtschaftlichen Fragen von der Mitbestimmung ausgeschlossen. Weitere zentrale Elemente bildeten der Ausbau des Sozialstaates und des Bildungswesens. Realisierungsdefizite gab es bei der Einflußnahme auf die Wirtschaftspolitik sowie bei der Entwicklung eines öffentlichen Unternehmenssektors.

Die Ausgestaltung der industriellen Beziehungen in Deutschland

Das System der industriellen Beziehungen in Deutschland ruht auf drei Säulen: der Betriebsverfassung, der Unternehmensmitbestimmung und der Tarifautonomie. Während die Tarifautonomie in ihren Grundzügen im Grundgesetz verankert wurde, konnten Mitbestimmungsrechte erst einige Zeit später erkämpft werden. Mit der Forderung nach Mitbestimmung verbanden die Gewerkschaften wie auch die SPD zu Beginn der fünfziger Jahre weitreichende Vorstellungen und betrachteten sie als wesentlichen Schritt zum Übergang in eine sozialistische Gesellschaft. Gelang mit der Verankerung der sogenannten Montanmitbestimmung trotz vehementer Widerstände der konservativen Regierung und der Unternehmensverbände noch die Etablierung einer paritätischen Mitbestimmung, konnte dieser Erfolg beim Betriebsverfassungsgesetz nicht wiederholt werden.

In der Betriebsverfassung finden sich wesentliche Spezifika des deutschen Systems: a) die Dominanz repräsentativer gegenüber di-

rekter Partizipation, b) die institutionelle Trennung von gewerkschaftlicher und betrieblicher Interessenvertretung durch die Unabhängigkeit des Betriebsrates, c) die Verpflichtung des Betriebsrates nicht nur auf die Vertretung der Beschäftigteninteressen, sondern auch auf das »Wohlergehen des Betriebes«. Den DGB-Gewerkschaften gelang es gleichwohl, in den Betriebsräten entscheidenden Einfluß zu erlangen. Sie stellen die überwiegende Mehrheit der Betriebsratsmitglieder. Darüber hinaus bieten sie etwa im Bereich der Schulung oder durch Rechtsbeistand wesentliche Servicefunktionen für die Betriebsräte an, die für eine relativ enge Verbindung beider Seiten sorgen.

Die Stellung der Gewerkschaften wurde zudem dadurch gestärkt, daß tarifliche Regelungen Vorrang vor betrieblichen Vereinbarungen hatten. Damit erhielten die industriellen Beziehungen in der Bundesrepublik »jene typisch duale Struktur mit Betriebsverfassung einerseits und Tarifautonomie andererseits«. (Müller-Jentsch 1995) Das derart ausgebildete System »ermöglichte nicht nur eine sehr effiziente, flexible Form der dualen Interessenvertretung, das den Gewerkschaften innerbetrieblich durch die Institution der Betriebsräte den Rücken freihält« und ihnen so außerbetrieblich erlaubt, »sich auf der Ebene der Branchen auf Lohn- und Arbeitszeitthemen zu konzentrieren«. (Hoffmann 1991, S. 91)

Insgesamt kann das Modell der industriellen Beziehungen in Deutschland, wie es sich in der Nachkriegszeit herausgebildet hat, als eine Kompromißstruktur gefaßt werden, die zwar einerseits trotz der institutionalisierten Mitbestimmung die bestehenden Eigentums-, Herrschafts- und auch Verhältnisse im Grundsatz nicht antastete, andererseits aber erheblichen materiellen Fortschritt für die Mehrheit der Bevölkerung ermöglichte. Das System war zudem weitgehend funktional zur wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung im Fordismus.

Reformdruck durch Internationalisierung ...

Gleichwohl ist unübersehbar, daß das bundesdeutsche System industrieller Beziehungen erhebliche Erosionstendenzen aufweist. Wesentliche Eckpfeiler des Systems geraten ins Wanken. Verantwortlich sind hierfür vor allem zwei Entwicklungen: die zunehmende Internationalisierung der Ökonomie und die Durchsetzung neuer Produktions- und Arbeitsweisen.

Eine wesentliche Grundlage für das Modell Deutschland bestand in seiner nationalen Begrenzung. Trotz aller Exportorientierung und internationaler Transaktionen bildete die nationale Volkswirtschaft den wesentlichen Ausgangs- und Bezugspunkt der Unternehmen. Die Wirtschafts- und Sozialpolitik konnte nur funktionieren, weil eine relative Abschottung gegenüber dem Weltmarkt gegeben war. Das Tarif- und Mitbestimmungssystem war in diesen Kontext eingebettet. Mit der zunehmenden Internationalisierung werden nun aber die tragenden Säulen dieses Systems ausgehöhlt.

Träger der realwirtschaftlichen Internationalisierung sind vor allem transnationale Konzerne mit mehreren Produktionsstätten in verschiedenen Ländern. Diese Konzerne versuchen, Produktion und Vertrieb unter Ausnutzung unterschiedlicher nationaler Gege-

benheiten optimal zu organisieren. Eine wesentliche Bedingung für die damit gestiegenen Handlungsmöglichkeiten der Konzerne ist die politisch bewußt vorangetriebene Liberalisierung und Deregulierung der Weltwirtschaft in Verbindung mit dem staatlich geförderten Ausbau der Informations- und Kommunikationstechnologien. Die Möglichkeit der Konzerne, ihre Standorte optimal auszuwählen, steigert zugleich die Bedeutung der kleinräumigen Standortqualitäten. Insofern gewinnt parallel zur Internationalisierung die Region als subnationale Einheit eine größer werdende Bedeutung als Produktionsfaktor, aber auch als politische Regulierungsebene.

Die zunehmende Internationalisierung hat weitreichende Folgen. In Verbindung mit der von neokonservativen Regierungen in allen Ländern vorangetriebenen Deregulierung sind vielfältige neue Konkurrenzen und gesellschaftliche Spaltungslinien entstanden, die in ihrer Summe maßgeblich zur Schwächung der Gewerkschaften wie zur Unterminierung nationalstaatlicher Steuerungsmöglichkeiten beitragen. Dadurch werden zugleich zentrale Elemente der industriellen Beziehungen unterminiert. Tarifverträge werden mit Hilfe der Drohung mit Standortverlagerungen unterlaufen, die Unternehmensmitbestimmung durch Auslagerung umgangen, die betriebliche Ebene vor neue, überfordernde Aufgaben gestellt etc.

... und die Durchsetzung einer neuen Produktions- und Arbeitsweise
Geht schon von den Internationalisierungstendenzen ein erheblicher Druck auf das deutsche System der industriellen Beziehungen aus, so wird dieser durch die Durchsetzung neuer Produktionstechnologien und der damit verbundenen neuen Rationalisierungsmuster weiter verstärkt. Gestützt auf die umfassende Einführung von Informations- und Kommunikationstechnologien vollzieht sich zur Zeit eine grundlegende Reorganisation der Betriebe und Unternehmen. Gegenstand der Reorganisation sind nicht nur einzelne Produktionsstufen, sondern die gesamte Wertschöpfungskette. Es findet eine Abkehr vom tayloristischen Rationalisierungsparadigma statt, welches vorrangig auf die Effektivierung einzelner Arbeitsschritte durch eine weitere Zergliederung des Arbeitsprozesses in Verbindung mit einem zunehmenden Technikeinsatz zielte. Leitlinie des sich neu durchsetzenden Paradigmas ist eine »systemische Rationalisierung«, die darauf abzielt, den gesamten Produktionsprozeß zu optimieren, insbesondere also auch die Schnittstellen zwischen verschiedenen Produktionsschritten. Abstrakt lassen sich mit Dörre drei Ebenen der Reorganisation unterscheiden:

- * eine Stärkung der Marktcoordination auf Kosten von Mechanismen der Unternehmenskoordination,
- * eine Reorganisation der Unternehmensorganisation im Sinne einer Abflachung der Unternehmenshierarchie, inklusive der Einsparung einzelner Hierarchieebenen,
- * die Aufgaben- und Funktionsintegration am shop floor, etwa durch die verstärkte Einführung von Gruppenarbeit.

Die gewerkschaftliche bzw. betriebliche Interessenvertretung ist von diesen Maßnahmen erheblich betroffen. »Reorganisationspro-

zesse forcieren die Tendenz zur Verbetrieblichung der Interessenvertretung und -regulierung. Dies nicht nur, weil die Umsetzung des neuen Rationalisierungsparadigmas nach ›maßgeschneiderten‹, auf konkrete Arbeitsprozesse bezogene Lösungen verlangt. Vielmehr zeigt sich, daß Versuche zur Flexibilisierung der Arbeitsorganisation unweigerlich auf die Regularien von Arbeitsbedingungen, Entlohnung, Arbeitszeiten usw. durchschlagen.« (Dörre 1995, S. 158-159) Insbesondere die mit dem neuen Rationalisierungsparadigma verbundenen Veränderungen in der Arbeitsorganisation können mit dem Mitbestimmungsinstrumentarium des Betriebsverfassungsgesetzes nicht hinreichend bewältigt werden. Die bisherigen Regelungen »sind weitgehend auf bestimmte Tatbestände (Arbeitszeit und Leistungskontrolle) oder besondere Belastungen durch technisch-organisatorische Maßnahmen eingeengt. ... Von der rechtlichen Seite her lassen sich dementsprechend die arbeitspolitischen Instrumente der Gewerkschaften nach wie vor als defensiv, reagierend und auf die Abwehr von sozialen Folgen für die betroffenen Personen und Gewerkschaften ausgerichtet charakterisieren. Die inhaltliche Ausweitung der Mitbestimmung bei Technik und Organisation ist unter den jetzigen rechtlichen Bedingungen nur auf der Grundlage ›freiwilliger‹ Übereinkünfte mit dem Arbeitgeber möglich.« (Helfert 1992, S. 505)

Wirtschaftsdemokratie als wesentliches Element einer alternativen Regulation

Die wirtschaftsdemokratische Konzeption von Naphtali war ebenso wie deren bruchstückhafte Realisierung in der BRD nach dem Zweiten Weltkrieg eng gekoppelt an das fordistische Akkumulationsregime und wesentlicher Bestandteil der dazu kompatiblen Regulationsweise. Jenseits ihrer konzeptionellen, aber nur unzureichend realisierten systemverändernden bzw. transformierenden Dimension kann sie als wesentlicher Bestandteil der Regulationsvorstellungen der sozialdemokratischen Partei und der Mehrheit der Gewerkschaften für den fordistischen Kapitalismus begriffen werden. Diese geriet Ende der siebziger Jahre unter dem Eindruck der strukturellen Krise des Fordismus ebenfalls unter erheblichen Veränderungsdruck und ist aktuell mit Erosionserscheinungen konfrontiert.

Wird die heutige Zeit als Übergang zu einem neuen Akkumulationsregime mit einer neuen Regulationsweise begriffen, dann erschließt sich der Stellenwert einer modernisierten wirtschaftsdemokratischen Konzeption für ein radikalreformierendes Projekt in diesem Übergangsprozeß. Moderne Wirtschaftsdemokratie ist nicht nur als machtpolitische Basis für Reformpolitik unverzichtbar, sondern zugleich der Kern einer alternativen Regulation des Postfordismus jenseits des Neoliberalismus, die die gewachsenen Ansprüche der Bevölkerung an umfassender Partizipation mit den Anforderungen des neuen Akkumulationsregimes verbindet und gleichzeitig die Notwendigkeit der Gegenmachtbildung gegen die vorherrschenden Kapitalinteressen im Blick behält. Die dauerhafte Durchsetzung eines Politikwechsels im Sinne eines ökologisch-solidarischen New Deals, wie er etwa im Crossover der Zeitschrif-

ten »SPW«, »Andere Zeiten« und »UTOPIE kreativ« diskutiert wird, ist abhängig von der Stärkung wirtschaftsdemokratischer Konzeptionen.

Moderne Wirtschaftsdemokratie kann nur als breit angelegte Konzeption gedacht werden, deren Kern in einer deutlichen Ausweitung der betrieblichen und Unternehmensmitbestimmung besteht. Dies muß verbunden werden mit einer Sicherung des Flächentarifvertrages. Darüber hinaus gilt es, Einfluß auf die Investitionsentscheidungen der Unternehmen zu erlangen. Im folgenden werden einige der dazu notwendigen Maßnahmen skizzenhaft erläutert.

Betriebliche und Unternehmensmitbestimmung ausweiten

Systemische Rationalisierung fordert objektiv eine neue Stellung der Arbeit und der Arbeitskräfte im Produktionsprozeß. Der Faktor Arbeit wandelt sich vom zu minimierenden, potentiellen Störfaktor zur zentralen Produktivkraft im Produktionsprozeß. Die Erschließung systemischer Rationalisierungspotentiale verlangt nach Entfaltung der kreativen Potentiale der Arbeitskräfte. Erforderlich sind dazu:

»– neue Formen der Kooperation und Beteiligung der Beschäftigten (organisatorischer, institutioneller und mitbestimmungspolitischer Aspekt);

– die Erhöhung, zumindest Verlagerung von Qualifikationsanforderungen, z.T. Entstehung von neuen Tätigkeits- und Berufsbildern; sowie

– die Veränderungen der betrieblichen Kontrolle, vor allem der Leistungsregulierung der Beschäftigten.« (Helfert 1992, S. 509)

In bezug auf Mitbestimmungsfragen erhält damit die Mitbestimmung am Arbeitsplatz, eine bisher wenig ausgeprägte Mitbestimmungsdimension, einen neuen Stellenwert. Neue Managementstrategien erfordern die Mitwirkung der Betroffenen. Damit werden grundsätzlich Spielräume für die konkrete Ausgestaltung der Arbeitsprozesse frei, die ausschließlich im Interesse der Unternehmensleitungen, aber eben auch zur Humanisierung der Arbeit genutzt werden können. Beteiligung muß daher mit gewerkschaftlicher Schutzmacht verbunden werden, die den Erhalt der gewerkschaftlichen Mobilisierungs- und Kampfkraft erfordert, und darf nicht als Verhandlungsprozeß der Tarifparteien mit prinzipiell gleichen Interessen begriffen werden.

Damit ist zugleich eine Reform der Unternehmensmitbestimmung auf die Tagesordnung gesetzt. Dabei geht es um die Ausdehnung der Mitbestimmungsrechte auf weitere Regelungsbereiche sowie die Schaffung wirkungsvoller internationalisierter/europäisierter Mitbestimmungsmöglichkeiten. Ein weiteres bisher nicht abschließend diskutiertes Problem der Mitbestimmung auf Unternehmensebene besteht in den grundsätzlichen Handlungsmöglichkeiten der Aufsichtsräte. In den letzten Jahren zeigen sich die Aufsichtsräte zunehmend überfordert, die Unternehmenspolitik der Vorstände wirklich zu kontrollieren. Damit steht aber auch der Wert der Mitbestimmung im Aufsichtsrat insgesamt in Frage und wird ohne eine durchgreifende Reform endgültig Makulatur werden.

Von zentraler Bedeutung für die Unternehmensmitbestimmung ist die Verankerung von Mitwirkungsmöglichkeiten auf der internationalen Ebene. Ein erster Schritt zur Herausbildung einer europaweiten Mitbestimmung ist die Einrichtung von Europäischen Betriebsräten (EBR), die allerdings zur Zeit lediglich Informations- und zum Teil Konsultationsrechte besitzen. Es wird darauf ankommen, daß die Gewerkschaften lernen, international zu kooperieren und auch in dieser Dimension Verhandlungs- und Kampfkraft zu entwickeln. Dabei können sich die EBR zu wichtigen Gremien entwickeln, deren Kompetenzen und Rechte in einem solchen Prozeß schrittweise ausgeweitet werden müßten.

Flächentarifverträge sichern

Eng mit der Ausweitung der Mitbestimmung verknüpft und von ebenso herausragender Bedeutung ist die Zukunft des Flächentarifvertrages. Durch die dargestellten Entwicklungen droht der in der Bundesrepublik typische Flächentarifvertrag Makulatur zu werden. In Ostdeutschland gibt es inzwischen immer größere Bereiche, in denen faktisch kein Flächentarif mehr existiert. Damit ist aber die gesamte Balance der industriellen Beziehungen in Frage gestellt. Der immer wieder als soziale Produktivkraft gepriesene soziale Friede in der Bundesrepublik beruht gerade darauf, daß die betriebliche Ebene weitgehend von Tarifaueinandersetzungen freigehalten wird und diese, rechtlich weitgehend reglementiert, von den Verbänden ausgetragen werden.

Im Kontext einer wirtschaftsdemokratischen Konzeption geht es um zwei Themenkomplexe:

a) Da insbesondere in den letzten Jahren neue Problembereiche aufgetaucht sind, gilt es, die tariflichen Regelungsbereiche auszuweiten. In bezug auf Umweltschutz wird etwa die tarifliche Absicherung von diesbezüglichen Mitbestimmungsrechten gefordert, um auf der betrieblichen Ebene handlungsfähiger zu werden. Ein zentraler Ansatzpunkt in diesem Kontext ist die Verknüpfung von Umwelt- und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz. Zudem sollte der Einsatz neuer Technologien einbezogen werden. Hier geht es zum einen um die effektive Ausübung von Schutzfunktionen, etwa im Kontext von Rationalisierungsmaßnahmen oder von steigenden Gesundheitsbelastungen im Zusammenhang mit der Einführung neuer Technologien. Zum anderen wird mit dieser Forderung auch der weitergehende, gesamtgesellschaftliche Gestaltungsanspruch der Gewerkschaften unterstrichen.

b) Der zweite, politisch zur Zeit brisantere Themenkomplex kann mit den Stichworten Flexibilisierung, Dezentralisierung und Öffnung für betriebliche Vereinbarungen beschrieben werden. Inzwischen ist es völlig unstrittig, daß aufgrund der veränderten Wettbewerbsbedingungen Tarifregelungen flexibel die unterschiedlichen Unternehmensbelange berücksichtigen können müssen. Insofern ist die grundsätzliche Notwendigkeit einer Verbetrieblung der Tarifpolitik unbestreitbar, sie darf aber nicht die gewerkschaftliche Gestaltungs- und Schutzfunktion aushöhlen. Eine Tarifreform muß also eine neue Balance zwischen betrieblichen Flexibilitätserfordernissen und brancheneinheitlichen Festlegungen finden.

Große Investitionsströme kontrollieren

Die Ausweitung unternehmensbezogener Mitbestimmungs- und Gestaltungsmöglichkeiten muß ergänzt werden um Elemente gesamtwirtschaftlicher Mitbestimmung. »Diese gesamtwirtschaftliche Mitbestimmung soll dazu beitragen, daß Arbeitnehmerinteressen rechtzeitig und umfassend in staatliche Planungen, Entscheidungen und Maßnahmen in der Wirtschafts- und Sozialpolitik einfließen.« (DGB 1984, S. 8) Hier sollten Überlegungen wie die Einrichtung von Wirtschafts- und Sozialräten wieder aufgegriffen oder die etwa in der regionalisierten Strukturpolitik diskutierten bzw. zum Teil schon praktizierten Beteiligungsmöglichkeiten – etwa im Rahmen von Regionalkonferenzen oder von Entwicklungsagenturen – ausgeweitet werden.

Wirtschaftsdemokratie darf aber nicht bei den genannten Elementen stehen bleiben. Es ist von entscheidender Bedeutung, Einfluß auf die Investitionsentscheidungen der Unternehmen zu erlangen. Anknüpfungspunkte bietet die Diskussion um die Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen.

Schon kurz nach Gründung der Bundesrepublik wurden unterschiedliche Konzepte zur Beteiligung der ArbeitnehmerInnen am Produktivvermögen diskutiert. In der sehr kontrovers geführten Debatte lassen sich drei grundlegende Zielstellungen unterscheiden:

- vermögenspolitisch: die Korrektur der extrem ungleichgewichtigen Verteilung des Produktivvermögens;
- mitbestimmungspolitisch: die Erhöhung der Kontrolle und der Einflußmöglichkeiten auf ökonomische Entscheidungen durch direkten Kapitalbesitz;
- beschäftigungspolitisch: die Steigerung der liquiden Kapitalmittel zur Erhöhung der betrieblichen Investitionsmöglichkeiten.

Wird mit den Vorschlägen zur Beteiligung der ArbeitnehmerInnen am Produktivvermögen der Aspekt der Demokratisierung der Wirtschaft ins Zentrum gerückt, wären folgende Punkte von besonderer Bedeutung:

- Es käme ausschließlich eine kollektive Verwaltung der Kapitalanteile in Betracht, da nur so ein relevantes Stimmengewicht, etwa bei der Aktionärsversammlung, organisierbar wäre.
- Es müßte sichergestellt werden, daß die Fonds in relativ kurzer Zeit über beträchtliche Kapitalanteile verfügen können. Dies dürfte sich nur realisieren lassen, wenn entweder der Bestand umverteilt wird, oder aber zur Finanzierung die Kapitalzuwächse (zumindest neben den Lohnzuwächsen) herangezogen werden.
- Es müßte sichergestellt werden, daß der bzw. die Fonds in ihren Anlagemöglichkeiten nicht auf ein Unternehmen beschränkt bleiben, sondern innerhalb einer Branche oder der gesamten Wirtschaft frei agieren könnten.

Die schwedischen Gewerkschaften haben in den siebziger Jahren mit den sogenannten Arbeitnehmerfonds ein Modell in die Diskussion gebracht, welches diese Kriterien erfüllt hat. Die Fonds sollten durch eine zwangsweise Zuführung von 20 Prozent des Unternehmensgewinns gespeist werden und im wesentlichen von den Gewerkschaften verwaltet werden. Aufgrund des erheblichen

Widerstandes, der diesem Vorschlag von der Seite der Unternehmen wie auch der konservativen Parteien entgegengebracht wurde, konnte nur eine erheblich modifizierte Form von Arbeitnehmerfonds durchgesetzt werden, die die wirtschaftsdemokratischen Zielsetzungen nicht mehr erfüllten. Da eine derartige Beteiligung der ArbeitnehmerInnen am Produktivvermögen auf Dauer eine erhebliche Verschiebung der Eigentums- und damit der Machtverhältnisse in der Wirtschaft zur Folge gehabt hätte, müßte eine solch weitreichende Konzeption auch in Deutschland mit erbittertem Widerstand rechnen.

Um keine Mißverständnisse aufkommen zu lassen: Bei den heute diskutierten Modellen der Beteiligung der ArbeitnehmerInnen am Produktivvermögen spielen wirtschaftsdemokratische Überlegungen zumeist eine nachgeordnete Rolle. Sie stellen eher eine Alternative zur Sparförderung für abhängig Beschäftigte. Hier besteht noch erheblicher Diskussionsbedarf, bis ein unter wirtschaftsdemokratischen Gesichtspunkten akzeptables Modell entwickelt ist.

Abschließende Bemerkung

Wirtschaftsdemokratie hat bei der Durchsetzung einer Reformalternative einen zentralen Stellenwert. Sie beschränkt sich keineswegs auf Mitbestimmungsfragen im engeren Sinne, sondern zielt letztlich auf eine fundamentale Verschiebung des gesellschaftlichen Kräfteverhältnisses zugunsten der abhängig Beschäftigten. Sie ist ein zentraler Baustein zur Politisierung der Ökonomie und damit der Schlüssel zur Durchsetzung einer anderen gesellschaftlichen Entwicklungslogik. Sicherlich wird die Durchsetzung einer derartigen Konzeption nicht von heute auf morgen möglich sein. Aber nur wenn Ansprüche in Richtung auf umfassende Partizipation erhoben und schrittweise auch durchgesetzt werden, wird es für fortschrittliche Kräfte möglich sein, sich in die Entwicklung des Postfordismus einzumischen.

Literatur

- DGB (1984): Gesamtwirtschaftliche Mitbestimmung – unverzichtbarer Bestandteil einer Politik zur Lösung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Krise, Schriftenreihe Nr. 6, Mitbestimmung, Düsseldorf.
- Dörre, Klaus (1995): Postfordismus und industrielle Beziehungen – Die Gewerkschaften zwischen Standortkonkurrenz und ökologisch-sozialer Reformpolitik, in: E. Bulmann/P. v. Oertzen/J. Schuster (Hrsg.): Jenseits von Öko-Steuern, Dortmund.
- Helfert, Mario (1992): Betriebsverfassung, neue Rationalisierungsformen, lean production, in: WSI-Mitteilungen, Heft 8.
- Hoffmann, Jürgen (1991): Die industriellen Beziehungen in der Bundesrepublik jenseits einer politischen Kultur des Verteilungskampfes, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, Nr. 2.
- Müller-Jentsch, Walther (1995): Lernprozesse mit konträren Ausgängen – Tarifautonomie und Betriebsverfassung in der Weimarer und Bonner Republik, in Gewerkschaftliche Monatshefte, Nr. 6.
- Naphtali, Fritz (1977): Wirtschaftsdemokratie – Ihr Wesen, Weg und Ziel, Neuauflage des 1928 erschienenen Buches, eingeleitet von Rudolf F. Kuda, EVA.

RICHARD SAAGE

Bacons »Neu-Atlantis« und die klassische Utopietradition

I.

Wahrscheinlich 1624 verfaßt und ein Jahr nach seinem Tod 1627 veröffentlicht, hat Francis Bacon (geb. London 22.1.1561, gest. London 9.4.1626)¹ seine utopische Schrift Neu-Atlantis zu einem Zeitpunkt seines Lebens zuerst in englischer, dann in lateinischer Sprache geschrieben, als seine politische Laufbahn beendet und sein wissenschaftliches Werk in den Grundzügen abgeschlossen war. Einerseits deutet seine mit dem Regierungsantritt Jakobs I. (1603) beginnende steile politische Karriere und ihr jähes Ende darauf hin, daß er alle Höhen und Tiefen im Umgang mit der politischen Macht durchlaufen hatte. Immerhin war er seit 1618 Lordkanzler von England, um freilich schon drei Jahre später, 1621, alle Ämter wegen einer Bestechungsaffäre wieder zu verlieren. Andererseits stand sein wissenschaftliches Paradigma der »unverfälschten Erfahrungen« zur Zeit der Abfassung der Neu-Atlantis bereits fest, das, von Trugbildern (Idolen) ungetrübt, auf die »Erkenntnis der Ursachen und Bewegungen sowie der verborgenen Kräfte in der Natur und die Erweiterung der menschlichen Herrschaft bis an die Grenzen des überhaupt Möglichen« (205)² hinauslief. Tatsächlich ist Neu-Atlantis durch zwei Komponenten charakterisiert, nämlich durch ein Modell der Integration von politischer Gewalt und naturwissenschaftlichem Fortschritt und einem Entwurf wissenschaftlicher Arbeitsteilung, das Bacons Programm einer induktiv, auf experimenteller Basis verfahrenen Erforschung der Natur, die ihre Beobachtungen in der Sprache der Mathematik artikuliert, Rechnung tragen sollte.

Bacon selbst hat freilich diese programmatischen Absichten nicht als systematische wissenschaftliche Abhandlung publiziert, sondern in die literarische Form eines utopischen Romans gekleidet. Ganz im Stil seiner Vorgänger schildert er, wie der Ich-Erzähler auf einer Reise von Peru nach Japan und China in einem unbekanntem Teil der Südsee in Seenot gerät und schließlich in dem »sicheren Hafen« einer Insel landet. Ausführlich werden die ersten Kontakte mit den Insulanern ebenso geschildert wie ihre Unterkunft im Gästehaus der Insel, die den Namen Bensalem trägt. Nachdem die Räumlichkeiten des Fremdenhauses, die gastfreundliche Bewirtung der Gestrandeten und die Pflege der Erkrankten beschrieben worden ist und der Ich-Erzähler die Ankömmlinge ermahnt hat, sich durch ihr Verhalten der erwiesenen Gastfreundschaft würdig zu erweisen, erfahren wir, daß ihnen die Obrigkeit

Richard Saage – Jg.1941, Politikwissenschaftler, Professor an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg.

1 Zur Biographie Bacons vgl. u.a. Rosemarie Ahrbeck: Frühe Utopisten. Morus, Campanella, Bacon, Köln 1977; Joel J. Epstein: Francis Bacon. A Political Biography, Athens/Ohio 1977; Jean Overton Fuller: Francis Bacon. A Biography, London u.a. 1981; Jürgen Klein: Nachwort, in: Francis Bacon, Neu-Atlantis, Stuttgart 1982; Alfred Dodd: Francis Bacon's Personal Life-Story, o.O. 1986; Wolfgang Krohn: Francis Bacon, München 1987; Brian Vickers: Francis Bacon. Zwei Studien, Berlin 1988.

2 Im folgenden zitiere ich nach dieser Edition: Francis Bacon Neu-Atlantis, in: Der utopische Staat. Übersetzt u. hrsg. v. Klaus J. Heinisch,

Reinbek bei Hamburg 1970, S.171-215. Die Belegstellen der Bacon-Zitate, durch runde Klammern gekennzeichnet, befinden sich im Text. Die Zitate wurden verglichen mit folgender Edition: *The Works of Francis Bacon*, Lord Chancellor of England. A New Edition by Basil Montagu, Esqu., Vol. II., London 1825, S. 319ff.

von Neu-Atlantis einen längeren Aufenthalt auf der Insel gewährt. Schließlich stellt der Präfekt des Fremdenhauses den Fremden die Geschichte Bensalems dar. Er erklärt ihnen ausführlich, wie es durch einen allgemeinen Niedergang der Seefahrt zur spezifischen Isolation der Insel Bensalem gekommen ist, und zwar in der Weise, daß die Außenwelt nichts von ihrer Existenz weiß, die Insulaner aber sehr wohl über Entwicklungen in fremden Ländern informiert sind. Danach wird kurz über das Leben auf der Insel informiert, wobei die Schilderung eines Familienfestes breiten Raum einnimmt. Der Ich-Erzähler macht in diesem Zusammenhang die Leser mit der Institution der Ehe und der Sexualmoral auf Bensalem vertraut, bis dann die Ankündigung des Besuchs eines der Väter des Hauses Salomon den letzten Teil des Romans einleitet. Der hohe Repräsentant dieses Wissenschaftszentrums gewährt dem Ich-Erzähler eine Audienz, in der er über die wissenschaftlich-technischen Errungenschaften und die Forschungseinrichtungen, aber auch über die Hierarchie, die Arbeitsteilung und die methodischen Prinzipien des Hauses Salomon berichtet.

Sicherlich hat insbesondere dieser letzte Teil der Schrift erheblich dazu beigetragen, daß Neu-Atlantis bisher vor allem unter zwei Gesichtspunkten diskutiert worden ist. Einerseits ist Bacons utopischer Entwurf immer wieder als Illustration seiner eigenen empiristischen Wissenschaftstheorie und ihrer praktischen Umsetzung gedeutet worden. »The unity of Bacon's thought in science and politics«, heißt es im *Dictionary of National Biography* »may be gathered from his incomplete work entitled ›The New Atlantis‹.«³ Bacons gewaltiges Prestige und kaum zu überschätzender Einfluß auf die Wissenschaft im späten 17. Jahrhundert, so die im *Dictionary of Scientific Biography* vertretene These, beruhe nicht auf innovativen Experimenten und neuen theoretischen Einsichten, sondern auf der Vision der Wissenschaft, wie er sie im *Novum Organum* und in *Nova Atlantis* entwickelt habe. Hervorzuheben sei in diesem Zusammenhang vor allem sein fundamentaler Optimismus hinsichtlich der Möglichkeiten eines raschen naturwissenschaftlichen Fortschritts.⁴ Wenn aber Neu-Atlantis mit der Utopietradition in Verbindung gebracht wird, dann zumeist in der Weise, daß es sich bei diesem Entwurf nicht um eine *soziale*, sondern um eine *wissenschaftlich-technische* Fiktion handele. Gerade die Tatsache, daß die wissenschaftlich-technischen Innovationen keinerlei Auswirkungen auf ihre eher traditionalistischen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen in Neu-Atlantis erkennen ließen, verdeutliche, daß dieser Roman als Vorläufer der Science-fiction zu gelten habe.⁵

Demgegenüber insistiert der vorliegende Versuch auf der Frage, ob Bacons Entwurf nicht auch als Sozialutopie verstanden werden kann. Impliziert er, mit anderen Worten, die Fiktion eines »besten Staates«, der durchaus an die Tradition des gesellschaftlichen Modell-Denkens bei Morus, Campanella und Andreae anknüpft, auch wenn, wie der Herausgeber der Schrift William Rawley schreibt, Bacon seinen Plan, »in dieser Fabel ein Buch über die Gesetze oder über die beste Staatsverfassung zu schreiben« (175) nicht mehr verwirklichen konnte? Diesem Zugriff schließt sich freilich eine

3 Bacon, Francis, in: *Dictionary of National Biography*. Ed. by Leslie Stephen, Vol.II, London 1885, S.344.

4 Mary Hesse: Bacon, Francis, in: *Dictionary of Scientific Biography*, Vol. I., New York 1970, S.375f.

5 Vgl. exemplarisch Ahrbeck, Frühe Utopisten (Anm.1), S.113.

zweite Frage nach der Originalität der Neu-Atlantis an. Es geht also um das Problem, inwiefern die Einrichtungen des idealen Gemeinwesens bei Bacon über die entsprechenden Errungenschaften seiner Vorgänger hinausgehen oder hinter diese zurückfallen.

II.

»Es bestehen einige Zweifel«, schreibt Marie Louise Berneri, »ob man Neu-Atlantis als ein ideales Gemeinwesen oder als die Beschreibung einer idealen wissenschaftlichen Universität betrachten soll«. ⁶ Doch eine genaue Analyse des Textes zeigt, daß Bacon keineswegs »lediglich eine Gesellschaft von Wissenschaftlern schildert«. Vielmehr vergegenwärtigen über zwei Drittel des Textes »häufig szenisch die Praxis, gelegentlich die Pracht utopischer Lebensformen«. ⁷ Zwar ist zuzugeben, daß in Bacons idealem Gemeinwesen nicht gezeigt wird, unter welchen sozialen Verhältnissen die große Masse des Volkes lebt und arbeitet. Doch fällt er damit nicht hinter die Standards zurück, die Platon in seinem Urmuster der klassischen Sozialutopie, der Politeia, gesetzt hat. »Wie Platon in allen Einzelheiten die Gesetze aufzählt, die das Leben der Wächter bestimmen, uns aber wenig über die anderen Klassen mitteilt, so ist Bacon nur an den Institutionen und der Arbeit seiner Wächter, der Mitglieder des Hauses Salomon, interessiert, und sagt fast nichts über das Leben der übrigen Bevölkerung. Das Ungesagte kann jedoch genau so bedeutend sein wie das Gesagte; Platon und Bacon kümmern sich nur um die herrschende Klasse, da sie ihrer Meinung nach die einzige ist, die zählt. In diesem Sinne kann Neu-Atlantis als ein ideales Gemeinwesen betrachtet werden«. ⁸ Wenn dergestalt begründet vermutet werden darf, daß Bacons Neu-Atlantis, obwohl Oberschichtenzentriert, ein deutlich konturiertes Gesellschaftsmodell zugrundeliegt, stellt sich die Frage, ob es durch ähnliche Strukturmerkmale charakterisiert ist wie die Entwürfe seiner Vorgänger.

Für die utopischen Entwürfe »bester Staaten« bei Morus, Campanella und Andreae war charakteristisch, daß sie als positive Antworten auf sozio-politische Fehlentwicklungen ihrer eigenen Gesellschaft konzipiert wurden: Als die beiden Seiten derselben Medaille stellten Sozialkritik und utopisches Konstrukt eine untrennbare Einheit dar. Für das Szenario der kritischen Zeitdiagnose, das Bacon in Neu-Atlantis entwirft, ist nun charakteristisch, daß er ein zentrales Kritikmuster übernimmt, das wir bereits bei seinen Vorgängern finden: Es ist der Aufweis eines tiefgreifenden Sittenverfalls, der seinerseits die Desintegration des Gemeinwesens nach sich zieht. So rechtfertigt der Gründer des idealen Gemeinwesens von Neu-Atlantis, König Solamona, die Abschottung der Insel von der Außenwelt mit dem Argument, es gelte, der »Sittenverwirrung« Einhalt zu gebieten. Die Berechtigung dieser Maßnahme wird dadurch bestätigt, daß gleich nach der Ankunft der Gestrandeten in Neu-Atlantis der Ich-Erzähler seine Mannschaft bittet, sie solle dem »christlichen Volk« des Gastgeberlandes »voll von Frömmigkeit und Menschenliebe« nicht »unsere Fehler oder unsere schlechten Sitten offen vor Augen führen« (181). Später wird konkretisiert, was darunter zu verstehen ist: Es sind nicht nur die Bordelle und

6 Marie Louise Berneri: *Reise durch Utopia etc.*, Berlin 1982, S.120.

7 K. Ludwig Pfeiffer: *Wahrheit und Herrschaft: Zum systematischen Problem in Bacons Neu-Atlantis*, in: Klaus L. Berg-hahn/Hans Ulrich Seeber (Hrsg.): *Literarische Utopien von Morus bis zur Gegenwart*, 2. Auflage, Königstein/Ts. 1983, S.52.

8 Berneri: *Reise* (Anm. 6), S.121.

Prostituierten, die Bacon anprangert; die Institution der Ehe selbst sei aufgrund der verwilderten Sitten »fast beseitigt« (201). Die eheliche Gemeinschaft habe ihren Sinn eingebüßt: Sie sei zu einem bloßen Geschäft verkommen (201). Dem entspreche, daß die Männer ihr ungezügelt Junggesellenleben auch in der Ehe fortführten (201).

An dieser Zeitkritik fällt auf, daß Bacon das soziale Elend bzw. die Polarisierung zwischen arm und reich, die im Zentrum der zeitdiagnostischen Anstrengungen seiner Vorgänger standen, nicht thematisiert. Auch macht er in seinem Text an keiner Stelle die Verfügung über Privateigentum für den Sittenverfall verantwortlich, wie dies seit Platon im utopischen Denken der Fall war. Daß dies kein Zufall ist, sondern mit einem zentralen Strukturmerkmal der Bacon'schen Utopie selbst zu tun hat, wird noch zu zeigen sein. Doch sollte andererseits vor der These gewarnt werden, Bacon habe unsensibel auf die durch soziale Konflikte hervorgerufenen Desintegrationserscheinungen der zeitgenössischen Gesellschaft reagiert. Wenn er sie auch nicht in Neu-Atlantis thematisierte, so setzte er sich doch in seinen Essays ausführlich mit ihnen auseinander. So sieht er in dieser Schrift die Ursachen revolutionärer Aufstände in »großer Not« und daraus resultierendem »großen Mißvergnügen«.⁹ Angesichts dieses Konfliktpotentials empfiehlt er, »daß man auf jede erdenkliche Art und Weise die tatsächliche Ursache zu Unruhen...aus dem Wege räumt, nämlich *Not* und *Armut* (Hervorhebung von mir R.S.) im Reiche. Zu diesem Ende muß man dem Handel freie Bahn und günstige Bedingungen schaffen, das Handwerk befördern, den Müßiggang ausrotten, Verschwendung und Luxus durch Aufwandsgesetze einschränken, die Verbesserung und Nutzbarmachung des Bodens, Festsetzung von Verkaufspreisen, Ermäßigung von Steuern und Abgaben und dergleichen betreiben«¹⁰: Forderungen, die zum Teil – wie wir noch sehen werden – auch in Neu-Atlantis eine bedeutende Rolle spielen.

Wie kann nun aber das Ideal seines »besten« Gemeinwesens charakterisiert werden, das er dem geschilderten Sittenverfall als positive Alternative konfrontiert? Seine Vorgänger beantworteten diese Frage eindeutig: Wie Plato in seiner *Politeia* empfahlen sie als verbindliche Orientierung starke, die Individuen konsumierende Institutionen. Bacon ist in seiner Neu-Atlantis von dieser Vorgabe nicht abgewichen. In den gesellschaftlichen Situationen, die er in seiner Utopie inszeniert, haben Individuen mit einer unverwechselbaren Subjektivität keinen Platz: Ihrer ungehinderten Bewegungsfreiheit beraubt, begegnen wir ihnen ausschließlich als soziale Rollenträger, die vom tradierten Brauchtum geprägte Rituale vollziehen. Dieser Institutionalismus ist in gewisser Weise sogar noch rigider konzipiert als der des Sonnenstaates. Während Campanella die Möglichkeit vorsah, gute Einrichtungen aus anderen Ländern zu übernehmen, ist eine Entwicklung der sozio-politischen Verhältnisse in Neu-Atlantis ausgeschlossen. So wurde zu Recht darauf hingewiesen, der Unterschied zwischen dem Nachrichtendienst Bensalems und des Sonnenstaates bestehe darin, daß Bacons »Kundschafter auf Informationen aus Wissenschaft und Technik spezialisiert sind, sollen doch politische und soziale Neue-

9 Francis Bacon, *Essays*. Hrsg.v. L.L. Schücking, 3. Auflage, Leipzig 1967, S. 58.

10 A.a.O., S. 60.

rungen, die im Sonnenstaat erwünscht waren, eben gerade nicht in Neu-Atlantis eingeführt werden.«¹¹ Als Garanten gesellschaftlicher Stabilität fungieren Amtsträger, die gegenüber jeder Korruption immun sind: Zuwendungen, die ihnen über ihre staatliche Bezahlung hinaus gemacht werden, lehnen sie als »einen doppelten Lohn für ihre eine Mühe« (179) kategorisch ab.

Das Amtsethos der obrigkeitlichen Funktionäre hat seine Entsprechung in der extremen Selbstdisziplinierung der Bevölkerung von Bensalem. Als die Schiffbrüchigen sich zum ersten Mal in der Öffentlichkeit zeigten, »sammelte sich eine Menge Volk auf beiden Seiten des Weges; die Leute standen in Reih und Glied, jedoch durchaus bürgerlich und deshalb so ordentlich, um nicht den Anschein zu erwecken, als seien sie zu müßigem Schauen zusammengekommen, als vielmehr, um uns zu unserer Ankunft Glück zu wünschen« (179). Und als einer der höchsten Würdenträger des Staates überraschend Bensalem besuchte, »herrschte (auf den Straßen, R.S.) eine solche Ordnung, daß eine breite Bahn frei blieb, die nirgends unterbrochen war. Und ich glaube, niemals war die Schlachtreihe eines Heeres besser ausgerichtet, als es das Volk damals auf den Straßen war. Ja, sogar an den Fenstern standen die Schaulustigen nicht lässig, sondern alle wie in Reih und Glied« (204). Kein Zweifel: Das Volk – in Anlehnung an Platon nicht selten als chaotische Masse stigmatisiert – ist in Neu-Atlantis im wahrsten Sinne des Wortes »in Form« gebracht worden: Es »funktioniert« im Sinne der reibungslosen Integration des Gemeinwesens nicht minder perfekt als die Amtsträger selbst.

Doch die Frage stellt sich, wie Bacon diesen Institutionalismus materiell in der Gesellschaft verankerte. Seine Vorgänger ließen nie einen Zweifel daran, daß er erst dann seine integrierende Wirkung entfalten könne, wenn das Privateigentum abgeschafft und durch den Gemeinbesitz ersetzt worden ist. Demgegenüber folgte Bacon zwar dem Vorbild Platons, wenn er den Bereich der materiellen Reproduktion der Insel nur am Rande erwähnt: Wie schon hervorgehoben, zählt in seiner Utopie ausschließlich die Institutionalisierung der politisch herrschenden Kaste. Doch gelegentliche Hinweise in seinem Text lassen erkennen, daß in Neu-Atlantis eine auf Privateigentum beruhende Geldwirtschaft Produktion und Distribution bestimmt. So ist das Fremdenhaus, in dem die Schiffbrüchigen untergebracht sind, »mit Bargeld genügend ausgestattet; es häufte nämlich seine Einkünfte schon siebenundreißig Jahre lang auf« (182). Ferner wird ihnen das Angebot gemacht, ihre mitgebrachten Waren »zu einem angemessenen Preis zu verkaufen, indem sie ihren Gegenwert entweder in anderen Waren oder in Gold und Silber« bekommen (183). Vor allem aber deutet die Institution der Erbschaft (202) auf die Verfügung über Privateigentum hin. Die aus ihr resultierenden Konflikte komplizieren das Rechtssystem offensichtlich so, daß der Beruf des Notars (178) unverzichtbar geworden ist, dem in Utopia, im Sonnenstaat oder in Christianopolis mit der Einführung des Gemeineigentums längst der Boden entzogen war. Auch gibt es auf Bensalem Kaufleute, die ausschließlich vom Handel zu leben scheinen (199): Die Existenz eines solchen Erwerbszweiges läßt darauf schließen, daß die

11 Hans-Günter Funke, Zur Geschichte Utopias, in: Utopieforschung. Interdisziplinäre Studien zur neuzeitlichen Utopie. Hrsg. v. Wilhelm Voßkamp. Zweiter Band, Frankfurt am Main 1985, S. 306.

Distribution der Waren von Privaten unter Profitgesichtspunkten betrieben wird. Und nicht zuletzt muß die ungleiche Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums als ein Strukturmerkmal Bensalems gelten: Jedenfalls ist von Freundschaften die Rede, die die Fremden mit den meisten Städtern knüpften, »und zwar nicht gerade mit denen vom geringen Stande« (195). Auch werden »in Armut geratene Familienmitglieder« (196) erwähnt.

Andererseits darf diese Differenz in den Eigentumsverhältnissen nicht überbewertet werden. Sie gleichen sich nämlich insofern der Gemeineigentumskonzeption bei Morus, Campanella und Andreae auch wieder an, als es sich bei dieser auf Geld und Privateigentum begründeten Wirtschaftsform nicht um eine vollentwickelte kapitalistische Marktwirtschaft handelt. Zwar ist zu vermuten, daß sowohl die Landwirtschaft als auch die Manufaktur den wissenschaftlich-technischen Fortschritt so weit wie nur irgend möglich zur Erhöhung der Produktion nutzen. Doch unklar bleibt, wie das Verhältnis von verstaatlichter Wissenschaft – sie gilt als Herrschaftsinstrument par excellence! – und der privaten Verfügung über die Produktions- und Eigentumsmittel geregelt ist. Allerdings gibt es einige Hinweise darauf, daß politische Instanzen der Dynamik des Wirtschaftsprozesses Grenzen setzen, die dessen Charakterisierung als einer »gebremsten Ökonomie« durchaus erlauben. So läßt das von König Solamona gesetzlich fixierte Autarkiegebot einen wirtschaftlich profitablen Außenhandel nicht zu, weil er nicht »um des Goldes, des Silbers und der Edelsteine, nicht um Seide und Gewürze und auch nicht um sonstiger einträglicher und wertvoller Dinge« willen betrieben wird, sondern des Wissenschaftstransfers wegen (194f). Dessen ökonomische Nutzung wiederum dient der Autarkie des Landes, nicht der Intensivierung des Außenhandels. Vom Weltmarkt abgekoppelt, deutet die Existenz von Zünften (204) darauf hin, daß Produktion und Distribution reguliert werden. Von der Dynamik eines *laissez-faire*-Kapitalismus ist also die Wirtschaft von Neu-Atlantis weit entfernt.

Die Effizienz der utopischen Ökonomie wurde ferner in der klassischen Utopietradition durch die vollständige Mobilisierung der Arbeitsressourcen gesichert. Wie es scheint, ist Bacon in Neu-Atlantis auch dieser Option gefolgt. Jedenfalls ist hier das »müßige Schauen« (179) ebenso verpönt wie die Vergeudung der Zeit mit Ausschweifungen in Freudenhäusern (201). Aber schließt sich Bacon auch dem strikten Luxusverbot seiner Vorgänger an? Dies scheint auf den ersten Blick nicht der Fall zu sein. So wird er nicht müde, die repräsentative Prachtentfaltung der Amtsträger mit hingebungsvoller Akribie zu beschreiben. Kostbare Handschuhe, »die mit Edelsteinen geschmückt waren, und hyazinthfarbene Schuhe aus reiner Seide« (203) werden ebenso erwähnt wie prachtvolle Gewänder und Kopfbedeckungen. Der Vater des Hauses Salomon gibt seine Audienz »in einem prächtigen Raume, der mit herrlichen Vorhängen ausgestattet und mit Teppichen ausgelegt war ohne jede Erhöhung zu dem Amtsstuhl, auf dem er saß. Es war dies ein niedriger, prächtig geschmückter Lehnssessel. Über seinem Haupte spannte sich ein Thronhimmel von blauer Seide, reich mit Gold durchwirkt« (204). Überhaupt stehen die Edelmetalle in Neu-

Atlantis hoch im Kurs – ganz im Gegensatz zur asketischen Sitte der Utopier bei Morus, aus ihnen Nachtgeschirre oder Sklavenketten zu fertigen. Freilich muß hinzugefügt werden, daß der in Neu-Atlantis zur Schau gestellte Luxus der öffentlichen Repräsentation des Staates dient. Ob die breite Masse der Bevölkerung in ihrem Alltagsleben an ihm teilhat, ist eher unwahrscheinlich, wenn man das in Bacons *Essays* ausgesprochene Verdikt des Müßigganges, der Verschwendung und des Geltungskonsums berücksichtigt.¹²

12 Vgl. Bacon: *Essays* (Anm. 9), S. 60.

III.

Welche politischen Institutionen sind dem Wirtschaftssystem von Neu-Atlantis zugeordnet? Bekanntlich hat der Herausgeber der Schrift, William Rawley, darauf hingewiesen, daß Bacon zur Ausführung des politischen Systems seines »besten Staates« nicht mehr gekommen ist, weil er die »Arbeit an seiner Naturgeschichte und der Fortführung der anderen Teile der ›Großen Unterweisung« für wichtiger gehalten habe (175). Es verwundert daher nicht, daß wir in seiner Schrift nur einige fragmentarische Hinweise auf das politische System von Neu-Atlantis finden. Immerhin erfahren wir, daß die Verfassung Bensalems – wie die der utopischen Gemeinwesen seiner Vorgänger auch – säkularen Ursprungs ist. Vor etwa dreitausend Jahren ein mächtiger Staat mit internationalen Handelsbeziehungen, mußte Bensalem, wie bereits hervorgehoben, seinen Kontakt zur Außenwelt infolge des allgemeinen Niedergangs der Seefahrt abbrechen (184ff). Um etwa 300 v. Chr. erhielt dann die Insel die politische Verfassung, die der Ich-Erzähler vorfindet: Sie ist das Werk des großen Königs Solamonas, »eines sterblichen Monarchen«. Seine Gesetzgebung ist durch zwei Prämissen charakterisiert: 1. »Er verlegte sich ganz darauf, sein Reich und sein Volk zu beglücken« (192). 2. Dieses Ziel glaubte er dadurch erreichen zu können, daß er Institutionen schuf, die er »für alle Zeiten festlegte« (192). Lediglich die Einführung des Christentums kann als Neuerung angesehen werden (vgl. 184ff).

Aufgrund des fragmentarischen Charakters der Schrift bleibt unklar, wie im einzelnen diese beiden Staatsziele das Institutionengefüge des politischen Systems geprägt haben. Immerhin kann davon ausgegangen werden, daß – wie bei Morus und Andreae – die grundlegende Institution des Staates die patriarchalische Großfamilie in Gestalt der unauflösbaren monogamen Ehe ist, die freilich, wie gezeigt, abweichend von der klassischen Utopietradition ihr materielles Fundament in der Verfügung des *pater familias* über Privateigentum hat. Ebenso wichtig aber ist, daß Bacon genauso wie seine Vorgänger für eine staatlich kontrollierte Sexualmoral optiert, weil er in festen Beziehungen der Geschlechtspartner offenbar einen wichtigen Garanten gesellschaftlicher Stabilität sah. »Die Mehrehe dulden sie nicht. Sie haben festgesetzt, daß weder eine Hochzeit eher gefeiert, noch ein Heiratsvertrag früher geschlossen werden darf als einen Monat, nachdem sich die Verlobten zum ersten Male erblickten. Ohne Einvernehmen der Eltern geschlossene Ehen halten sie zwar nicht für ungültig, strafen sie aber bei der Erbschaft; denn den Kindern solcher Ehen entzieht man zwei Drittel des Erbes« (202). In Neu-Atlantis wird zwar die in

Morus' Utopia geltende Sitte abgelehnt, daß die Heiratswilligen sich vor der Ehe gegenseitig nackt sehen, weil es als Schande gilt, »wenn einer nach einer so vertraulichen Kenntnisnahme abgewiesen wird« (202). Doch stattdessen gibt es in der Nähe jeder Stadt »zwei Teiche, die sie die Teiche Adams und Evas nennen, wo es einem von den Freunden des Mannes und ebenso einer von den Freundinnen der Frau erlaubt ist, diese allein beim Baden zu betrachten« (202).

Indes geht das enge Zusammenspiel von patriarchalischer und staatlicher potestas noch wesentlich weiter. Daß stellvertretend für den Staat die meisten Konflikte der einzelnen durch den Schiedsspruch des Familienvaters gelöst werden, verdeutlicht die Institution des sogenannten Familienfestes. Nach den Gesetzen des Landes wird es dann auf öffentliche Kosten gefeiert, wenn jemand »dreißig zu gleicher Zeit lebende leibliche Nachkommen besitzt und diese alle das dritte Lebensjahr überschritten haben« (196). Im Vorfeld des Festes regelt der Familienvater, der auch Tirsanus genannt wird, alle Familienangelegenheiten nach eigenem Ermessen: Er legt Streitigkeiten bei, hilft in Armut geratenen Familienmitgliedern, tadelt diejenigen, »die etwa in Laster verfallen sind oder ein nichtnutziges und faules Leben führen« (196). Schließlich entscheidet er über Eheschließungen, aber auch über »die dem einen oder dem anderen von ihnen am besten anstehende Lebensart« (196). Gleichzeitig haben die Entscheidungen des pater familias staatlichen Charakter: »Der Vertreter der Behörde (...) sitzt deshalb dabei, damit er die Beschlüsse und Anordnungen des Tirsanus, falls etwa einer aus der Familie nicht gehorchen will, durch seine Amtsgewalt unterstützt und ihre Ausführung durchsetzt; jedoch rechnen sie sich durch einen solchen Gehorsam der natürlichen Ordnung gegenüber aus, daß man nur selten davon hört« (196).

Ist diese »natürliche Ordnung« des Patriarchats relativ ausführlich beschrieben, so erfahren wir wenig über die politischen Institutionen im engeren Sinn. Von den oben erwähnten Grundgesetzen, die König Solamona für 1900 Jahren festlegte (192ff), ist nur bekannt, daß sie die Monarchie zur verbindlichen Staatsform erheben. Ferner legen sie das Verbot der Einwanderung von Ausländern fest, modifiziert allerdings durch die Pflicht, »unglückliche Fremde« zu retten. Und schließlich verlangen sie die Gründung einer Universität bzw. eines Wissenschaftszentrums, das das Haus Salomon heißt. Im übrigen ist noch von einem Senat, Behörden, Vorstehern und Stadtpräfekten die Rede, die offensichtlich exekutive und administrative Funktionen zu erfüllen haben. Erst bei näherem Hinsehen ist hinter dieser unsystematischen Aufzählung politischer Institutionen eine Herrschaftsstruktur erkennbar. Es fällt nämlich auf, daß die große Masse der Bevölkerung, die in der Sphäre der Produktion und Distribution tätig ist, als politische Größe nicht in Erscheinung tritt. Sodann haben wir es mit Amtspersonen zu tun, die die Fremden über Neu-Atlantis informieren und ihnen ihre Verhaltensregeln mitteilen. Und schließlich begegnen wir einem der Väter des Hauses Salomons, einem Repräsentanten des höchsten Wissenschaftsgremiums also. Wir gehen nicht fehl in der Annahme, daß dieser Institution die höchste Macht zukommt: Von Bacon

»das Auge dieses Reiches« (185) genannt, verdeutlicht nichts die Vorrechte ihrer Mitglieder mehr als die Tatsache, daß ihnen gewährt wird, was allen anderen untersagt ist: Sie dürfen reisen und sich im Ausland aufhalten (194).

Für diese These spricht darüber hinaus eine Reihe eindeutiger Indizien. Bei seinem Einzug in Bensalem rangiert der »Vater des Hauses Salomon« eindeutig vor den Behörden und den Zünften der Stadt (205). Wenn ferner der Aufbau dieser Wissenschaftsinstitution beschrieben wird, ist deutlich zu erkennen, daß sie einen Staat im Staate darstellt. Mit unbegrenzten Geldmitteln ausgestattet, ist sie selbst vom König unabhängig. Sie verfügt über einen eigenen Geheimdienst zum Zweck des Wissenschaftstransfers. Am wichtigsten aber ist, daß sich diese Akademie vorbehält, »genau zu erwägen, was von unseren Erfindungen und Versuchsergebnissen zu veröffentlichen angebracht ist, was dagegen nicht. Ja, wir verpflichten uns sogar alle durch einen Eid, das geheimzuhalten, was wir geheimzuhalten beschlossen haben. Wenn wir auch einiges davon mit allgemeiner Zustimmung zuweilen dem König oder dem Senat enthüllen, so halten wir anderes doch völlig innerhalb unserer Gemeinschaft« (214). Treffen diese Beobachtungen zu, so hält sich Bacons Utopie durchaus an das Schichtenmodell, das Platon in seiner Politeia entwickelte. Zwar sind es nicht mehr die Philosophen, die die Richtlinien der Politik bestimmen, sondern hochkarätige Naturwissenschaftler. Doch haben diese wie jene das eigentliche Herrschaftsmonopol inne, weil sie durch ihre Kenntnisse ganz entscheidend zum Staatszweck beitragen, nämlich Reich und Volk zu beglücken (92).

Welche Auswirkung haben Naturwissenschaft und Technik auf die Struktur des »besten Staates« von Neu-Atlantis, wenn man sie mit der klassischen Utopietradition vergleicht? Und wie sieht die Organisation des Forschungsprozesses aus, für den das Haus Salomon verantwortlich ist? Die Hochschätzung der modernen Naturwissenschaften ist ein Charakteristikum aller neuzeitlichen Ordnungsutopien. Doch aus naturwissenschaftlichen Erkenntnissen abgeleitete Techniken wie die Kunst des Fliegens, die Herstellung neuartiger Düngemittel etc. hatten für die Erreichung des Staatszwecks des utopischen Gemeinwesens nur periphere Bedeutung. Ihnen wurde bei weitem der Rang abgelaufen von verfassungsrechtlichen Regelungen wie etwa die Einführung des Gemeineigentums, die Tugend der Herrschenden, der Gehorsam der Bürger etc. Demgegenüber besteht das Neue in der Neu-Atlantis des Francis Bacon darin, daß er Wissenschaft und Technik zum eigentlichen Kern des utopischen Gemeinwesens erhebt. Im Grunde genommen sind es nicht mehr die vorbildlichen Gesetze, sondern das Herrschaftswissen einer kleinen Elite von Naturwissenschaftlern, von denen Bacons Vision eines »besten Staates« lebt. Gewiß, auch in Neu-Atlantis dient die Naturwissenschaft dem Ziel, die Werke der Schöpfung und ihre Geheimnisse zum Lobe Gottes zu erkennen. Entsprechend amtieren die »Väter des Hauses Salomon auch als Priester; die Wissenschaftler runden ihre wissenschaftlichen Tätigkeiten durch religiöse Zeremonien ab«.¹³ Doch charakteristisch ist ebenfalls, daß Salomons Haus »nicht mehr

13 Pfeiffer: Wahrheit (Anm. 7), S. 54.

14 Hans Ulrich Seeber/Walter Bachem: Aspekte und Probleme der neueren Utopiediskussion in der Anglistik, in: Utopieforschung, a.a.O. Erster Band, Frankfurt am Main 1985, S.157.

15 Die entscheidende Formulierung lautet: »The end of our foundation is the knowledge of causes, and secret motions of things: and the enlarging of the bounds of human empire, to the effecting of all things possible« (Bacon: New Atlantis, Anm.2, S. 364f).

Kirche, sondern ein Forschungsinstitut«¹⁴ ist. Bacons religiöses Weltbild in »Neu-Atlantis« wirkt denn auch in dem Maße merkwürdig aufgesetzt und plakativ, wie es die Rolle eines »Führungssystems« (Pfeiffer) zu spielen hat, dem es in Wirklichkeit nicht um das Seelenheil der einzelnen geht. Vielmehr soll es gerade durch seine etatistische Instrumentalisierung die freie naturwissenschaftliche Forschung von theologischer Bevormundung im Interesse des übergeordneten Staatszwecks entlasten.

Dies vorausgesetzt, unterscheidet sich außerdem die Wissenschaftskonzeption Bacons in Neu-Atlantis in zwei Punkten von der seiner Vorgänger: 1. Er schreibt den Naturwissenschaften ausdrücklich eine aufklärerische Funktion zu. Auf induktiv-experimenteller Grundlage soll sie »zwischen Wundern, Werken der Natur, künstlichen Wirkungen und Vorspiegelungen der Dämonen sowie Täuschungen aller Art (...) unterscheiden« (185). Weder bei Platon noch bei Morus und Campanella wurde so klar die Grenze zwischen Wissenschaft und Mythos gezogen. Das empirisch ausgerichtete Experiment, in dem Naturerscheinungen reproduziert werden, ist von der Absicht geleitet, »die Welt zu entzaubern«, und zwar in dem wörtlichen Sinne, daß Magie, Aberglauben, Dämonen etc. in ihr keinen Platz mehr beanspruchen können. 2. In Bacons Utopie wird zum ersten Mal die programmatische Forderung an die Wissenschaft gerichtet, sie habe durch das von ihr produzierte Wissen die Natur zu unterwerfen (205).¹⁵ Gleichzeitig gilt deren Ausbeutung als entscheidende Voraussetzung für die Erreichung des Staatszwecks, nämlich das Glück des Volkes (192).

Tatsächlich entwirft Bacon ein für die erste Hälfte des 17. Jahrhunderts eindrucksvolles Szenario sowohl der Methode als auch der Resultate des angestrebten »imperii humani« (Bacon) über die Natur. Der Forschungsprozeß im Haus Salomon ist streng arbeitsteilig organisiert: Jeweils drei Wissenschaftler besorgen unter strenger Geheimhaltung in fremden Ländern Bücher und Versuchsmuster. Sie stellen ferner Versuche in allen mechanischen Künsten und auch in allen angewandten Wissenschaften an. Darüber hinaus entwickeln sie neue Experimente, »sofern sie ihnen ausführbar erscheinen«, und fassen nicht nur die Versuchsergebnisse in Lehrsätzen und Tabellen zusammen, sondern überwachen auch die Versuche ihrer Mitarbeiter (213). Zugleich regen sie aufgrund bereits vorliegender Erkenntnisse »neue, tiefer in das Wesen der Natur dringende Versuche von höherer Bedeutung« an (213 f). Ferner achtete Bacon darauf, daß die durch Spezialisierung erforschten Details natürlicher Phänomene »durch Versuche zu umfassenderen Beobachtungen, zu Axiomen und Aphorismen« ausgebaut und zusammengefaßt werden, und zwar in der Weise, daß die mit dieser Aufgabe betrauten Wissenschaftler sich vorher mit »der Gesamtheit der Brüder« (214) beraten. Wichtig erscheint schließlich, daß der induktiv angelegte Forschungsprozeß kein Selbstzweck ist. Vielmehr dient er dem Ziel, die erkannten Gesetzmäßigkeiten der Natur den Menschen dienstbar zu machen. Ausdrücklich wird die praktische Umsetzung experimentell abgesicherter Erkenntnisse in Technik betont: Spezialisten haben die Forschungsergebnisse mit dem Ziel zu überprüfen, »was dem täglichen Gebrauch

und der Praxis dient« (219). Die technischen Errungenschaften reichen von der Kunstdüngerherstellung, der Erzeugung synthetischer Nahrungsmittel und der Durchführung genetischer Manipulationen über die Entwicklung pharmazeutischer Produkte und der manufaktuellen Fertigung von Papier, Leinen, Seide, Wollwaren, Farben etc., bis hin zur Erfindung von Mikroskopen, Fernrohren, Flugzeugen, Automaten »und Maschinen und Werkzeugen für jede Art von Triebwerken« (212 f).

Wenn dergestalt die experimentell angeleitete Naturbeherrschung und die beinahe »industrielle Anwendung wissenschaftlicher Ergebnisse«¹⁶ ins Zentrum der Utopie Bacons rücken, so fällt doch auf, daß sie keineswegs ihre politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen in Richtung auf eine moderne Industriegesellschaft umwälzen. Gewiß muß die These eingeschränkt werden, die Grundsätze des Königs Solamona seien weniger eine Alternative als vielmehr ein Spiegelbild der Agrargesellschaften Europas in der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts:¹⁷ Wie die hohen zivilisatorischen Standards der Hygiene (178) und der Krankenversorgung (180) in Neu-Atlantis zeigen, ist der wissenschaftlich-technische Fortschritt keineswegs hermetisch von der Sozialstruktur getrennt. Dennoch muß davon ausgegangen werden, daß traditionelle, den Status quo der Herkunftsgesellschaft stabilisierende Institutionen wie die Staatsform der christlichen Monarchie, die Verfügung über Privateigentum, die Geldwirtschaft, die Existenz von Zünften und die patriarchalische Familie a priori als unveränderliche Rahmenbedingung feststehen, damit sich der wissenschaftlich-technische Fortschritt ungehindert Bahn brechen kann. In letzter Instanz setzt Bacon, wie zu Recht hervorgehoben worden ist, »die allseits befriedete Gesellschaft voraus, um deren Konstruktion die Bemühungen der Sozialutopisten gerade kreisten. Offenbar fällt dem Staat die überaus leichte, daher gar nicht direkt erwähnte Aufgabe zu, Wissenschaft vor sozialen Störfaktoren abzusichern«.¹⁸ Auch unterläßt es Bacon, die gesellschaftliche Dimension von Naturwissenschaft und Technik zu diskutieren. Sie entwickeln sich gleichsam autonom aus dem – durch die Institutionen des starken Staates abgeschirmten – empirisch-induktiven Experiment heraus. Welchen schichten- oder klassenspezifischen Interessen sie dienen, ist für ihn kein Thema, weil ihre Resultate angeblich per se mit dem »bonum commune« konvergieren. So gesehen, ist es nur konsequent, wenn Naturwissenschaft und Technik strikt der Staatsräson und der aus ihr folgenden Geheimhaltung unterworfen werden: Wie schon hervorgehoben, ist der gesamte staatlich kontrollierte Außenhandel unter Ausschluß der Öffentlichkeit in den Dienst des Wissenschaftstransfers gestellt (194).

Spätestens an dieser Stelle wird die ganze Ambivalenz des Baconschen Entwurfes deutlich. Einerseits sieht sich der naturwissenschaftlich-technische Fortschritt dadurch legitimiert, daß er das Glück des Volkes zu garantieren hat. Andererseits ist das im Hause Salomon produzierte Wissen die Grundlage nicht nur der Herrschaft über die Natur, sondern auch über die Menschen, wie die hervorgehobene gesellschaftliche Stellung der Wissenschaftler des

16 Berneri: Reise (Anm. 6), S. 127.

17 Vgl. Pfeiffer: Wahrheit (Anm. 7), S. 53 sowie Funke, Zur Geschichte (Anm. 11), S. 305.

18 Pfeiffer: Wahrheit (Anm. 7), S. 53.

Hauses Salomon zeigt. Was von diesen beiden Größen, Glück und Herrschaft, übrigbleibt, wenn sich herausstellen sollte, daß der wissenschaftlich-technische Fortschritt keineswegs mit dem menschlichen Glück ineingesetzt wird, liegt auf der Hand: »Und gerade das ist der Grund, warum Bacon so viel über Ehren, Privilegien und Macht der Mitglieder des Hauses Salomon erzählt und so wenig über das Glück, das sie den Leuten brachten«.¹⁹

19 Berneri: Reise (Anm. 6), S. 130.

IV.

Lars Gustafsson hat eine Auflistung utopischer Themen vorgelegt, die seit Platon für das utopische Denken charakteristisch seien. Er nennt »Abschaffung von Privateigentum; Abschaffung von privatem Grundbesitz; Abschaffung der Geldwirtschaft; Abschaffung moralischer und sittlicher Beschränkung der Sexualität; gerechte Verteilung der verschiedenen Berufe innerhalb der Bevölkerung und eine einheitliche Kleidung«.²⁰ Gemessen an diesem Kriterienkatalog, so konnte der vorliegende Abriß verdeutlichen, hat sich Bacons Neu-Atlantis am weitesten von den charakteristischen inhaltlichen Strukturmerkmalen der klassischen Tradition des utopischen Denkens entfernt. Doch wenn das Erkenntnisinteresse nicht den sozialen Faktoren einer harmonischen und statischen Gesellschaft, sondern ihrem institutionellen Gefüge gilt, dann ist ebenso klar, daß Bacons Entwurf das utopische Paradigma der Renaissance und der Reformation nicht eigentlich sprengte. Ohne auf Platon explizit zu rekurrieren, tritt sein utopisches Gesellschaftsmodell nicht aus dem langen Schatten der Politeia heraus. Wie seine Vorgänger seit Beginn des 16. Jahrhunderts übernimmt er Platons Dreiteilung der Gesellschaft in das arbeitende Volk, die Funktionäre des Staates und die kleine Elite der eigentlichen Herrscher. Aber auch die Option für starke Institutionen, die die einzelnen in das enge, jede Spontaneität konsumierende Korsett ritualisierter Verhaltensweisen zwingt, teilt er mit seinen Vorgängern. Zwar beruht die Wirtschaft in Neu-Atlantis auf Privateigentum. Doch ähnelt sie dennoch der Wirtschaftsweise der anderen utopischen Gemeinwesen insofern, als sich deren Dynamik nur gebremst entfalten kann.

20 Lars Gustafsson: Negation als Spiegel. Utopie aus epistemologischer Sicht, in: Utopieforschung, a.a.O. Erster Band, Frankfurt am Main 1985, S. 284.

Zwar geht Bacon zweifellos dadurch über die Vorstellungen Morus' und Campanellas hinaus, daß er die ethisch-moralischen Vorgaben des »guten Lebens« durch das Herrschaftswissen der Naturwissenschaften ersetzt. Er nähert sich ihnen aber wieder in der Hinsicht an, daß der naturwissenschaftlich-technische Fortschritt, den er in Neu-Atlantis gleichsam propagandistisch den Fremden durch einen der Väter des Hauses Salomon verkünden läßt, nur punktuell den Kontext einer Agrargesellschaft der frühen Neuzeit durchbricht. Wie schon erwähnt, wird in Neu-Atlantis das bekannte Insel-Motiv und sein Korrelat, die Isolation der Bewohner von der Außenwelt bei gleichzeitiger genauer Kenntnis ihres wissenschaftlichen und kulturellen Entwicklungsstandes, erneut aufgegriffen und verarbeitet. Ist auch der fiktionale Gehalt von Neu-Atlantis im Vergleich zu den sozio-politischen Rahmenbedingungen der englischen Herkunftsgesellschaft der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts eher gering, so wird doch eine entscheidende

utopische Distanz zu dem gesellschaftlichen Kontext, in dem Bacons Entwurf entstand, dadurch erreicht, daß ihr Autor die Entwicklung von Naturwissenschaft und Technik auf ein Niveau hebt, welches erst im 20. Jahrhundert verwirklicht werden sollte.

Die wichtigste Gemeinsamkeit aber besteht womöglich darin, daß Bacon von den anderen fiktiven Staatsentwürfen der Renaissance und der Reformation den Geltungsanspruch der Raum-Utopie übernahm. Einen Grad der Vollkommenheit seines »besten Staats« reklamierend, der nicht mehr überboten werden kann und jede Entwicklung – außer der der wissenschaftlich-technischen Innovation – überflüssig macht, geht er sogar noch über Morus und Campanella hinaus. Auch sie reklamierten für ihre Idealstaaten höchste Perfektion, doch schlossen sie punktuelle Verbesserungen ihrer idealen Gemeinwesens nicht aus. Bacon dagegen vollendete diese Enthistorisierung des utopischen Entwurfs in dem Maße, wie er ihn »als die beste aller denkbaren Welten gesetzlich fixiert« und ihn damit noch eindeutiger »aus der historischen Entwicklung herausnimmt«²¹ als dies bei seinen Vorgängern der Fall gewesen ist. Ferner erscheint charakteristisch, daß Neu-Atlantis zeitgleich mit der Herkunftsgesellschaft ihres Autors existiert: Ihr Vorbildcharakter wirkt in jene im Sinne eines regulativen Prinzips, nicht aber einer geschichtsphilosophischen Fortschrittsteleologie hinein. Auf der anderen Seite ist die Fiktivität des utopischen Musters von Neu-Atlantis aber keineswegs, wie ihr Herausgeber William Rawley betont, mit bloßer realitätsferner Spekulation gleichzusetzen. Das Ideal des Hauses Salomon, durch das eine »zur Erklärung der Natur und der Größe und Macht ihrer Werke gegründeten Gesellschaft« beschrieben werde, sei zwar »großartig und erhaben, als daß es in jeder Beziehung nachgeahmt werden könnte. Dennoch sollte man bezüglich der meisten Dinge in die Leistungsfähigkeit der Menschen keinen Zweifel setzen« (175).

21 Funke: Zur Geschichte (Anm.11), S.305. Allerdings übersieht Funke, daß auch Morus und Campanella ihre Fiktionen enthistorisiert haben, wenngleich mit geringerer Intensität als Bacon seinen »besten Staat« von Neu-Atlantis.

HELMUT MEIER

Das »Gesellschaftswissenschaftliche Forum e.V.« – ein Wissenschaftlerverein stellt sich vor

Die Beseitigung der historisch gewachsenen Wissenschaftslandschaft der DDR nach deren Anschluß an die Bundesrepublik hat es mit sich gebracht, daß es nun gerade erst recht zweierlei Wissenschaft in Deutschland gibt.¹ Die altbundesdeutsche institutionell etablierte universitäre und außeruniversitäre Wissenschaft, die mit der Herstellung der staatlichen Einheit Deutschlands auch auf den Osten ausgedehnt wurde, und die aus ihrem institutionellen Rahmen verdrängte Wissenschaft der ehemaligen DDR, die sich gezwungenermaßen als eine weitgehend marginale und subkulturelle Erscheinung mit eigener Struktur konstituiert hat.

Abgesehen von der verschwindend geringen Anzahl von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern aus der DDR, die überwiegend in untergeordneten Tätigkeiten im Bonner Wissenschaftssystem eine Anstellung gefunden hat, ist die Mehrzahl der ausgewiesenen ostdeutschen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die ihrer Berufung weiter nachgehen wollten, in Vereinen, Gremien, Instituten, Kommissionen und Stiftungen organisiert, die weitgehend ohne staatliche und private Förderung arbeiten.

Ein Bestandteil dieser Einrichtungen ist auch das »Gesellschaftswissenschaftliche Forum e.V.«. Es entstand im Juni 1991 auf Initiative einer Gruppe von Gesellschaftswissenschaftlern unterschiedlicher Disziplinen, um Möglichkeiten für die Fortsetzung bereits begonnener oder die Aufnahme neuer Forschungen zu erkunden und zu schaffen. Da der Verein nur über geringe Mittel verfügt, können nur bescheidene Projekte in Angriff genommen werden. Was aber dem Verein gelungen ist, ist die Schaffung der für wissenschaftliche Arbeit unerläßlichen Kommunikation, der Austausch der Ergebnisse und Erkenntnisse. Das geschieht im Rahmen von Diskussionen in den Projektgruppen, in öffentlichen Veranstaltungen, durch Teilnahme an wissenschaftlichen Tagungen und Konferenzen und durch vielfältige Publikationen.

Die Verein umfaßt seit Jahren an die 60 eingetragene Mitglieder.

Sie betreiben entweder individuelle Forschungsarbeit über persönlich interessierende Themen oder haben sich zu Projektgruppen zusammengeschlossen. Die Forschungsgegenstände sind äußerst vielfältig. So werden Forschungen zu Identitätsproblemen der ostdeutschen Bevölkerung nach der staatlichen Vereinigung Deutschlands untersucht. Das geschieht durch schriftliche Befragungen in unregelmäßigen Abständen. Ergebnisse wurden bereits mehrfach publiziert und fanden interessierte Aufnahme. Eine andere Gruppe

Helmut Meier – Jg. 1934,
Prof. Dr. sc. phil., Historiker,
Berlin. Ehrenamtlicher
Vorsitzender des Gesellschaftswissenschaftlichen
Forums e.V.

hat ausgehend von dem Themenkreis »Klasse-Rasse-Geschlecht in Geschichte und Gegenwart« mittlerweile generelle gesellschaftliche Probleme der Gegenwart und der Zukunft ins Blickfeld genommen. Die in diesem Zusammenhang entstandenen Arbeiten bilden den Grundstock der Schriftenreihe »Auf der Suche nach der verlorenen Zukunft«. Weitere Vorhaben sind »Biographien europäischer Antifaschisten«, die ebenfalls in Form einer Schriftenreihe der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wurden. Ein ganze Reihe von Mitgliedern widmet sich der Geschichte der DDR, wobei ausgewählte Fragen untersucht werden, wie Probleme der Sicherheits- und Verteidigungspolitik, wirtschafts- und ideologiegeschichtliche Fragen, aber auch literaturgeschichtliche und kunstpolitische Probleme. Auch die Entstehung, Entwicklung und das Wirken der Bürgerbewegung in der DDR, sowie ihr Niedergang im vereinigten Deutschland sind Gegenstand von Forschung und Publikation. Gearbeitet wird auch zu Rechtsextremismus und Neofaschismus in den neuen Bundesländern. Aufgenommen wurden Forschungen zum Problem »Macht und Emanzipationsanspruch«.

Für das »Gesellschaftswissenschaftliche Forum« ist die Bezeichnung Forum nicht nur Teil seines Vereinsnamens, sondern zugleich ein generelles Anliegen, mit dem sich seine Gemeinnützigkeit verbindet. Der Verein ist bemüht, »Foren« für den Meinungsaustausch zwischen Wissenschaftlern und wissenschaftlich interessierten Bürgerinnen und Bürgern zu schaffen. Praktiziert wird das durch die Reihe »Werkstattgespräche«, die monatlich einmal in der Berliner Stadtbibliothek veranstaltet werden. Für sie werden Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler gewonnen, die Einblick in ihre Arbeit geben, Ergebnisse und Standpunkte zur Diskussion stellen und sich in der öffentlichen Debatte Anregungen für ihre Forschungen holen. Das GWF legt Wert darauf, daß nicht nur Mitglieder des Vereins im Rahmen dieser Reihe zu Wort kommen, vielmehr steht diese Reihe allen offen. Ungefähr 30-40 Prozent der Veranstaltungen wurden bisher von Kolleginnen und Kollegen bestritten, die dem Verein nicht als Mitglied angehören. Und noch etwas ist bemerkenswert. Es ist gelungen, junge und angehende Wissenschaftler zu gewinnen, ihre Ergebnisse zu unterbreiten, darunter auch eine ganze Anzahl aus Westberlin und den alten Bundesländern stammende.

Die meisten Mitglieder des GWF treten auch aktiv in anderen Gremien in Erscheinung. Teilweise hat sich auch eine sehr fruchtbare Zusammenarbeit mit anderen Vereinen entwickelt. So hat das GWF eine ganze Reihe von Aktivitäten zusammen mit den Vereinen »Helle Panke«, »Brandenburger Verein für politische Bildung Rosa Luxemburg, e.V.«, der Rosa-Luxemburg Stiftung Sachsen e.V., »Gesellschaftsanalyse und politische Bildung« und anderen Einrichtungen unternommen.

Ein Anliegen, dessen sich das GWF angenommen hat, ist die Würdigung von Wissenschaftlern, die ihre Entwicklung in der DDR genommen haben, aus Anlaß runder Geburtstage. So wurden wissenschaftliche Tagungen aus Anlaß des 65. Geburtstages von Walter Schmidt, des 70. Geburtstages von Ernst Laboor und des 65. Geburtstages von Karl Drechsler veranstaltet. Es ist die

Absicht, daraus eine feste Tradition werden zu lassen. Die bedeutendste Leistung des Vereins ist jedoch, Möglichkeiten erschlossen zu haben, daß Forschungsergebnisse von marxistischen und anderen sozialkritischen Forschern veröffentlicht werden konnten. Hier ist besonders dem trafo verlag dr.wolfgang weist zu danken, der drei Schriftenreihen aufgelegt hat, die von Mitgliedern des GWF betreut werden. Es sind dies die Schriftenreihen »Gesellschaftsgeschichte-Gegenwart«. Schriftenreihe des Gesellschaftswissenschaftlichen Forums (Herausgeber: Helmut Meier)², »Auf der Suche nach der verlorenen Zukunft« (Herausgeberin: Hanna Behrend)³ und »Biographien europäischer Antifaschisten« (Herausgeberin: Ulla Plener).⁴ Insgesamt umfassen diese Reihen bereits an die 20 Bände, weitere sind in Vorbereitung.

Der Vollständigkeit halber sei erwähnt, daß das GWF zusammen mit dem Verein »Helle Panke« die Reihe »hefte zur ddr-geschichte« herausgibt, die in diesem Jahr wohl über das Heft 50 hinausgehen wird.

Das GWF möchte bei dieser Gelegenheit alle Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler ansprechen, die vielleicht noch keinen Anschluß an Gleichgesinnte gefunden haben und an einer Zusammenarbeit mit Kollegen interessiert sind, sich uns anzuschließen. Dabei muß betont werden, daß Mitarbeit in unseren Projektgruppen nicht die Mitgliedschaft zur Bedingung hat. Es wäre vor allem wünschenswert, wenn sich junge Wissenschaftler an unseren Projekten beteiligen würden. Zwar können wir keine lukrativen Einkünfte zusichern, aber wir können eine kreative und freundschaftliche Atmosphäre für wissenschaftliche Arbeit garantieren, und, was nicht ganz ohne Bedeutung ist, die Möglichkeit zur Publikation ohne aufwendige eigene Mittel. Es versteht sich von selbst, daß der Verein sehr daran interessiert ist, daß wissenschaftliche Vorhaben auch in der Zukunft weiter verfolgt werden. Dazu ist es unerläßlich, daß jüngere Kräfte sich ihrer annehmen.

Das breite fachliche Spektrum der Mitgliedschaft – Historiker, Philosophen, Soziologen, Ökonomen, Rechtswissenschaftler, Literaturwissenschaftler, Volkskundler usw. – gibt auch die Möglichkeit, anderen mit Referenten oder Beratern behilflich zu sein.

Kontaktadressen:

Gesellschaftswissenschaftliches Forum e.V., c/o Prof. Dr. Helmut Meier, Niederwallstr. 12, 10117 Berlin, Tel./Fax.: (030) 2081284; Dr. Hanna Behrend, Kniprodestr. 91, 10407 Berlin, Tel.: (030) 4233079, Fax.: (030) 4235131;

Prof. Dr. Gerhard Fischer, Landsberher Allee 275, 13055 Berlin, Tel.: (030) 9751159;

Dr. Ulla Plener, Berolinastr. 12, 10178 Berlin, Tel.: (030) 2410708

1 Vgl. hierzu: Laitko, Hubert: Ostdeutsche Wissenschaft im siebenten Jahr der Einheit. In: ICARUS. Zeitschrift für soziale Theorie und Menschenrechte. Neuntes Heft, Dritter Jahrgang 1997 / 3, S. 3 ff.

2 Bisher erschiene Bände:

1. Bollinger, Stefan: Dritter Weg zwischen den Blöcken ? – Prager Frühling 1968: Hoffnung ohne Chance. Historische Untersuchung mit einem Anhang von 13 bisher nicht veröffentlichten Dokumenten zur Stellung der SED-Führung zu den Reformen des Prager Frühlings und seiner Niederschlagung. Berlin 1995.
 2. Plener, Ulla: Kurt Schumacher in der „Schwäbischen Tagwacht“ über Demokratie und Kommunisten. Aufsätze und Redeberichte (1926-1933). Ausgewählt und kommentiert von Ulla Plener zu seinem 100. Geburtstag am 13. Oktober 1995. Berlin 1995.
 3. Czerny, Jochen: Restbourgeoisie und Staatskapitalismus in der DDR. Mit einem Nachwort von Jörg Roesler. Berlin 1996.
 4. Glaser, Günther / Knoll, Werner: Landesverteidigung und/oder Militarisierung der Gesellschaft der DDR ?- Protokoll eines Kolloquiums am 22. Februar 1995 in Potsdam. Berlin 1996.
 5. Küttler, Wolfgang / Meier, Helmut (Hrsg.): Gibt es erledigte Fragen an die Geschichte ? – Beiträge eines wissenschaftlichen Kolloquiums aus Anlaß des 65. Geburtstages von Walter Schmidt. Berlin 1996.
 6. Mechtel, Dieter / Schröter, Ulrich (Hrsg.): Beiträge zum Thema Staatssicherheit und Kirche. Zusammenfassung einer Diskussion, die zwischen 1990 und 1995 in der Zeitschrift „Zwie-Gespräch“ geführt wurde – mit einem erweiterten Dokumentenanhang. Berlin 1997.
 7. Nehrig, Christel: Sozialhistorische Untersuchungen zur Lage von Neu- und Altbauern im Kreis Prenzlau 1945 – 1952. Berlin 1996.
 8. Mechtel, Dieter / Schröter, Ulrich (Hrsg.): Beiträge zum Umgang mit der Staatssicherheit-Vergangenheit. Dokumentation einer Diskussion in der Zeitschrift „Zwie-Gespräch“ zwischen 1991 und 1995. Berlin 1996.
 9. Meier, Helmut / Weckesser, Erhard (Hrsg.): „Ost-Identität“ – konjunkturelle Erscheinung oder längerfristige Bewußtseinslage ? – Beiträge des dritten wissenschaftlichen Kolloquiums zum Thema „Zwischen Anschluß und Ankunft“ am 16. März 1996 in Potsdam. Berlin 1997.
 10. Glaser, Günther / Knoll, Werner (Hrsg.): Zur Sicherung der Seegrenze der DDR. – Protokoll der öffentlichen Anhörung der Alternativen Enquêtékommision „Deutsche Zeitgeschichte“ am 22. Januar 1994 in Rostock. Berlin 1997.
 11. Hans-Joachim Beth / Reinhard Brühl / Dieter Dreetz (Hrsg.): Forschungen zur Militärgeschichte. Probleme und Forschungsergebnisse des Militärgeschichtlichen Instituts der DDR. Berlin 1998.
 12. Meier, Helmut (Hrsg.): Osteuropa im Wandel. Zu Entwicklungen in Rußland und bei seinen Nachbarn. Beiträge eines Kolloquiums zum 70. Geburtstag von Ernst Laboor. Berlin 1998.
- 3 In dieser Reihe liegen folgende Bände vor:
1. Behrend, Hanna / Braun, Anneliese / Wagner, Hans: Emanzipation = menschliche Selbstveränderung. Berlin 1995.
 2. Krauss, Hartmut: Das umkämpfte Subjekt. Widerspruchsverarbeitung im „modernen“ Kapitalismus. Berlin 1996.
 3. Weber, Daniela: Verfolgung – Vertreibung – Überleben: Frauen in Weltfluchtbewegungen. Berlin 1996.
 4. Behrend, Hanna / Neubert-Köpsel, Isolde / Lieske, Stefan: Rückblick aus dem Jahr 2000 – Was haben Gesellschaftsutopien uns gebracht ? Berlin 1997.
 5. Kaufmann, Eva / Schröter, Ursula / Ulrich, Renate: »Als ganzer Mensch leben« – Lebensansprüche ostdeutscher Frauen. Berlin 1998.
 7. Möller, Carola / Bleibaum, Brigitte / Peters, Ulla / Steitz, Lilo / Wagnerová, Alena: Wirtschaft für das »gemeine Eigene«. Handbuch zum gemeinwesenorientierten Wirtschaften. Berlin 1998.
- 4 Diese Reihe besteht z.Zt. auf folgenden Bänden:
1. Plener, Ulla: Helmut Schinkel: Zwischen Vogelers Barkenhoff und Stalins Lager. Biographie eines Reformpädagogen (1902 – 1946). Berlin 1996.
 2. Hoffmann, Volker: Der Dienstälteste von Plötzensee. Das zerrissene Leben des Musikerziehers Alfred Schmidt-Sas (1895-1943). Berlin 1998.
 3. Triebel, Wolfgang: Gelobt und geschmäht. Wer war Otto Grotewohl ? Aufsätze und Interviews mit Zeitzeugen. Berlin 1998.

JÜRGEN HOFMANN

Forum der Historischen Kommission der SPD zum 150. Jahrestag der bürgerlich-demokratischen Revolution von 1848/49

Die Barrikadenkämpfe des 18. und 19. März 1848 in Berlin sind zweifelsohne ein Höhepunkt und Glanzlicht jener bürgerlich-demokratischen Revolution, die in ihrer deutschen wie europäischen Dimension bereits Konflikte signalisierte, welche über das hinauswiesen, was in der Mitte des 19. Jahrhunderts auf der Tagesordnung stand und eine Chance auf Verwirklichung hatte. Die Arbeiterbewegung hat sich deshalb im Gegensatz zum Bürgertum von Anbeginn zum Vermächtnis der Berliner Barrikadenkämpfer bekannt und die Ehrung der Märzgefallenen stets zur Demonstration politischen Selbstbewußtseins genutzt. Mit ihrem zweitägigen Forum am 20. und 21. März 1998 im Berliner Abgeordnetenhaus stellte sich die Historische Kommission beim Parteivorstand der SPD bewußt in diese Tradition. Doch das Forum wollte natürlich nicht nur eine Verbeugung an die Akteure vor 150 Jahren sein. Neben der Bekräftigung von Traditionslinien sollten vor allem die nicht nur für den Wahlkampf wichtigen Eckpfeiler gegenwärtigen und künftigen Gesellschaftsverständnisses in das Blickfeld gerückt werden. Schwerpunkte, Referenten und Veranstaltungsregie waren sorgfältig darauf abgestimmt. Die Historische Kommission hatte dazu viel wissenschaftliche und politische Prominenz gewonnen. Der Historiker Rüdiger Hachtmann, der zum Jubiläumjahr eine vielbeachtete Monographie zur Berliner Revolution vorgelegt hatte, fehlte leider im Aufgebot der Referenten.

Das Generalthema verband das Revolutionsjahr 1848 mit dem Wahljahr 1998 und orientierte auf »Tradition und Zukunft sozialer Demokratie in Deutschland«. *Bernd Faulenbach* (Bochum), der Vorsitzende der Historischen Kommission, bekräftigte, daß »die Beschäftigung mit 1848 und seinen Folgen« beitragen könne, »das Bild demokratischer Traditionen und unser Selbstverständnis zu klären« und zugleich helfe, »die Spezifika der derzeitigen Konstellation im Lichte der Geschichte zu erfassen«. Folgerichtig stand am Beginn der Beratungen ein Referat von *Johannes Rau* zum Platz von 1848 im Traditionsverständnis der deutschen Sozialdemokratie und am Abschluß der Auftritt des designierten Kanzlerkandidaten *Gerhard Schröder*.

Der nordrhein-westfälische Ministerpräsident und stellvertretende SPD-Vorsitzende scheute sich nicht, Karl Marx und Friedrich Engels sowie ihr »Manifest der Kommunistischen Partei« in die sozialdemokratische Tradition einzubinden. Ansonsten spielten die beiden exponierten Akteure, exzellenten Beobachter und anregen-

Jürgen Hofmann – Jg. 1943, Historiker, Berlin. Prof. Dr. sc. phil., Internationaler Wissenschaftlicher Beirat der ITH (Linz). Arbeitsgebiete: Revolutionsgeschichte 1848/49, nationale Frage, DDR- und SED-Geschichte, empirische Forschungen zur ostdeutschen Identität.

Insbesondere die Wurzeln der Sozialdemokratie sind in dieser Revolution zu suchen. Erinnert sei nicht nur an Marx und Engels, sondern auch an die Arbeiterverbrüderung des Stephan Born. Wesentliche Kontinuitäten von der Revolution zu der sozialdemokratischen Bewegung der sechziger Jahre lassen sich feststellen. Hinzu kommt, daß die Sozialdemokratie sich bald als Erbe der 48er Revolution sah, eines Erbes, das die liberale Bürgertum ausgeschlagen hatte. Tatsächlich wird man die Sozialdemokratie nicht nur als

den Analytiker des damaligen Geschehens während der zwei Tage eine eher beiläufige und meist gar keine Rolle. Für Rau ist das »Manifest« nach wie vor »ein Stück Weltliteratur«, zugleich aber auch »Schlüsseltext für die totalitären kommunistischen Parteien und ihre doktrinären Ideologien«. Ob diese politische Kampfschrift aus dem Jahre 1848 auf eine »Heilsgeschichte in der profanen Sprache der Nationalökonomie« reduziert werden kann, wäre im Kontext der Debatte um historische und aktuelle Aspekte der »Bürgergesellschaft« und dem Postulat, soziale Gerechtigkeit anzustreben, eine nähere Erörterung wert gewesen. Soviel kritisch-konstruktive Marxrezeption sollte wiederum nicht sein.

Nachdem Reinhard Rürup (Berlin) *Revolution und Volksbewegung 1848/49* in den Kontext der deutschen Geschichte des 19. Jahrhunderts eingeordnet und dabei vor allem Probleme der jüdischen Bürger akzentuiert hatte, wandte sich Klaus Tenfelde (Bochum) der sozialen Frage und der sozialen Bewegung zu. Tenfelde konzentrierte sich dabei besonders auf die Entstehungsgeschichte der Arbeiterbewegung und deren Entwicklung bis zur Reichsgründung. Die Herausbildung der deutschen Arbeiterbewegung wollte er in Anknüpfung an Hans-Ullrich Wehlers Begriffsbildung in eine »Doppelrevolution« eingebettet wissen. Mit der »Doppelrevolution« sei sowohl die 1848er Revolution als auch die industrielle Revolution im Blick. Die Revolution habe die Wahrnehmung der sozialen Differenzierungsprozesse »ungemein stark beschleunigt«. Zu den »eigenartigen Grundzügen« in der Frühgeschichte der deutschen Arbeiterbewegung gehöre, »daß die politische Formierung durchgängig der Herstellung sozialer Voraussetzungen voraussetze«. Überfällig sei eine Neubewertung der Bedeutung der Reichsgründung für die junge Arbeiterbewegung. Die vom Sozialistengesetz beförderte »Milieubildung« und deren »Funktion als Sozialisationsinstanz mit politischer Bindewirkung für die nächste Generation« bezeichnete Tenfelde als »fatal« und »unheilvoll«, da sie Integrationsprozessen entgegengewirkt habe. Ob die in diesem Zusammenhang erwähnte »ungespaltene Zivilgesellschaft« eine realistische Folie sein kann, bleibt dahingestellt. Zunächst erwies Tenfelde jedoch den Leistungen der DDR-Historiographie bei der Erforschung der frühen Arbeiterbewegung seine Referenz. Da solche Geste wissenschaftlicher Lauterkeit durchaus unüblich geworden ist, verdient sie besondere Erwähnung.

Eine Diskussionsrunde zum Versagen des deutschen Liberalismus vereinte *Helga Grebing, Reinhard Rürup, Klaus Tenfelde und Heinrich August Winkler* (Berlin) unter der Moderation von *Klaus Schönhoven* (Mannheim). Meinungsstreit kam in dieser Runde nicht auf. Befürworter der These vom Versagen des Liberalismus, die zum Standard marxistischer Geschichtsinterpretation gehörte, waren außen vor geblieben. Die Botschaft dieser Diskussionsrunde ist wohl am präzisesten von Helga Grebing formuliert worden. Sie vermochte in dem »Vorrang, den die deutschen Liberalen ihren ökonomischen Interessen vor der Einlösung ihres liberal-demokratischen Credos einräumten«, kein Versagen, sondern eher das Gegenteil zu sehen. Zugleich bedauerte sie, daß nach der Jahrhundertwende keine »politisch-kulturelle Symbiose zwischen Sozial-

emanzipationsbewegung des vierten Standes, sondern zugleich auch als Demokratiebewegung auffassen können.

Bernd Faulenbach

Aufs Ganze gesehen war es aber doch die demokratische Arbeiterbewegung, die sich den Ideen und den Idealen von 1848 am meisten verpflichtet fühlte, obwohl es eine bürgerliche Revolution war und obwohl in der Frankfurter Paulskirche kein einziger Arbeiter saß.

Wir dürfen ...nicht zulassen, daß Freiheit allein auf individuelle Entscheidungsfreiheit ohne soziale Verantwortung verkürzt wird. Wir müssen uns dagegen wehren, wenn unter Berufung auf vorgebliche ökonomische Sachzwänge Ungleichheit eingefordert wird, weil nur sie Flexibilität und Dynamik bringe. Johannes Rau

Viele Begleiterscheinungen jener Verfassungsentscheidung, die die Sozialdemokratie stark und schwach machte, wären unter integrativ evolutionär orientierten Ausgleichsprozessen in einer ungespaltenen Zivilgesellschaft unterblieben. Da wäre zum Beispiel die unheilvolle Milieubildung, die spätestens vom Sozialistengesetz eingeleitet wurde und als deren großartigen Ausdruck wir die Arbeiterkulturbewegung der Wilhelminischen Zeit nun wirklich lange genug gefeiert haben. Fatal an dieser Milieubildung war ihre übergenerationelle Wirksamkeit, ihre Funktion als Sozialisationsinstanz mit politischer Bindewirkung für die nächste Generation.

Klaus Tenfelde

Mit »Bürgergesellschaft« meine ich einen in den Diskursen des Aufklärungszeitalters entstandenen Entwurf zukünftiger Kultur, Gesellschaft und Politik, eine Vision, ein Projekt: Es zielt auf eine Gesellschaft mündiger, gleichberechtigter und freier Bürgerinnen und Bürger, die auf marktwirtschaftlicher Grundlage als Privatpersonen, in Familien und in der Öffentlichkeit, unter dem Schutz rechts- und verfassungsstaatlicher Institutionen, zunehmend demokratisiert, gebildet und vernünftig zusammenleben und ihr Zusammenleben ohne obrigkeitstaatliche Gängelung und ohne überflüssige Herrschaft und Ungleichheit, selbständig und gemeinsam organisieren.

Sehr lange und im Grunde bis heute klappt ein Spalt zwischen dem vollmundigen Anspruch des bürgergesellschaftlichen Programms und seiner begrenzten Realisierung, seinem Freiheits- und Gleichheitspathos einerseits, der real sehr ungleichen Verteilung seiner Früchte und Kosten andererseits.

Jürgen Kocka

Offenbar müssen wir mehr auf das Verhalten in den politischen Prozessen, auf den Stil der Politik achten. Vielleicht bietet dessen Veränderung mehr Chancen als neue Institutionen.

So müssen wir mindestens zwei Hindernisse angehen, um die Bürgergesellschaft im Dienste der sozialen Demokratie, eines freiheitlichen und solidarischen Zusammenlebens, zum Gelingen zu verhelfen: Wir müssen offen, ehrlich und versöhnlich die Brüche unserer

demokratie und Bildungsbürgertum« zustande kam, die der Weimarer Republik mehr gesellschaftliche Stabilität verschafft hätte.

Am zweiten Beratungstag dominierte das Stichwort der Bürgergesellschaft. *Jürgen Kocka* (Berlin) umriß den Beitrag der Sozialdemokratie zur Herausbildung der Bürgergesellschaft. Er referierte ausführlich die Reichstagsdebatte um das Militärstrafrecht am 18. März 1898, in der August Bebel eine entlarvende Diskussion zum Vermächtnis der Berliner Märzrevolution provoziert hatte, um das damalige Verhältnis der Sozialdemokratie zur unvollendeten Bürgergesellschaft zu problematisieren. Nach einem begriffsgeschichtlichen Exkurs definierte er sein eigenes Verständnis von »Bürgergesellschaft« als »Vision einer modernen, pluralistischen, säkularisierten Gesellschaft freier und selbständiger Individuen, die ihre Beziehungen untereinander friedlich und vernunftgeleitet regeln, ... ohne allzuviel soziale Ungleichheit und ohne obrigkeitstaatliche Gängelung«. Eine gewisse Distanz zum Parlamentarismus und damit zu einem zentralen Element des bürgergesellschaftlichen Programms habe sich in der Sozialdemokratie lange gehalten. Die Kritik der Arbeiterbewegung an den sozial beschränkten Möglichkeiten einer Teilhabe an der Bürgergesellschaft habe zu deren Verwirklichung beigetragen. Vor allem die Sozialdemokratie könne, anders als die Kommunisten, für sich entscheidende Beiträge im Kampf um die Realisierung der Bürgergesellschaft reklamieren. Auch die Ergänzung und Erweiterung des bürgergesellschaftlichen Programms gehe auf das Konto der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung.

Gesine Schwan (New York/Berlin) versuchte aus den unterschiedlichsten Traditionssträngen der Idee der Bürgergesellschaft politische Konsequenzen in heutiger Zeit abzuleiten und dafür Erfahrungen und Diskussionen in den USA zu mobilisieren. Für sie ist der Versuch, über Strukturveränderungen und Institutionen demokratische Teilhabe auszuweiten »gleichsam ausgereizt«. Einen Ausweg sieht sie in einem veränderten Politikstil, in einem »besseren Bürger« und in einer neuen Chance für die Familie unter deutlich zu verbessernden Rahmenbedingungen. Ihr schwebt eine Gesellschaft vor, »in der wir uns, auch im Verhältnis der Geschlechter zueinander, nicht gegenseitig austricksen oder attackieren, sondern ergänzen, in der wir Konflikte offen und zugleich mit Sinn für Verständigung austragen«. Die Logik solcher Visionen impliziert genau genommen eine gesellschaftliche Fundamentalkritik. Da in den anregenden Erörterungen zur Bedeutung zwischenmenschlicher Beziehungen für die politische Kultur einer Gesellschaft Reproduktions-, Eigentums- und Verteilungsverhältnisse konsequent ausgespart wurden, blieb eine wesentliche Seite des Dilemmas der praktizierten und angestrebten Bürgergesellschaft unausgesprochen. Neben den von Gesine Schwan benannten Hindernissen – den Umgang mit Brüchen unserer deutschen Biographien und den Erosionstendenzen der modernen Gesellschaft – dürfte die Kluft zwischen demokratischem und humanistischem Anspruch einerseits und der deformierenden Allmacht übergroßer ökonomischer Potentiale und ihrer Verwertungsinteressen andererseits zum eigentlichen werden.

Der zwischengeschaltete Beitrag von *Markus Meckel* über die Rolle der Bürgerrechte bei der Überwindung der Diktatur, selbstverständlich bezogen auf die DDR, vermochte sich nur bedingt in den von Jürgen Kocka und Gesine Schwan gespannten Rahmen einzufügen. Dies war insofern schade, als wohl kein anderes jüngeres Ereignis in Deutschland soviel Möglichkeiten der Teilhabe an demokratischen Entscheidungsprozessen durch eine hochgradig politisierte Bevölkerung in sich barg und eine so ausgeprägte politische Kultur der Gewaltlosigkeit und der Konsensuche demonstrierte wie die kurze Phase der DDR zwischen November 1989 und Währungsunion. Diesen Ereignissen und dieser Protestbewegung nachträglich die deutsche Einheit als eigentliche Sinngebung zu unterschieben, greift zu kurz. Dafür geriet der Bogen mit den abschließenden außenpolitischen Empfehlungen für den Umgang mit Diktaturen und ihren Repräsentanten wieder großzügig.

Als letzter Schwerpunkt komplex standen Zusammenhänge von nationaler Frage, Demokratie und Nationalismus seit 1848 in Deutschland zur Beratung. Heinrich August Winkler, den diese Thematik schon seit vielen Jahren umtreibt, spannte den Bogen von den Quellen und Anfängen deutscher Nationalbewegung, über ihren reaktionären und schließlich faschistischen Mißbrauch bis zur Situation des vereinigten Deutschland. Fast zweihundert Jahre waren dabei einzufangen. Angesichts bemessener Redezeit mußte das zur »tour de force« geraten, wie er selbstkritisch bemerkte. Dennoch war nicht zu überhören, daß hier ein Kenner der Materie den Mut zur notgedrungen lückenhaften Skizze aufbrachte. Winkler erinnerte an die Widersprüchlichkeit des frühen deutschen Nationalismus, der neben seinen antifranzösischen und nostalgischen Elementen auch manches antisemitische Vorurteil einschloß. Dennoch sei der deutsche Nationalismus im vorigen Jahrhundert eine vorwiegend liberale bis linke Ideologie mit deutlichem emanzipatorischen Akzent gewesen. Erst nach der Reichsgründung vollzog sich der Wandel zu einer rechten Ideologie. Die Vereinnahmung des Nationalgedanken durch konservative und reaktionäre Kreise wurde für linke und sozialistische Kräfte in Deutschland zu einer bis heute wirkenden Hemmschwelle, die den Umgang mit der nationalen Thematik immer wieder behindert bzw. für nicht opportun erscheinen läßt. Doch dieses Problem blieb bei Winkler leider ausgespart. Dafür verwies er auf die Bedeutung, die der deutsche Faschismus dem extremen Nationalismus für die Bekämpfung des Marxismus beimaß. An die Stelle der Erinnerung an eine erfolgreiche Revolution hätte für die Deutschen die Erinnerung an das »Dritte Reich« stabilisierend für die Demokratie gewirkt. Angesichts der Entfremdung von West- und Ostdeutschen müsse laut Winkler von einer Neubildung der Nation ausgegangen werden.

Das zweitägige Forum schloß mit einer Rede des designierten SPD-Kanzlerkandidaten *Gerhard Schröder*. Wie nicht anders zu erwarten, stand diese ganz im Zeichen des Wahlkampfes und der Probleme, die ein künftiges Kabinett Schröder anpacken wolle. Nachdem er das Erbe der demokratischen und liberalen Bewegung für die Sozialdemokratie reklamiert hatte, machte er die SPD als die »Neue Mitte Deutschlands« aus, die bei den anstehenden

deutschen Biographien zu heilen versuchen und wir müssen versuchen, den Erosionstendenzen der modernen Gesellschaft auf freizeithilfliche Weise Einhalt zu gebieten.
Gesine Schwan

Die deutsche Revolution von 1848/49 ist, darin stimmen die meisten Historiker überein, in letzter Instanz an einer historischen Überforderung des Liberalismus gescheitert.

Das wiedervereinigte Deutschland ist immer noch ein Land mit einer gespaltenen politischen Kultur und einer gespaltenen kollektiven Erinnerung.

Die Modernisierung und Demokratisierung der deutschen Vorstellung von Nation ist eine der großen Herausforderungen, vor die die werdende »Berliner Republik« gestellt ist – und wohl noch mehr als das, nämlich ein integrierender, normativer Bestandteil jener Neubildung der deutschen Nation, von der man angesichts der wechselseitigen Entfremdung von West- und Ostdeutschen in den vier Jahrzehnten staatlicher Teilung wohl sprechen muß.
Heinrich August Winkler

Bei diesem Modernisierungsprozeß setzt die SPD auf die Leistungsträger unserer Gesellschaft. ... Das sind Menschen, auf die wir bauen. Gemeinsam mit diesen Leistungsträgern unserer Gesellschaft bilden wir Sozialdemokraten die Neue Mitte Deutschlands.
Gerhard Schröder

Modernisierungen auf die Leistungsträger der Gesellschaft setze. Spätestens hier wurde klar, warum dem Thema der Bürgergesellschaft und der Rehabilitierung des Liberalismus ein so exponierter Platz im Veranstaltungsverlauf zugewiesen war.

Die gutbesuchte Veranstaltung der Historischen Kommission der SPD zur Revolution von 1848/49 präsentierte sich als ein Lehrstück des vielschichtigen Zusammenhanges von Geschichte und Politik, eines Dialoges, auf den wohl keine politische Partei verzichten kann und darf. Die Gretchenfrage bleibt dabei, inwieweit sich Geschichtswissenschaft als eigenständiger und ab und an auch als widerborstiger Part gegen politischen Pragmatismus und Vereinnahmung behaupten kann.

UTE MOHRMANN

Riten, Mythen und Symbole. Die Arbeiterbewegung zwischen Zivilreligion und Volkskultur

Diesem Thema war die »Internationale Tagung der Historikerinnen und Historiker der Arbeiterinnen- und Arbeiterbewegung« (ITH) vom 9.-13. September 1997 in Linz gewidmet. Die ITH ist eine regierungsunabhängige Organisation, die den Austausch von Fachleuten unterschiedlicher politischer und weltanschaulicher Richtungen sowie verschiedener Wissenschaftstraditionen und -erfahrungen bezweckt. Neben zahlreichen wissenschaftlichen Institutionen und Bildungsorganisationen beteiligen sich auch die Historischen Kommissionen der SPD und der PDS an den jährlich stattfindenden Tagungen.

Die 1997 durchgeführte 33. Linzer Konferenz beschäftigte sich mit der Vielfalt von Riten und Symbolen, in denen sich die Arbeiterbewegung im Zeitraum von der Französischen Revolution bis heute dargestellt und mittels derer sie ein eigenes Bezugs- und Interpretationssystem der sozialen Welt hergestellt hat. Die integrierende Fragestellung bezog sich auf die Stellung der Arbeiterbewegung zwischen Zivilreligion und Volkskultur. Damit war nach den Bezügen und Übereinstimmungen zwischen religiösen Ausdrucksformen und der rituellen wie symbolischen Praxis der Arbeiterbewegung, nach dem Transfer des Sakralen vom religiösen in den profanen Bereich, gefragt.

Im einführenden Referat umriß der Wiener Historiker *Berthold Unfried* das Motto der Konferenz. Er charakterisierte »religion civile« mit Verweis auf die Begriffe »säkulare« oder »politische« Religion als eine Potentialität aller modernen politischen Massenbewegungen und Herrschaftsformen, darunter auch der »totalitären« Regime als extremste Versionen, in einer säkularisierten Welt. Durch Inanspruchnahme von Formen und Inhalten des Religiösen sei die Arbeiterbewegung den Bedürfnissen nach Sinnstiftung und kollektiver Identität – in einer von der Aufklärung und vom Modernisierungsprozeß entzauberten Welt – durch Wiederverzauberung (Max Weber) entgegengekommen. Vielfach, und das gelte besonders für außereuropäische Kulturen, leistete die Arbeiterbewegung diese Sinnstiftung durch Rezeption von Elementen der »Volkskultur«, deren Verständnis sich hier auf die Formen des Religiösen beschränkte. Das Anliegen der Tagung sei geleitet von einer eher pragmatischen, also keiner ideologiekritischen, Auffassung des Konzepts von »säkularer«, »politischer« oder »ziviler« Religion als ein heuristisches Modell »in progress«.

Nicht alle Referate und Diskussionsbeiträge folgten diesem

Anliegen. Die Themen waren zudem chronologisch wie inhaltlich weit gespannt. Dem Beitrag von *Philippe Burrin* (Schweiz) kam besondere Bedeutung zu, da er präzise in die Begrifflichkeit »Religion civile, religion politique, religion seculiere« und deren nicht widerspruchsfreie Genesis von der Aufklärung und Französischen Revolution über die dreißiger Jahre unseres Jahrhunderts bis zur Gegenwart einführte. Er verwies auf die Homologie zwischen Politik und Religion und wertete die Erforschung religiöser Elemente in der Arbeiterbewegung als einen Zugangsweg, neue Dimensionen in der Geschichte bestimmter politischer Familien unter Berücksichtigung kontextueller Bedingungen zu erkennen. Seine theoretischen Erörterungen konnten untersetzt werden u.a. von *Maurice Agulhon* (Frankreich), der als ausgewiesener Repräsentant der historischen Symbolforschung gilt, allerdings an der Konferenzteilnahme verhindert war. Sein eingereichtes Referat untersucht, wie sich die französische Arbeiterbewegung des 19. Jahrhunderts in den Formen der »Zivilreligion« des Republikanismus entwickelte bzw. wie sie sich davon abgrenzte und eigene Formen erfand. Über »Die frühe deutsche Sozialdemokratie 1863 bis 1890 als Religion: Zur Problematik eines revalidierten Konzepts« sprach *Sebastian Prüfer* (Deutschland). Nach Ausführungen zur christlichen Begründung des Sozialismus, zur religiösen Sprache, zu »Glaubensinhalten«(Ideologie) und Ritualen in der frühen Sozialdemokratie hob er die Strukturdifferenzen zwischen der eher locker gefügten Arbeiterorganisation gegenüber der Kirche als geschlossenes institutionelles Modell hervor, so daß für diese Frühzeit nicht ernsthaft von einer kirchenähnlichen Partei gesprochen werden könne. Die Argumentation schloß ein, daß dazu im Gegensatz die stalinistischen Folgemodelle stärker der Denkfigur von Partei als »säkularer Religion« entsprächen. Den im Tagungsprogramm ausgewiesenen Themenkomplex »Stalinismus als politische Religion: Parteirituale des Stalinismus« bediente neben einigen Diskussionsanmerkungen lediglich *Nicolas Werth* (Frankreich) mit der Fallstudie »A la recherche du >vrai< proletaire: identite et origine de classe, stratification sociale et rites de passage dans l'URSS des annees 1920 et 1930«. Einen Bezug zur zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts, zur Frühphase der Industrialisierung in Südkorea, stellte das vielbeachtete Referat »Arbeiterinnenbewegung und Religiosität in Südkorea in den siebziger Jahren« von *Hyun Back Chung* (Südkorea) her.

In zahlreichen Beiträgen, u.a. von *Andrzej Chalba* (Polen), *Christine Collette* (Großbritannien), *Hector Cordone* (Argentinien), *Axel Körner* (Belgien), *Ute Mohrmann* (Deutschland), *Anuradha Roy* (Indien), *Daniela Tartakowsky* (Frankreich) und *Paule Verbruggen* (Belgien), wurde die Arbeiterbewegungskultur, einschließlich die »Arbeiterfolklore« nach ihren religiösen Anleihen und Alternativen befragt. Einen besonderen thematischen Schwerpunkt bildeten die Funerärriten in der Arbeiterbewegung. Als eine grundsätzlich diesseitige Bewegung standen die Arbeiterorganisationen vor dem Problem der Sinnstiftung des Todes und der rituellen Ausgestaltung des individuellen wie politisch repräsentativen Begräbnisses. Vor allem *Paul Pasteur* (Frankreich), *Dino*

Mengozzi (Italien) sowie *Joachim Hoffmann/Jürgen Hofmann* (Deutschland) regten mit ihren Beiträgen dazu eine interessante Diskussion an.

Tagungsreferate und -diskussionen lassen als Fazit gelten, daß die thematisierte Fragestellung eine Dimension einnimmt, die bisher meist unterschätzt worden ist und größerer Beachtung bedarf. Gewarnt wurde zu Recht vor reinen Formenvergleichen und Problemen des Kulturalismus, dem Ausblenden historischer, insbesondere sozialer Kontexte und dem Versuch, von einem begrenzten Kanon kultureller Elemente auf das Kultur- oder politische System in einem weiteren Sinne schließen zu wollen. Vielmehr gelte es, die Arbeiterbewegungen vor allem in den historischen Rationalisierungs- und Säkularisierungsprozeß einzuordnen und ein Problembewußtsein für eine »Global History«, die Ent-Europäisierung auch der Geschichte der Arbeiterbewegungen, zu entwickeln.

WOLFGANG SABATH

Festplatte.

Die Wochen im Rückstau

Wenn mich mein Gespür nicht täuscht – was es selbstverständlich leider allzuoft tut –, könnte der Christlich Demokratischen Union (umgangssprachlich: CDU) noch vor den Bundestagswahlen ein erneuter personeller Zugang aus dem Kreis einstiger DDR-Bürgerrechtler ins Haus stehen: Dem derzeitigen Grünen-Abgeordneten Poppe, dem es nicht gelang, für diese bevorstehenden Wahlen in Berlin auf einen aussichtsreichen Listenplatz zu kommen, wird nach der Wahl eigentlich gar nichts anderes übrig bleiben, als in die Niederungen üblichen Broterwerbs hinabzusteigen – oder es eben 'mal bei der CDU zu versuchen. Jedenfalls deutet sein pressewirksames Auftreten bei den jüngsten Trittin-Festspielen im Parlament, als dessen Rede bei einer Rekrutenvereidigung debattiert worden war, darauf hin. Allerdings könnte ihn das Schicksal der Berlinerin Barbe, die von der SPD zur CDU konvertierte, aber dort im Wahlkreis Berlin-Lichtenberg, wie sie die »Berliner Zeitung« informierte, zum Beispiel wegen der Bockigkeit alter CDU-Kader absolut nicht zu Potte kommt, ihn noch von einem Trogwechsel abhalten. Dazu muß allerdings angemerkt werden, daß die allseitig entwickelte Unfähigkeit der Kandidatin Barbe einsame Spitze ist. Die erreicht der Abgeordnete Poppe nicht. Da wir schon einmal beim Parlament sind: Der Bonner Korrespondent des »Neuen Deutschland« teilte anlässlich der Kosovo-Debatte mit, ein (1) Abgeordneter der PDS-Gruppe habe bei der Abstimmung über den Bundeswehreinsatz auf dem Balkan mit ja gestimmt. Leider vergaß der Kollege, Roß und Reiter zu nennen. Das Bild ist insofern etwas schief, als wir das Roß ja kennen, es heißt PDS. Vielleicht sucht der Reiter ein neues. Oder er will absteigen. Möglich ist alles.

Kommen wir zum Telewischen. In Zeiten größter Sparsamkeit flog das schönste Gesicht der CDU, Sabine Christiansen, mit einem Stab von 28 Mitarbeitern nach Mallorca und ließ dort just am Tag der Sommersonnenwende debattieren, warum Leute aus Deutschland auswandern. Eingeladen war dazu auch ihr Bruder im Geiste, der ZDF-Moderator Hauser von *Hauser & Kienzle*. Der nun bereicherte das Gespräch unter anderem mit der Klage, daß in Deutschland eine Art Neidgesellschaft entstanden sei. Es wurde ihm ziemlich allseits und heftig zugestimmt und befunden, daß es so etwas zum Beispiel in Amerika nicht gäbe. Dort würde sich niemand aufregen, wenn beispielsweise ein Baseballstar 40 Millionen im Jahr verdiene. Wenn wir die Klagen der Besser- und Bestverdienenden über die deutsche Neidgesellschaft näher ansehen, kommen wir un schwer zu dem Schluß, daß Deutschland vielleicht doch irgendwie sozialistisch versifft sein muß. Das läßt ja doch hoffen.

Noch eine Bemerkung zu den Auswüchsen der Neidgesellschaft: Bei der Berliner Demonstration am 20. Juni »Aufstehen für eine andere Republik« fiel einer Zeitung ein Grüppchen renitenter Christen auf. Die moserten mit einem Plakat gegen die hohe Entlohnung von Bischöfen an. Wollen wir es so formulieren: Man muß als Bischof schon sehr stark nicht nur an Gott, sondern auch an sich glauben, um sich ruhigen Gewissens Monat um Monat über 16 000 Mark überweisen zu lassen. Daß es der Staat ist, der die Bischöfe finanziert, ist dann schon wieder eine neue Frage...

Themenwechsel. Im »Blättchen« Nummer 12 räsonierte Paul Oswald etwas mystisch (weil ohne Namen + Adresse) über jene seiner Berufskollegen, die sich erst zu Publizisten ernennen lassen, um dann früher oder später Schriftsteller genannt zu werden – obwohl sie, so die harsche Unterstellung Oswalds, nicht der korrekten Formulierung auch nur eines Satzes fähig seien. Sei es wie es sei: Das »Neue Deutschland« hat zu diesem berufsinternen Querlthema eine schöne Arabeske nachgeliefert: Die Zeitung beschäftigt für ihrem Kulturteil des öfteren einen einstigen Liedertexttexter. Dessen Personalie – neulich einem Artikel beige stellt – liest sich in der ND-Fassung folgendermaßen:

Jürgen Eger ist Publizist und arbeitet als freiberuflicher Journalist in Berlin. Jetzt könnte es nur noch eine Frage der Zeit sein, bis der als Journalist arbeitende Publizist zum Schriftsteller mutiert ist; dazu bräuchte er vielleicht nur seine gesammelten Liedtexte als Buch herauszugeben. Übrigens erinnert mich der Vorgang auch an einen, der mich vor Zeiten 'mal am Schwarzen Brett im Hause der Zeitung »Junge Welt« irritiert hatte: Dort war eines Tages die Einladung zu einem Zirkel *Schreibender Redakteure* zu lesen gewesen.

Tatjana Eggeling, Wim van Meurs,
Holm Sundhausen (Hrsg.):
Umbruch zur »Moderne«? Studien
zur Politik und Kultur in der
osteuropäischen Transformation,
Gesellschaften und Staaten im
Epochenwandel Bd. 5,
Peter Lang Europäischer Verlag der
Wissenschaften Frankfurt/M. 1997,
237 S. (59,00 DM)

Die im vorliegenden Sammelband veröffentlichten Beiträge, die aus einer Tagung des Graduiertenkollegs »Die Umgestaltungsprozesse der gesellschaftlichen Systeme in Ost- und Südosteuropa« an der Freien Universität Berlin im Februar 1996 hervorgegangen sind, stützen insgesamt die Wahrnehmung, daß in der Transformationsforschung zunehmend Einsichten das Terrain erobern, die jenseits der anfänglichen Gewißheiten von Neo-Totalitarismustheorie und neoklassischen Schocktherapieentwürfen anzusiedeln sind. Wie Geschichte überhaupt haben sich auch die Transformationsverläufe im europäischen Osten als weitgehend unplanbar und als nur bedingt politisch gestaltbar erwiesen. Wenn »zum ersten Mal in diesem Jahrhundert ... eine Modernisierung unter den Bedingungen offener Weltmarktkonkurrenz gelingen« (Müller: S. 55) und wissenschaftlich gehaltvoll analysiert werden soll, müssen nicht die spezifisch geprägten – vor allem weltmarktförmigen – internationalen Rahmenbedingungen der Transformation, sondern auch die politischen, sozialen und kulturellen Ausgangsbedingungen dieses Prozesses in Rechnung gestellt werden. Theoriebildung muß hier mit dem gravierenden Handikap leben, daß sie nur »auf Augenhöhe der osteuropäischen Transformationen« (Müller: S. 55) stattfinden kann.

Den infolge der Implosion des staatssozialistischen Gesellschaftssystems in Mittel- und Osteuropa einsetzenden Transformationen mißt Klaus Müller in seinem Beitrag zur »Osteuropaforschung zwischen Neo-Totalitarismus und soziologischer Theorie« beachtlichen Stellenwert bei. »Ihren globalen Auswirkungen nach reichen die postkommunistischen Transformationen an jene Welle von

Nachkriegsmodernisierungen heran, in deren begleitender Analyse die Theorie der internationalen Beziehungen, die vergleichende Politikwissenschaft, die neoklassische Wachstumstheorie und die soziologische Theorie des institutionellen Wandels ihren Aufschwung nahmen« (Müller: S. 13). Ähnliche theoretische »Neuerungen« und »Weiterungen« lassen sich im Zusammenhang mit der wissenschaftlichen Analyse der Umbrüche im Osten Europas bisher allerdings kaum feststellen. Während den kritischen Sozialwissenschaften Prognoseversagen vorgehalten wird, okkupieren inzwischen neoklassisch inspirierte Reformkonzepte und wiederbelebte Spielarten der Totalitarismustheorie in verhängnisvoller Allianz das Feld, das eigentlich von einer sozialwissenschaftlichen Transformationstheorie zu besetzen wäre. Wenn die Revolution von 1917 in Rußland nichts anderes war als der Staatsstreich einer kriminellen Elite mit nachfolgender Errichtung eines totalitären, im Bereich der Ökonomie chronisch ineffektiven Gesellschaftssystems, dann hat sich mit dem Zusammenbruch im Osten nichts anderes ereignet, als die Delegitimierung einer politischen Clique und die ohnehin zwangsläufige Durchsetzung universeller Marktrationalität. Für die politische Sphäre gipfelt demnach die Reform in einer radikalen »Debolschewisierung« und ökonomisch sind »für die osteuropäischen Transformationen ... schlicht die in aller Welt zur Anwendung gebrachten Strukturanpassungsprogramme, ordnungspolitisch flankiert durch den Transfer eigentumsrechtlicher und rechtsstaatlicher Institutionen (zuständig). Für eine eigenständige soziologische Theorie der Transformation besteht kein Bedarf« (Müller: S. 17). Die Neo-Totalitarismustheorie und die Option für eine Schocktherapie sind daher nur zwei Seiten einer Medaille. Die damit verbundenen, eher bornierten Erwartungen von einer raschen Modernisierung der mittel- und osteuropäischen Gesellschaften durch einen »Elitenwechsel« und »harte« Marktzwänge haben sich allerdings als Illusion erwiesen (vgl. Müller: S. 51). An Stelle wirklichkeitsfremder Universaltheorien plädiert K. Müller schließlich für theoretische Ansätze »mittlerer Reichweite«, die sich dezidiert den klassischen soziologischen Problemstellungen in

ihrer Raum- und Zeitgebundenheit zuwenden.

Eine ähnlich geweitete, über die allgemein vorherrschende bloße Beobachtung von östlichen Transformationen hinausweisende Perspektive eröffnet auch der Beitrag von *Helmut Wiesenthal* zur »Transformationssteuerung als politisches Projekt«. Wiesenthal sieht in den Prozessen des Systemwechsels in Mittel- und Osteuropa ein »politisch-soziologisches Experiment von unschätzbarem Wert« (Wiesenthal: S. 213), das insbesondere durch eine Analyse der »Mesoebene sozialer Phänomene« (Wiesenthal: S. 211) – Parteien, Verbände, Staatsadministration, Unternehmen – Aussagen dazu liefern kann, wie die gravierenden politischen Steuerungsprobleme in Marktwirtschaften überhaupt in den Griff zu bekommen sind. Dabei geht es keineswegs nur um den Übergang vom Staatssozialismus sozietischen Typs zu Demokratie und Markt, sondern um »die Anpassung sozialer, ökonomischer und politischer Institutionen an veränderte Randbedingungen, z.B. aufgrund der Globalisierung ökonomischer Entscheidungshorizonte oder der Gefährdung der natürlichen Lebensgrundlagen« (Wiesenthal: S. 212) überhaupt. Diesbezüglich stehen auch die konsolidierten Demokratien des Westens erkennbar vor schier unüberwindlichen Schwierigkeiten – von besserem Steuerungs- und höheren Steuerungskapazitäten kann jedenfalls keine Rede sein.

Aus den Abläufen im europäischen Osten lassen sich nun nach Wiesenthal vor allem zwei Überlegungen ableiten: Erstens wäre radikalen Reformansätzen der Vorzug vor gradualistischen Strategien zu geben. Die »Logik des Radikalismus« beruht demnach vor allem darauf, daß schnell ein relativ hoher Grad an Irreversibilität der Reformen verbunden mit einer »Selbstbindung« der Reformbefürworter erreicht würde, so daß die Herausbildung von »volkswirtschaftlich ineffizienten Zwischenstadien mit starker Beharrungstendenz« (Wiesenthal: S. 223) vermieden werden könnte. Wie allerdings auf diesem »hochgradig irreversiblen« Weg gravierende Fehlentwicklungen verhindert bzw. korrigiert werden könnten, wenn sich herausstellt, daß die gewählten radikalen Reformstrategien auf illusionären Hoffnungen und quasi-fundamentalistischen Glaubenssätzen statt auf soliden Er-

kenntnissen beruhen – diese Frage kümmert den Autor offensichtlich nicht. Zweitens plädiert er – und dies setzt ebenfalls ein gerüttelt Maß an vorausseilender Einsicht in die Gesetzmäßigkeiten historisch präzedenzloser Transformationen voraus – für eine »präventive Institutionengründung« (Wiesenthal: S. 225). Noch bevor der im Zuge des Umbruchprozesses anwachsende Problemdruck dazu zwingt, wären rechtzeitig und in relativer »Ruhe« (ohne aufwendige politische Verhandlungsprozesse unter den Interessengruppen, also mit niedrigen Transaktionskosten) jene institutionellen Arrangements herzustellen, die die mit Sicherheit auftretenden Funktionsprobleme und -konflikte der neuen Ordnung klein arbeiten sollen. Das »Dilemma der Gleichzeitigkeit« (Offe) entsteht nämlich nach Wiesenthal nur, wenn die Transformation dem Selbstlauf überlassen wird und auf sich rasch zuspitzende komplexe Problemlagen (verspätet) reagiert werden muß. Während die zur wenigstens leidlichen Abfederung der Funktionsdefizite von Marktwirtschaften notwendigen Institutionen (Arbeitslosenversicherung, Sozialhilfe u.a.) inzwischen als weltweit bekannt vorausgesetzt werden können, bliebe nur noch zu klären, welches die für den Übergang zu einer zukunftsfähigen Wirtschaftsordnung präventiv zu gründenden Institutionen sein könnten und wer das herauszufinden hätte – das »Zukunftsministerium« in Bonn hat sich in dieser Hinsicht jedenfalls bisher als ziemlich impotent erwiesen.

Die weiteren neun Beiträge des Bandes lassen sich grob in Untersuchungen zur Akteurs-ebene und in Analysen des historischen Kontextes der Transformation einteilen.

Aus sozialanthropologischem Blickwinkel interpretiert *Peter Niedermüller* den Systemwechsel als »Produkt jener dialogischen interaktiven und intersubjektiven Vorgänge..., innerhalb derer die gesellschaftlichen Subjekte, die sozialen Gruppen über die Regeln und Gegenstände der Transformation miteinander verhandeln«, wobei »die Ergebnisse und Prozesse der osteuropäischen Transformation immer nur durch einen kulturellen Filter, durch den Filter der eigenen Kultur sichtbar (werden)« (Niedermüller: S. 70). Allerdings ist in Anbetracht der großen Unsicherheit und Unübersichtlichkeit der wirtschaftlichen, politi-

schen und sozialen Gemengelagen in den Transformationsgesellschaften noch keineswegs klar, worin die Ergebnisse des Umbruchs tatsächlich bestehen werden. Auch *Krisztina Mánicke-Gyöngyösi* kann, selbst nachdem sie eine Fülle von wissenschaftlichen Ansätzen referiert hat, relativ wenig dazu aussagen, wohin das Nebeneinander von »öffentlich verhandelten und versteckt praktizierten Transformationsakten« (Mánicke-Gyöngyösi: S. 177) schließlich führen wird und ob die von ihr konstatierten Besonderheiten des osteuropäischen Kapitalismus, insbesondere die Reproduktion spezifischer »sozialer Kontaktnetze« (Mánicke-Gyöngyösi: S. 171) und die »Doppellung vom Typ Hauswirtschaft und Marktwirtschaft« (Mánicke-Gyöngyösi: S. 179), letztlich einer gesellschaftlichen Modernisierung entgegenstehen werden oder nicht.

Daß marktradikale Transformationskonzepte nicht im Selbstlauf zur Modernisierung gesellschaftlicher Strukturen, sondern sehr wohl z. B. auch zur »Archaisierung des Agrarsektors« (Giordano/Kostova: S. 126) führen können, zeigen *Christina Giordano* und *Dobrinka Kostova* am Beispiel der »Reprivatisierung ohne Bauern in der bulgarischen Landwirtschaft«. Während die Wiederherstellung der alten Eigentumsverhältnisse faktisch die Rückkehr zum hochgradig parzellierten Kleineigentum an landwirtschaftlichen Flächen von inzwischen in der Stadt lebenden »kleinen absentistischen Rentenkapitalisten« zur Folge hat, bildet sich auf dem Land eine kleine Gruppe von Großpächtern heraus, die sich aufgrund der extrem kurzen Pachtzeiträume als »Raub- und Beutekapitalisten« (Giordano/Kostova: S. 128) gebärden. Letztere müssen sich mittlerweile allerdings dem Vordringen von städtischen Neu-Unternehmern erwehren, die mit mafiosen Druckmitteln versuchen, den Markt für Agrarprodukte unter ihre Kontrolle zu bringen.

Drei Beiträge zur Rolle regionaler Eliten als mögliche Modernisierungsträger (von *Jörn Grävingsholt*), zu regionalen sozialpolitischen Innovationen vor dem Hintergrund des »sozialpolitischen Versagens der russischen Regierung« (Kempe: S. 206) (von *Iris Kempe*) und zu den Handlungsspielräumen von Frauen in der von Re-Islamisierungstendenzen ge-

prägten Transformation in Uzbekistan (von *Brigitte Heuer*) runden die akteursbezogene Perspektive ab.

Wenn es darum geht, aktuelle Handlungsmuster von Individuen im Prozeß des Systemwechsels zu verstehen, ist die diesen Verhaltensweisen zugrunde liegende Geschichtsinterpretation – die nicht selten sowohl Legitimationszusammenhänge als auch strategische Orientierungen bereitstellen soll – von einiger Bedeutung. *Isabelle de Kéghel* versucht sich diesem zweifellos schwierig zu analysierenden Problemfeld zunächst unter dem Motto »Aus der Geschichte lernen? Rußland auf der Suche nach seiner demokratischen Vergangenheit« zu nähern, indem sie den möglicherweise in den historischen Abläufen zwischen Februar- und Oktoberrevolution 1917 verborgenen demokratischen Traditionen Rußlands auf die Spur zu kommen trachtet. Als ausgesprochen lesenswert erweist sich zudem das auch stilistisch brillante Essay von *Barbara Schweizerhof* zur Darstellung sowjetischer Vergangenheit in postsowjetischen Filmen. Den zweifellos gehaltvollsten Aufsatz zum Thema »Umgang mit der Geschichte« steuert *Wim P. van Meurs* mit seinen Überlegungen zum Versuch, über eine Rückkehr zur prä-sozialistischen Geschichte in eine post-sozialistische Zukunft zu gelangen, bei. Für ihn erweist sich das desperate Ansinnen, die realsozialistische Vergangenheit zu verdrängen und auf ein Modell der Nachahmung des westlichen Weges von Nationalismus und Demokratisierung zu setzen, am Ende des 20. Jahrhunderts als hehre Illusion. Was dabei heraus kommt, ist bestenfalls die »Nachahmung der westlichen politischen Kultur und Institutionen ohne die entsprechende soziale Basis« sowie die Errichtung von »westlich anmutenden institutionellen Fassaden« (van Meurs: S. 99). In Anknüpfung an Claus Offes Metapher vom »Tunnel am Ende des Lichts« kommt van Meurs schließlich zu der für die Transformationsverläufe im europäischen Osten insgesamt ausgesprochen treffenden Feststellung: »Im Dunkeln hinter der Tunnelöffnung verbirgt sich ein Labyrinth an möglichen Wegen und Pfaden in die Zukunft. Und da es keinen Weg zurück in die Geschichte gibt, ist die einzige Sicherheit, die man im Labyrinth der Transformation noch

hat, daß man es nicht wieder durch den Tunnelleingang verlassen kann, sondern vorwärts gehen muß, auch wenn man nicht weiß, wohin einen der Tunnel schließlich führen wird!« (van Meurs: S. 104).

ARNDT HOPFMANN

**Stefan Plaggenborg (Hrsg.):
Stalinismus.
Neue Forschungen und Konzepte,
Verlag A. Spitz Berlin 1998,
452 S. (98 DM)**

Die von Stefan Plaggenborg im Vorwort des Sammelbandes geäußerte Befürchtung, daß die Stalinismusforschung in Deutschland gänzlich zum Erliegen kommen könnte, hat sich nicht bestätigt. Nicht nur mit Blick auf die in den letzten zwei Jahren durchgeführten Symposien, Konferenzen und Publikationen über Stalinismus und Terror und die Grenzen und Möglichkeiten des Vergleichs zwischen Nationalsozialismus und Stalinismus ist dem in Jena ansässigen Wissenschaftler zuzustimmen, »daß hier und da und unverbunden wieder geforscht wurde.« Warum man kaum voneinander wußte oder sich nicht zur Kenntnis nahm, ist ein anderes Thema. Heute – und das ist die Hauptsache – sind die Forschungsinselfen sichtbar. Auf einigen gibt es bereits Signalfeuer oder Leuchttürme in Gestalt umfangreicher Publikationen. Ob aus ihnen, seit Juni 1996 gehört die in Jena etablierte Arbeitsgruppe Stalinismus dazu, auch Anziehungspunkte für jene werden können, die noch orientierungslos auf dem derzeit nur leicht bewegten Meer der sowjetischen Geschichte im zwanzigsten Jahrhundert umherirren, wird sich zeigen. Eine Probe des Stehvermögens und der Anziehungskraft wird diesen Inseln in Anbetracht der publizistischen Flut vor und nach Erscheinen der deutschen Ausgabe des »Schwarzbuchs des Kommunismus« abverlangt. Noch werden diese Inseln von den Journalisten weitgehend ignoriert, die Wogen gehen nicht über sie hinweg, die Strömung zieht die Boote mit den Journalisten an ihnen vorbei.

Ein Leitmotiv der Beiträge Plaggenborgs im Band über die wichtigsten Herangehensweisen der westlichen Forschung an den Sta-

linismus, den Stalinismus als Gewaltgeschichte und die Perspektiven der Stalinismusforschung ist der Wunsch, die nach der Öffnung der Moskauer Archive in Ost und West in den Hintergrund gerückte Methoden-, Theorie- und Konzeptdebatte wieder zu beleben. Plaggenborg plädiert im anregenden und lesenswerten, den Band einleitenden Beitrag dafür, sie jenseits der Totalitarismustheorie und der von den »Revisionisten« vorgestellten Konstrukte auf dem Gebiet der Sozialgeschichte zu führen. »Jeder ›Sozialhistoriker‹ sollte sein theoretisches Standbein zeigen, bevor er das empirische Tanzbein schwingt«, spitzt Plaggenborg zu und fordert – mit Blick auf die »völlig theorie- und konzeptionslos und nur noch materialfixierte Forschung« Theorien und Konzepte ein. »Was es in der Stalinismusforschung überhaupt nicht gibt, ist eine handlungstheoretisch geleitete Forschung.«

»In den letzten Jahren veröffentlichte und aufgearbeitete Archivmaterialien bringen Klarheit«, hebt der Herausgeber ausgerechnet mit Blick auf die heute in Rußland von unterschiedlichen politischen Kräften mehr denn je instrumentalisierten Opferzahlen hervor. Alle in Rußland und im Ausland Forschenden wissen um die manipulierte Statistik der Volkszählung von 1937. In der UdSSR lebten im Dezember 1926 147 Millionen Menschen. 1934 verkündete Stalin von der Tribüne des 17. Parteitages der KPdSU(B), daß die Bevölkerung auf 168 Millionen angewachsen sei. Diese »Zuwachsrate«, aufgeschlüsselt auf Stadt- und Landbevölkerung wurde den Berechnungen von 1937 als verbindlich zugrunde gelegt. 180 Millionen als Richtwert. Natürlich lieferte auch das NKWD statistische Angaben. W. Shiromskaja, I. N. Kiseljow und Ju. A. Poljakow haben diese und andere in einer 1996 vorgelegten Studie über die Volkszählung vorsichtig und zurückhaltend kommentiert und dabei auch die von Semskow und Dugin immer wieder vorgebrachten Zahlen nicht ausgelassen.

Vergleichbare Untersuchungen russischer Autoren und die in den letzten zwei Jahren vorgelegten »Erschießungslisten« und »Martyrologe« korrespondieren nicht mit der Feststellung des Herausgebers »daß die Zahlen in der Tendenz deutlich niedriger liegen als

frühere Schätzungen«. Das Gegenteil ist der Fall. Deshalb ist die Hinwendung von den nüchternen Zahlen zur Realität, Plaggenborg stellt die »Vernichtungskraft des Stalinismus« in den Mittelpunkt, dringend geboten. Sein Vorschlag, die Begriffe »Terror« und »Gewalt« genauer zu fassen, kann aufgegriffen werden. Voraussetzung ist, daß das dem Terror zugrundeliegende und heute nur in Ansätzen bekannte Programm, dem Parteilührung, Justiz und NKWD folgten, Gegenstand der Untersuchung geworden ist. Dann wird es sich herausstellen, wie tragfähig der Vorschlag Plaggenborgs ist, »den Terror der Jahre 1936-38, ... diesen Höhepunkt der Gewalt in eine Geschichte der Gewalt einbettet und er dadurch den Charakter des analytisch sperrigen, allem Anschein nach rational nicht erklärbaren Phänomens verliert.«

Je anregender die auf theoriefixierte Forschung formulierten Vorschläge sind, desto deutlicher tritt das Fehlen einer verallgemeinernden Einschätzung des tatsächlichen, durch Archivzugang gestützten Erkenntnisstandes und Fortschritts auf dem Gebiet der Stalinismusforschung hervor. Wie steht es um die Wiederbelebung konzeptioneller Gedanken in der russischen Fachliteratur? Joachim Höslers Antwort, im Band »Sowjetische und russische Interpretationen des Stalinismus« von 1953 bis Ende der achtziger Jahre skizziert, bleibt – weil die letzten eigentlich wichtigen Jahren ausgespart werden – unbefriedigend. Im Literaturbericht, der Hinweise auf bis 1996 erschienene russische Veröffentlichungen enthält, wird letztendlich »nur« der in den Zeitschriften Mitte der achtziger Jahre widerspiegelte Erkenntnisstand angedeutet, wobei auffällt, daß der kritische Rückblick russischer Historiker auf diese Zeitspanne leider nicht Gegenstand der Analyse ist. Unverständlich ist ferner die völlige Ausblendung der Tätigkeit der vom Politbüro des ZK der KPdSU eingesetzten Kommissionen zur Untersuchung der Repressalien. Es wäre auch denkbar, die Entwicklung einiger Historiker, die ihre wissenschaftliche Laufbahn Mitte der achtziger Jahre am IML beim ZK der KPdSU begannen und heute als Stellvertretende Direktoren in Moskauer Archiven tätig sind, bzw. wesentlich zum Gelingen von im Westen verankerten Forschungsprojekten beigetragen haben, zu umreißen.

Hinweise auf monographische Abhandlungen russischer Autoren, die u.a. Polemiken gegen die Revisionisten enthalten, eigene Deutungsmuster der Geschichtsdiskussion in der UdSSR erläutern und neue Forschungsrichtungen zur Debatte stellen, fehlen völlig. Warum Höslers, der die Literatur kennt, seine alten Literaturanalysen umschaufelt und auf eine der Konzeption des vorliegenden Bandes entsprechende Fortschreibung und Aktualisierung verzichtet, ist unklar. Vielleicht sind die sporadischen Arbeitskontakte nach Rußland und die geringe Auflagenhöhe der Fachliteratur (500er Auflagen sind keine Seltenheit) eine Erklärung. Oft sind sogar die Wissenschaftler in Rußland nicht über das aktuelle Buchangebot ihrer Kollegen informiert.

Es gibt, um Plaggenborgs Überlegungen zum Verhältnis von »Recht und Gewalt« aufzugreifen, inzwischen (1996 und 1997 veröffentlichte) interessante und aufschlußreiche Studien russischer Kollegen über die Täterforschung, den Terror von unten und die Entwicklung der Gerichtsbarkeit in der UdSSR, die Argumente enthalten, die sowohl für als auch gegen Auffassungen des Projektleiters sprechen. Heute ist eine Analyse der Gesetzgebung unter Berücksichtigung der die Strafpraxis regelnden internen Rundschreiben des ZK der KPdSU(B) und der Befehle und Dienstanweisungen des NKWD möglich. Corinna Kuhr hat das im vorliegenden Band am Beispiel der Vorgaben, wie die Kinder von »Volksfeinden« zu behandeln waren, skizziert. Hinzu kommt, daß die statistische Untermauerung der Politbeschlüsse gegeben und ihre Fixierung im Staatshaushalt nachweisbar ist. Welche Mittel Jeshow zur Verfügung standen, um den Befehl 00447 auszuführen, ist heute bekannt und muß an dieser Stelle nicht wiederholt werden. Ein weiteres Detail: die Zahl der Juristen stieg von 1926 bis 1937 von 33 auf 41,7 Tausend. Es wurden mehr Untersuchungsrichter und Staatsanwälte (ihre Zahl verdoppelte sich) als Richter gebraucht. Gleichzeitig verschwand die Berufsgruppe der Verteidiger aus der Statistik. Jörg Baberowskis Beitrag über den »Stalinismus als imperiales Phänomen: die islamischen Regionen der Sowjetunion 1920-1941« enthält zahlreiche Berührungspunkte zum oben angedeuteten Problemkreis, der zu einem festen Bestandteil des in Gang gekommenen Diskurses werden sollte.

Ein großer Stellenwert kommt in diesem, von Plaggenborg vorgegebenen sozial- und mentalitätsgeschichtlichen Rahmen Untersuchungen der sozialen Gruppen zu. Zwei Beiträge sind der Arbeiterschaft (Dietmar Neutaz über die Metrobauer und Gabriele Gorzka über die Textilarbeiter) gewidmet, drei Beiträge thematisieren das Leben der Frauen im Stalinismus (Robert Maier), das inszenierte Frauenideal (Rosalinde Sartorti) und die Frauenpolitik (Susanne Conze), Christoph Mick untersucht »Wissenschaft und Wissenschaftler im Stalinismus« und das allen Beiträgen über die sozialen Gruppen gemeinsame Fazit: »Die Beschäftigung mit Wissenschaft in der Stalinzeit zeigt, daß es schwierig ist, den Stalinismus als totalitäres System zu begreifen. Wissenschaft und Technik folgten als gesellschaftliche Subsysteme teilweise ihrer eigenen Logik«. Auch der Terror folgte einer eigenen Logik. Ob er jemals außer Kontrolle geriet, sich verselbständigte und seiner eigenen Dynamik folgte, wie Christoph Mick meint, ist Gegenstand weiterer, nicht zuletzt von der Öffnung der Archive abhängiger Debatten.

Vorläufig kann im Hinblick auf Stalinismus, Gewalt und Terror nur von einer Zwischenbilanz die Rede sein. Markus Wehner und Manfred Zeidler stellen in ihren für den Band verfaßten Beiträgen fest, daß der stalinistische Terror keine soziale oder weltanschauliche Gruppe ausnahm, sondern die gesamte Gesellschaft, von den politischen Eliten bis zu den unteren Schichten traf. »Ohne sich auf die Gleise der alten Totalitarismustheorie zu begeben, kann der Stalinismus in diesem Sinne als die eigentlich totalitäre Diktatur des 20. Jahrhunderts gelten.«

WLADISLAW HEDELER

Jürgen Kocka und Renate Mayntz

(Hrsg.):

Wissenschaft und Wiedervereinigung:

Disziplinen im Umbruch,

Akademie Verlag Berlin 1998,

540 S. (98,00 DM)

So wie die Wiedervereinigung insgesamt sich nicht als Vereinigung zweier, zuvor getrennt existierender Staaten vollzog, sondern als

»Anschluß der DDR an die politischen, staatlichen und rechtlichen Gegebenheiten der BRD« (S. 235), so fand auch auf wissenschaftlichem Gebiet keine Fusion der beiden Systeme statt, sondern die Übertragung des westdeutschen Modells auf den Osten.

»Hauptfolge dieses Vorgangs war die Beseitigung des Wissenschaftssystems der DDR und die Beendigung oder Neudefinition der Karrieren nahezu aller DDR-Wissenschaftler« (S. 509), schreibt Dieter Simon, seinerzeit Vorsitzender des Wissenschaftsrates der BRD. National wie international löste dieser, in seiner Rigorosität beispiellose Vorgang heftige Diskussionen aus, nicht zuletzt wegen der im Nachhinein von verantwortlichen Akteuren eingeräumten »eklatanten Fehleinschätzungen«, was die Leistungsfähigkeit ostdeutscher Lehr- und Forschungseinrichtungen anbetraf sowie der einseitigen Bedienung westdeutscher Interessen beim personellen Neuaufbau der Wissenschaftseinrichtungen im Osten.

Mit dem Ziel, den Prozeß der »Eingliederung« der ostdeutschen Wissenschaft in die Bundesrepublik zu analysieren und dabei »ein zutreffendes und gerechtes Bild von den Wissenschaften und den Wissenschaftlern der DDR« (S. 8) zu zeichnen, bildete die Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften (BBAW) 1994 eine interdisziplinäre Arbeitsgruppe, besetzt mit hochkarätigen Forschern, deren Ergebnisse mit vorliegender Publikation der Öffentlichkeit vorgelegt werden. Im Unterschied zu früheren Arbeiten liegt der Schwerpunkt dieser Untersuchung auf den »kognitiven Dimensionen« (S. 10) der Wissenschaften im Vereinigungsprozeß. Als Untersuchungsfelder wurden sieben Disziplinen ausgewählt: Asien- und Afrikawissenschaften, Biomedizin, Mathematik, Rechtswissenschaft, Soziologie, Verfahrenstechnik sowie Wirtschafts- und Sozialgeschichte. Die Breite dieser Auswahl und die unterschiedliche Herkunft der Autoren sichert in bestimmtem Maße Ausgewogenheit und Fairneß im Herangehen sowie in der Darstellung. Ergänzt werden diese Berichte zu den einzelnen Disziplinen durch eine Reihe von Grundsatzartikeln namhafter Autoren zu den Themen »Wissenschaft und Politik in der DDR« (Jürgen Kocka), »Die Folgen der Politik für die Wissenschaft in der DDR« (Renate Mayntz) und

»Wissenschaften im Vereinigungsprozeß – Versuch einer Bilanz« (Manfred Bierwisch). Abschließend und schon überleitend zu Zukunftsproblemen zieht Dieter Simon im Schlußkapitel »Lehren aus der Zeitgeschichte der Wissenschaft«.

Unstreitig setzt dieses Werk für die Aufarbeitung der »Voraussetzungen und Folgen, Erfahrungen und Grenzen der Vereinigung in den Wissenschaften« (S. 7) neue Maßstäbe. Das Bemühen der Autoren, das für die Evaluierung der ostdeutschen Forschung so verhängnisvolle Vorurteil von der »ostdeutschen Wissenschaftswüste« jetzt, nachdem das Kind im Brunnen liegt, zu revidieren und die den Dialog so belastende Arroganz, zugunsten einer betont sachlichen, verschiedene Sichtweisen gelten lassenden Argumentation, zurückzunehmen, ist bei der Lektüre geradezu spürbar. Es fehlt auch nicht an Korrekturen und Neubewertungen, nachträglichen Einsichten und Bekenntnissen. Trotzdem ist das Buch voll von herben Wahrheiten und Fakten, aber auch von Aussagen, die vor allem bei ostdeutschen Lesern nur bedingt Zustimmung erfahren werden.

Dies beginnt gleich auf der ersten Seite, wo steht, daß ostdeutsche Wissenschaftler »in der Konkurrenz um die neudefinierten Stellen... den kürzeren zogen« (S. 7). Nicht erwähnt wird aber, daß es sich hierbei in aller Regel um einen unlauteren Wettbewerb *ohne* Chancengleichheit gehandelt hat. An anderer Stelle wird dies ausdrücklich eingeräumt (vgl. S. 127). Auch scheint es unpassend, die »Ost-West-Durchmischung beim Neuaufbau ehemaliger Einrichtungen der DDR« – das Desaster beschönigend – als »nicht überzeugend gelungen« (S. 127) zu charakterisieren. Sie ist schlicht und einfach *mißlungen*, insbesondere dort, wo sie, wie ehrlicherweise auf Seite 505 zugegeben wird, »aus mehr oder weniger legitimen Gründen auch nicht ernsthaft angestrebt wurde«. Das in Aussicht gestellte »Gemeinschaftswerk wurde im Kern ein Westwerk« (Simon), was möglicherweise mehr Effizienz bedeutet, aber mit Tausenden gebrochenen Erwerbsbiographien ostdeutscher Wissenschaftler bezahlt wurde. Die für die Rechtswissenschaft getroffene Feststellung, daß angesichts der »nahezu perfekten personellen Auslöschung einer Wissenschaftsdisziplin ... es absurd erscheint, von der ›Durchmischung

zwischen Ost und West« zu sprechen« (S. 244f.), trifft auch für andere Disziplinen zu, so für die Wirtschafts-, Erziehungs-, Politik- und Sozialwissenschaften, die Philosophie und die Geschichte, und damit in weitaus größerem Umfang als hier dokumentiert wird.

Freilich gilt dies nicht gleichermaßen für die Natur- und Technikwissenschaften. Aber auch hier ist die »Verlustliste« beachtlich, wie das Beispiel der Biomedizin belegt (vgl. S. 123). Angesichts des Gesamtergebnisses der Umstrukturierung trotzdem von einem »moderaten Gewinn« (S. 505) zu sprechen, scheint fragwürdig, zumindest bezogen auf die unübersehbare Asymmetrie in der personellen Prägung der neuen Wissenschaftslandschaft Ost. In diesem Zusammenhang ist die Feststellung wichtig, daß »die Vereinigung durch Evaluierung und Umstrukturierung zwar Bedarf und Platz für westliches Personal in den neuen Ländern geschaffen hat, aber in keiner Weise umgekehrt...« (S. 490f.). Die Rahmenbedingungen des Vereinigungsprozesses und der Verzicht auf Reformen im Westen zeichneten die »akademische Migrationsrichtung« (S. 495) eindeutig vor, als Einbahnstraße von West nach Ost.

Die exemplarische Behandlung des Themas anhand von sieben ausgewählten Fächern macht deutlich, wie sehr sich die einzelnen Disziplinen und Disziplinfelder voneinander unterscheiden, »sowohl was ihre Entwicklung, ihre Leistungskraft und den Grad ihrer politischen Instrumentalisierung in der DDR wie auch was ihre Entwicklung im wiedervereinigten Deutschland angeht« (S. 15). Verallgemeinerungen sind deshalb schwierig und werden von den Autoren auch weitestgehend vermieden. Was sich durch alle Texte hindurchzieht, ist jedoch die Kritik am Marxismus-Leninismus (ML) »als Paradigma der Gesellschaftswissenschaften« (S. 34), ferner die nationale Verfaßtheit der Wissenschaften und mithin auch Begrenztheit des Wissens der ostdeutschen Forscher und die, besonders in den achziger Jahren zu beobachtende Entwicklungshemmung (»Stasimorphie«) gesellschaftswissenschaftlicher Forschung (vgl. S. 72). Erheblich relativiert wird die bisherige Vorstellung hinsichtlich des Verhältnisses von Politik und Forschung in der DDR. Gingen frühere Arbeiten hier von einer totalen »Durchherrschung« – von kommandowirtschaft-

lichen Strukturen – aus, so beschreibt Kocka dieses Verhältnis jetzt zutreffender als ein »vielfach vermitteltes symbiotisches« (S. 439). »Es gab Zustimmung zum System aus Überzeugung... Es gab Indifferenz und viel Rückzug auf sich selbst. Es gab immer Reserviertheit und Resistenz bei einigen, doch auch dann konnte man sich meist arrangieren« (S. 453).

Mayntz fragt nach den kognitiven Besonderheiten der DDR-Forschung und stößt dabei bis zu der Frage vor, welchen Einfluß der ML auf den kognitiven Gehalt einzelner Disziplinen hatte (vgl. S. 461ff.). Erwartungsgemäß gelangt sie zu dem Resultat, daß der Einfluß des ML überall dort besonders stark war, wo der Erkenntnisgegenstand einer Disziplin »zugleich Gegenstand der als verbindliche Wahrheit geltenden Theorie des Marxismus-Leninismus war« (S. 465). Mithin ist vor allem für die sogenannte Gesellschaftswissenschaften »eine den kognitiven Kernbereich berührende ideologische Bindung an den ML« zu verzeichnen, am engsten im Falle von Philosophie und Geschichte. Die Konsequenzen liegen auf der Hand – Totalabwicklung, Schließung, Liquidation. Nicht voll gerecht wird diese, sich auch an anderen Stellen des Buches (vgl. S. 236 und 500) findende Argumentation m.E. der doppelten Bestimmung des ML, einerseits als Ideologie, andererseits aber auch als Paradigma einer bestimmten Wissenschaftstradition und Denkrichtung. Die spärlichen, diesbezüglich wenigstens ansatzweise differenzierenden Bemerkungen (vgl. S. 41f. und 501f.) reichen bei weitem nicht aus, um dieser komplizierten Problematik in Philosophie, Wirtschaftswissenschaft, Geschichte usw. gerecht zu werden. Hier ist weiter Forschungsarbeit zu leisten, will man zu akzeptablen Aussagen gelangen.

Im übrigen sind ideologische Überfremdung und Aushöhlung keinesfalls nur Probleme der abgewickelten DDR-Forschung. Tendenzen dieser Art finden sich allenthalben auch im bundesdeutschen Forschungsbetrieb, zumindest da, wo eine bestimmte Nähe zur Politik auszumachen ist.

Als Resümee steht die Feststellung von Dieter Simon, daß im Ergebnis der Umgestaltung der Wissenschaftslandschaft im Osten nunmehr »eine Reihe von Veränderungen« zu beobachten sind, »die von den Akteuren der

Vereinigung nicht vorhergesehen worden waren, wohl auch nicht vorhergesehen werden konnten, und deren Bedingungen nur teilweise gewollt waren« (S. 509). In mehr oder weniger allen Disziplinen sind »eklatante Unterschiede zwischen Vergangenheit, Umbruchvorstellungen und heutiger Realität« (S. 73) zu konstatieren, Unterschiede, die sowohl Gewinne als auch Verluste, unvermeidliche wie vermeidbare, implizieren. Es ist nicht möglich, darüber Bilanz zu ziehen, ohne einseitig zu werten. Zumal wenn das Gros der Autorinnen und Autoren Referent, Akteur und Gewinner des Umgestaltungsprozesses zugleich ist. Die Verlierer dieser Entwicklung werden da einiges anders sehen und insbesondere die »ungenuten Entwicklungen ... im personellen Bereich« (S. 505) kritischer beurteilen. Auch dürfte mancher »Mißgriff« (S. 171) bei den getroffenen Personalentscheidungen hier wohl eine andere Deutung erfahren.

ULRICH BUSCH

Barry McLoughlin/Hans Schafranek/
Walter Szevera: Aufbruch – Hoffnung
– Endstation. Österreicherinnen und
Österreicher in der Sowjetunion
1925-1945, Verlag für Gesellschafts-
kritik Wien 1997, 717 S., Literatur-
verzeichnis, Personenregister.

Anhand vor allem russischer sowie österreichischer und deutscher Archivbestände werden Schicksale von vier Personengruppen verfolgt, die zu verschiedenen Zeiten in die Sowjetunion gekommen waren: Arbeiterdelegationen der 20er Jahre (Schafranek), Facharbeiter Ende der 20er/Anfang der dreißiger Jahre (Szevera), Schutzbündler, darunter viele frühere Sozialdemokraten, nach dem antifaschistischen Februar-Aufstand 1934 (McLoughlin) und KPÖ-Kader der zwanziger/dreißiger Jahre (Schafranek).

Erstmalig in der Literatur werden Wege dieser Gruppen in einer so umfassenden Weise, wie hier geschehen, Schritt um Schritt verfolgt: Die Gründe ihres Aufbruchs in die Sowjetunion und die damit verbundenen Hoffnungen; die konkreten Umstände des

Aufenthalts dort, die wirtschaftlichen, kulturellen, ideologischen und allgemeinen Lebensbedingungen eingeschlossen; praktische Tätigkeit und Arbeitsverhältnisse im Rahmen des wirtschaftlichen und Betriebsgeschehens in der damaligen SU; die verschiedenen Formen des geistigen und physischen Terrors ihnen gegenüber seitens staatlicher Behörden, besonders seit Mitte der dreißiger Jahre (auch der Anteil des KI-Apparates daran, sofern es um Kommunisten ging) und dann während der Kriegsjahre. Geographisch sind die Regionen bzw. Städte Moskau, Leningrad, Gorki, Rostow, Charkow, teilweise auch die »weitere Provinz« erfaßt.

Die Geschichte der Schutzbund-Emigration (mit 275 S. fast die Hälfte des ausführenden Textes) ist hier wohl wirklich umfassend und sehr materialintensiv aufgeschrieben.

Es geht auch in den anderen Kapiteln um Österreich. Die hier weitgehend allseitig beschriebenen Lebensumstände und Wege stehen aber, was die Facharbeiter und die KP-Kader betrifft, auch für die anderen nationalen Emigrantenformationen jener Zeit, darunter nicht zuletzt die deutsche. Von konkreten Einzelschicksalen abgesehen, kann angenommen werden, daß die österreichischen Autoren die äußeren Bedingungen und Abläufe der damaligen wirtschaftlichen und politischen SU-Emigration (eigentlich: Immigration) ziemlich erschöpfend »aufgearbeitet« haben.

Die Quellen (besonders die Archivalien, aber auch Erinnerungen und z. T. Ergebnisse der Oral-History) förderten einen personenbezogenen Zugang zum Stoff. Jeden der Abschnitte begleiten neben vielen kurzgefaßten Biographien konkret ausgeführte »Fallbeispiele« (so im ersten Abschnitt das gescheiterte Projekt der »Uhlfeld«-Kolonie in Kasachstan Mitte der zwanziger Jahre) und (in den weiteren Abschnitten) insgesamt siebzehn erschütternde Schicksale einzelner Facharbeiter (auch ihrer Frauen) und kommunistischer Kader.

Das Geschehene wird aus heutiger Perspektive und heutigem Wissen gewertet. Das ist legitim. Ob die Autoren damit den damaligen Akteuren mit Begriffen wie »Avantgarde der Einäugigen« gerecht werden, bleibt fraglich. Die verdienstvolle personenbezogene Darstellung müßte/sollte um psychische und sozialpsychische Aspekte ergänzt werden.

ULLA PLENER

Carola Tischler: Flucht in die Verfolgung. Deutsche Emigranten im sowjetischen Exil 1933 bis 1945,

Lit Verlag Münster 1996, 277 S.

Oleg Dehl: Ot illuzij k tragedii.

Nemeckie emigranty v SSSR v 30e gody (Von Illusionen zur Tragödie.

Deutsche Emigranten in der UdSSR in den 30er Jahren), Neues Leben

Moskau 1997, 146 S.

Obwohl beide Bücher den gleichen Gegenstand haben, leistet jedes seinen spezifischen Beitrag zum Thema. Während T. die Untersuchung über die dreißiger Jahre hinausführt und in gesonderten Kapiteln die Zeit des Hitler-Stalin-Paktes 1939-1941 und des deutsch-sowjetischen Krieges 1941-1945 behandelt, greift D. etwas ausführlicher in die Vorgeschichte – den Beginn/die Mitte der zwanziger Jahre – zurück. Das besondere Interesse T.s gilt der politischen Emigration seit 1933, die überwiegend kommunistisch und vor allem in Moskau konzentriert war. D. wendet sich nicht nur der politischen, sondern gleichermaßen der von der großen kapitalistischen Wirtschaftskrise 1929-1932 stimulierten »Wirtschaftsemigration« zu, die aus Facharbeitern und Spezialisten bestand und auf verschiedene Industriezentren des Landes verteilt war.

Für den hohen wissenschaftlichen Anspruch T.s spricht die sehr umfangreiche Quellen- und Literaturliste (eingeschlossen russische und deutsche Archivbestände, darunter Nachlässe; gedruckte und ungedruckte Erinnerungen). D.s Darstellung, ausschließlich auf russische Archivalien und Presseerzeugnisse gestützt, hat eher einen Überblickscharakter, flankiert von einer Auswahl Faksimile und historischer Fotos.

T.s Ziel ist es, »einen Gesamtblick auf die Emigration... zu werfen«, wobei im Zentrum das Leben der Emigration steht, das vor allem durch zwei große Ereignisse geprägt wurde: den Terror 1935-1939 und den deutsch-sowjetischen Krieg. Ihr Blick ist differenziert. Sie beschreibt sowohl die Tätigkeit der Führungsschicht der KPD im Schnittpunkt von Komintern und Sowjetstaat, als auch den Alltag der Emigrationsmehrheit: ihr Wohnen, ihre Arbeitsfelder (vorwiegend auf den Gebieten Kultur und politische Schulung), ihre Freizeit;

die verschiedenen Formen des Terrors und den Umgang damit; später Aussiedlung aus Moskau, Arbeitsarmee, Lagerleben. Dabei geht T. auf Emigrantengruppen ein, die bisher in der Literatur wenig oder gar nicht beachtet wurden, wie z. B. die »Rußlandrückkehrer« (die zu einem Teil Sowjetrußland aus eigenem Antrieb wieder verlassen hatten, zu einem wesentlichen Teil aber von den Sowjetbehörden an Hitlerdeutschland – als Kommunisten! – ausgeliefert wurden) und eine größere Gruppe jüdischer Ärzte aus Deutschland (von T. etwas überhöht »die jüdische Emigration« genannt).

Auch die Führungsschicht wird differenziert behandelt: T. beschreibt den menschenverachtenden, bis hin zur Sippenhaft reichenden Umgang mit Mitgliedern seitens der KI- und der KPD-Führung, umgeht aber auch nicht die Versuche (z.B. W. Piecks), sich in Einzelfällen für die Verhafteten einzusetzen; die Anerkennung der sowjetischen Außenpolitik nach August 1939 sei »innerhalb der Parteiführung der KPD nicht so schnell und nicht so kritiklos vor sich (gegangen)«, wie es die verbreitete Forschungsmeinung darstelle.

T.s Umgang mit dem Stoff hebt sich wohlthuend von dem vieler Forscher zur gleichen Thematik ab. So hat sie neben einer Vielzahl von Erinnerungen (das Literaturverzeichnis weist 89 Titel davon auf) nicht wenige Gespräche mit Zeitzeugen für die Arbeit genutzt, die, »da kein Ansatz der Biographieforschung gewählt wurde, »nur« der Veranschaulichung und der Rückversicherung (!)« dienen, aber unverzichtbar seien, »um dem Forscher, der nur das Aktengerüst kennt, das dahinter stehende Leben zu vermitteln«. So durchdringt die Darstellung eine Vielzahl von Namen und Einzelschicksalen, die bisher nie oder kaum genannt wurden (das Personenregister verzeichnet fast eintausend Namen). Auch mahnt T. »gewichtige Bedenken« gegenüber Akten aus den Archiven des NKWD (z. B. nicht selten gefälschten Verhörprotokollen) an und fragt: »Ist deshalb die Veröffentlichung solcher Aktenstücke, die Denunziationen beinhalten, nicht immer nah an der Gefahr, selbst zur Denunziation zu werden? So wichtig es ist, die Atmosphäre der Angst zu beschreiben – die Forschung über die Ursachen des Terrors wird möglicherweise eher behindert als befruchtet wenn der Nachweis, wessen Aussa-

gen zu wessen Verhaftung geführt haben, zu stark betrieben wird. Denunziationen waren Folge, nicht Auslöser des Terrors.« (S.114) T. wendet sich auch dagegen, Zahlen willkürlich in die Höhe zu treiben, wenn keine überzeugenden Quellen dafür vorliegen. (S.134)

Die Autorin hält sich mit Wertungen zurück. Das von ihr Dargebotene vermittelt das widersprüchliche, aber letzten Endes entsetzliche Bild des Emigrationslebens in der Sowjetunion.

D.s Bild der deutschen Emigration in der Sowjetunion der dreißiger Jahre ist im wesentlichen ebenfalls ein differenziertes, auch er bringt Einzelbeispiele, geht auf Einzelschicksale ein.

Seine Erkenntnisse über die Verfolgungslinie des NKWD gegenüber den deutschen Emigranten und die Beschlüsse des Politbüros, die ihr zugrundegelegen hatten, sprechen dafür, daß die repressiven Maßnahmen sowjetischer Organe gegen die Deutschen spätestens seit November (also noch vor dem Kirow-Mord) zielgerichtet verfolgt wurden und nicht mit den aggressiven Absichten Hitlerdeutschlands verbunden waren. Diese Forschungsergebnisse faßte er in einem Beitrag für diese Zeitschrift zusammen (vgl. Holger Dehl: Deutsche Politemigranten in der UdSSR: Von Illusionen zur Tragödie, in: UTOPIE kreativ, H. 75, Januar 1997).

Gegenüber der Monographie von T. gewinnt sein Kapitel über die deutschen Facharbeiter besonderes Interesse. Beschrieben werden die (mit vielen Unzulänglichkeiten verbundenen) Werbemaßnahmen sowjetischer Stellen in Deutschland, die sozialistischen Motive vieler (vor allem kommunistischer) Arbeiter für die Reise in die SU, ihre vielfach negativen Erfahrungen nach der Ankunft dort (als besonders krasses Beispiel – Erlebnisse im Donezbecken in der Ukraine), die Lebensbedingungen, die (nicht zuletzt von der deutschsprachigen sowjetischen Presse stimulierten und reflektierten) Wettbewerbsinitiativen, die Widersprüche im Verhältnis zu Betriebsleitungen, Sowjetorganen, russischen Kollegen, die sich dabei zeigten, und schließlich der Terror (einschließlich Ausweisungen nach Deutschland), der die Facharbeiter besonders 1937/1938 mit gleicher Wucht wie die politischen Emigranten traf.

ULLA PLENER

Heinrich Potthoff: Bonn und Ost-Berlin 1969-1982. Dialog auf höchster Ebene und vertrauliche Kanäle. Darstellung und Dokumente (Archiv für Sozialgeschichte. Beiheft 18) Verlag J.H.W. Dietz Nachf. Bonn 1997, 787 S. (58,00 DM)

Wieder wird der Schleier des Verschweigens und der Scham über die einst guten und ertragreichen Kontakte zwischen Spitzenpolitikern von Bundesrepublik und DDR ein gutes Stück gelüftet. Potthoff, Historiker und Stellvertreter der Vorsitzender der Historischen Kommission der SPD legt nach seiner grundlegenden Dokumentenedition zu den Kontakten auf höchster Ebene 1982-1989¹ nun einen ebenso sorgfältig gearbeiteten Band zu den Kontakten der Regierungen Willy Brandt und Helmut Schmidt mit Erich Honecker und dessen Mitarbeitern vor. Dabei hat er eine Zeitspanne ausgewählt, die wesentlich durch die Gipfeltreffen von Erfurt bzw. Kassel 1970 und am Werbellinsee 1981 markiert sind. Da P. es geschafft hat, auch in dieser Edition vor allem durch die Erschließung der Aktenüberlieferungen Brandts, Schmidts und Egon Bahrs wiederum ein ergänzendes und sich wechselseitig bestmögliches Bild aus Sicht beider deutscher Verhandlungspartner wiederzugeben, geht das Buch in dieser Hinsicht über die verdienstvolle Edition von Nakath/Stephan »Von Hubertusstock nach Bonn«² (sie umfaßte die Jahre 1980-1987) in einigen Fragen hinaus.

In den 69 Dokumenten unterschiedlichen Charakters – Gesprächsberichte, Schreiben, Telefonate, Mündliche Botschaften und Non-Papers – wird das ganze Geflecht offizieller und inoffizieller Kontakte der sozialliberalen Bundesregierungen mit Honecker offengelegt. Neben den offiziellen Verhandlungspartnern tauchen auch die eher im Verborgenen arbeitenden Emissäre Herbert Wehner oder Hans-Jürgen Wischnewski bzw. Wolfgang Vogel und Alexander Schalck auf. Wobei klar ist, daß dies nur eine bekannt gewordene Auswahl ist, andere Kontaktebenen – so die von Karl Wienand – bleiben unberücksichtigt, ebenso die über das MfS vermittelten Gespräche. Ausgeklammert bleiben leider eben-

so die Kontakte der anderen Parteien, lediglich ein Dokument belegt Gespräche Wolfgang Mischniks mit Manfred Gerlach 1973. Insbesondere die »Nebenaußenpolitik« der CDU/CSU-Opposition, trotz ihrer offiziell vehementen Ablehnung des Grundlagenvertrages seit 1973 vor allem von Walter Leisler Kiep geführt, hätte die große Kontinuität bundesdeutscher Politik auch nach dem Sturz der SPD/FDP-Koalition 1982 veranschaulichen können.

P. offenbart die doppelte Dimension dieser deutsch-deutschen Gespräche: »Zwischen dem überwältigenden System-, Macht- und Interessenkonflikt zwischen den beiden von den Supermächten geführten Blöcken und der deutschen Frage und den eigenen spezifischen nationalen und humanitären Anliegen glich dies einem besonders schwierigen und oft schmerzlichen Balanceakt.« Und zugleich: »In einem durch die Großwetterlage begrenzten Raum beeinflussten die Bundesrepublik und die DDR ihrerseits wieder das west-östliche Klima.« (S. 11)

Die Interessenlagen beider Seiten waren relativ klar umrissen. Die DDR wollte endlich die völkerrechtliche Anerkennung durch die Bundesrepublik, die sie mit dem Grundlagenvertrag 1972 eingeschränkt dann auch erhielt, und hatte zunehmend Interesse an wirtschaftlich relevanten Beziehungen zur Bundesrepublik. Sie wollte damit auf lange Dauer die eigene Existenz zementieren. Bonn hatte mit dem Regierungsantritt der Brandt/Scheel-Regierung die Kalte-Kriegs-Rhetorik hinter sich gelassen und sah die Wiedervereinigung keineswegs mehr als Tagesaufgabe. Schmidt gestand 1981 ein, »daß jedenfalls in diesem Jahrhundert eine Wiedervereinigung nicht mehr zustandekommt« (S. 670). Die Bonner Regierung bekannte sich zu ihrem Konzept des »Wandels durch Annäherung« und war bereit, sich politische Zugeständnisse in zweitrangigen Fragen durch humanitäre Zugeständnisse der DDR hinsichtlich der Reisemöglichkeiten und des Flusses von Menschen und Informationen abkaufen zu lassen. Letztlich gingen auch die wirtschaftlichen Leistungen der Bundesrepublik diesen Weg. Staatsbürgerschaft, Umwandlung der Ständigen Vertretungen in Botschaften, Vereinigungsverzicht blieben dagegen für Bonn stets Tabu.

Brandt hatte das schon in Kassel auf den Begriff gebracht, als er davon sprach, »über ein ge-

regeltes Nebeneinander zu einem Miteinander zu kommen«. Dabei sollte die offene nationale Frage nicht ausgeklammert werden, aber letztlich alles in einem »europäischen System der Sicherheit und des Friedens« eingebunden sein (S. 146).

Unter den Vorzeichen der Verschärfung des internationalen Klimas Ausgang der siebziger Jahre mit dem Streit um SS 20 und NATO-Doppelbeschluß, dann aber auch mit dem sowjetischen Einmarsch in Afghanistan und der Krise in Polen gewann die Artikulation eigenständiger deutscher Sicherheits- und Friedensinteressen ein größeres Gewicht. Zwar hatte Wehner schon früh Honecker zugestimmt, daß es nicht darum gehe, »die DDR von der Sowjetunion wegzudividieren« (S. 292). Angesichts der sich verschlechternden Großwetterlage suchten aber beide Seiten besonders ab 1979 immer wieder das Gespräch und die DDR vertrat sehr eigenständige Vorstellungen zu einer Abrüstungspolitik, die die Bedrohung mindern könnte. Zu Recht weist P. darauf hin, daß dies in Moskau, aber auch im SED-Politbüro beargwöhnt wurde. Bemerkenswert sind auch die gegenseitigen Unterrichtungen von Bonn und Berlin zu den jeweiligen Kontakten mit Moskau.

Auffällig ist der wiederholte Hinweis der DDR auf sowjetische Vorbereitungen für eine Militäraktion gegen Polen, die augenscheinlich Schmidt zugespielt wurden: so die Durchführung von sowjetischen Großmanövern an der Ostseeküste im August 1980 und offenbar Vorwarnungen über eine militärische Lösung in Polen am 17.12.1981 (S. 539, 649). Auch wenn beide Informationen letztlich nicht voll zutrafen (das Kriegerrecht wurde in Polen am 13.12. noch während des Schmidt-Besuchs in der DDR verhängt) und Besuchstermine durcheinandergebracht wurden, so war es doch ein sehr großer Vertrauensbeweis und Indiz für eine sehr eigenständige Rolle, die die DDR übernahm (oder übertragen bekam?).

Manche hart geführte Verhandlungen um wichtige oder auch weniger wichtige Statusfragen lassen die Erinnerung an einen orientalischen Basar zu, so daß es schon verzeihlich war, wenn Schmidt Honecker gelegentlich als »Teppichhändler« (S. 459) titulierte. Aber es war ein zähes Ringen, in dem beide Seiten ihre Interessen durchzusetzen suchten und die DDR – im Unterschied zu den achtziger Jahren – noch nicht ganz

so sehr unter wirtschaftlichem Erfolgsdruck stand.

Die Bundesregierung ihrerseits war immer wieder an der politischen Stabilität der DDR interessiert, das war keineswegs nur eine Floskel. Typisch ist dafür die scharfe Abgrenzung von dem 1978 im »Spiegel« veröffentlichten Manifest eines »Bundes Deutscher Kommunisten«, das Schmidt unmißverständlich als »Störmanöver« brandmarkte (S. 400). Ebenso war es nach der Pleite mit »Kanzler-Spion« Günter Guillaume für Honecker ein Herzensbedürfnis, Schmidt gegenüber zu betonen, daß die DDR »nicht dazu da (ist), Ihrer [Bundes-]Regierung Schwierigkeiten zu bereiten, sondern im Gegenteil« (S. 449). Daß es in der Praxis oft anders kam und Bonn sein Rechtsverständnis des Grundgesetzes weiter durchzog und in der Berlin-Frage oft Konflikte heraufbeschwor, ändert ebensowenig daran wie die gelegentlichen Nadelstiche der DDR, wenn sie den Mindestumtausch einseitig erhöhte oder, wie in Gera, ihre Maximalforderungen für die deutsch-deutschen Beziehungen wieder ins Spiel brachte.

Wehner hatte sicher am deutlichsten eine Bestandsgarantie für die DDR abgegeben, als er 1973 in der Schorfheide Honecker gegenüber erklärte: »Jeder Versuch, an der DDR vorbei etwas zu erreichen oder gar die Positionen der DDR im Inneren zu untergraben, könne zu einem Unglück führen.« (S. 284) Das Schlimme war, daß die DDR-Führung die eigene Verantwortung für den Erfolg des eigenen Gesellschaftssystems, den Erfolg des Sozialismus auf deutschen Boden schon damals nicht begriffen hat. Die guten Kontakte zu Bonn wiegten sie – und sicher besonders Honecker – in der Illusion eigener Unfehlbarkeit. Dieser Irrglaube wurde teuer bezahlt – aber trotzdem sind jene Verhandlungen und die vielfältigen von der DDR getragenen Vorstöße trotzdem Beiträge zur Sicherung des Friedens gewesen, die den friedlichen Wandel 1989 erst möglich machten. Aber eben auch erfolgreiche eigene Reformen hätten begünstigen können.

1 Heinrich Potthoff: Die »Koalition der Vernunft«. Deutschlandpolitik in den 80er Jahren. (dtv Dokumente Bd. 2974). Deutscher Taschenbuch Verlag GmbH & Co. KG München 1995. Siehe meine Rezension in: UTOPIE kreativ. H. 68 (1996). S. 93-95.

2 Detlef Nakath/Gerd-Rüdiger Stephan: Von Hubertusstock nach Bonn. Eine dokumentierte Geschichte der deutsch-deutschen Beziehungen auf höchster Ebene 1980-1987. Dietz Verlag GmbH, Berlin 1995. Siehe meine Rezension in: UTOPIE kreativ. H. 67 (1996). S. 83-86.

UTOPIE

Diskussion sozialistischer Alternativen

kreativ

Liebe Autorinnen und Autoren,

wir bitten Sie/Euch, beim Einreichen von Manuskripten zu beachten, daß Beiträge in »UTOPIE kreativ« nur veröffentlicht werden können, wenn sie in der eingereichten oder einer ähnlichen Form nicht anderwärts erschienen sind oder erscheinen werden.

Da wir nicht über festangestellte Redaktionsmitarbeiter und insbesondere nicht über Schreibkräfte verfügen, sollten Manuskripte an uns auf maschinenlesbaren Datenträgern sowie in einem Exemplar ausgedruckt eingesandt werden.

Wir bitten darum, möglichst die Textverarbeitungssysteme »Word« (für DOS, WINDOWS oder MACINTOSH) oder »Word-Perfect« bzw. »Works« (für DOS oder WINDOWS) zu verwenden. Der Text auf Diskette sollte zudem keine Trennungen oder sonstigen speziellen Formatierungen enthalten. Zur Erstellung von Tabellen bitten wir unsere Autor(inn)en, wenn irgend möglich, Tabulatoren zu verwenden.

Da wir in den jeweiligen Monatsheften möglichst viele Autoren und Themen berücksichtigen wollen, sollten Manuskripte für Sachbeiträge einen Umfang von ca. 4.000 Wörtern oder ca. 25.000 Zeichen (entspricht ca. 15 Normmanuskriptseiten) nicht über-

schreiten. Angaben zur/zu den AutorInnen und Marginalien (ca. im Verhältnis 1 : 5 zum Umfang des Beitrages; also auf 15 Manuskriptseiten kommen zusätzlich ca. 4 Seiten Marginalien) sind gesondert - aber auf ein und derselben, eindeutig beschrifteten Diskette - beizufügen. AutorInnen, die erstmals bei uns veröffentlichen, werden gebeten, ein Porträtfoto (möglichst kein Paßbild) einzusenden.

Der Kopf von Rezensionen bzw. Annotationen muß folgende Angaben (in der angegebenen Reihenfolge und Interpunktion) enthalten: Vorname Name der Autor(inn)en/ Herausgeber(innen): Titel, Verlag Ort Jahr, Seitenanzahl und (Preis). Der Text selbst sollte 1.000 Wörter bzw. 7.000 Zeichen (ca. 4 Manuskriptseiten) nicht überschreiten.

Mit der Veröffentlichung eines Beitrages geht das Recht zur Vervielfältigung, Verbreitung und Übersetzung auf die Zeitschrift über. Hiervon unberührt bleiben die Urheberrechte.

Für unverlangt eingehende Manuskripte kann keine Haftung übernommen werden. Eine Rücksendung ist nur dann möglich, wenn ein frankierter Rückumschlag oder Porto in Form von Briefmarken beigelegt wurde.

Die Redaktion

Preisliste für frühere Hefte

Heft 1 bis 16:	je	2 DM
Beilage (1991)		1 DM
Dokumentation (zu Heinrich Fink)		4 DM
Heft 17/18 bis 47/48	je	4 DM
Heft 49 bis 72	je	2 DM
Heft 73/74	je	4 DM
Heft 75 bis 84	je	5 DM
Heft 85/86	je	10 DM

Impressum

Redaktion:

WOLFRAM ADOLPHI, ARNDT HOPFMANN,
MARION KUNZE, ULLA PLENER,
ARNOLD SCHÖLZEL, JÖRN SCHÜTRUMPF (Vi.S.d.P.)
Herausgeber.: Förderverein Konkrete Utopien e.V.
Gründungsvorsitzende:

GUNTHER KOHLMHEY und HELMUT STEINER
Verlag: NDZ/Neue Zeitungsverwaltung GmbH,
Weydingerstraße 14-16, 10178 Berlin

Verlagsarbeiten: MONIKA NOACK

Satz: MARION KUNZE

Redaktionsadresse:

Weydingerstraße 14-16,
10178 Berlin (Tel.: 030 - 2 40 09-561)

Druck: BärenDruck GmbH,

Plauener Straße 163-165, 13053 Berlin

Vertrieb: ND-Vertrieb, Alt Stralau 1-2,
10245 Berlin (Tel.: 030 - 29390800)

Einzelverkaufspreis: DM 10
Jahresabonnement (incl. Versand):

DM 108 (Inland), DM 144 (Ausland)

Förderabonnement (incl. Versand): DM 120